

Dein Münster 1960

PROBLEME DER RAUMORDNUNG
IM NORDÖSTLICHEN TEIL
DES LANDKREISES WIEDENBRÜCK

A Michaelis

PROBLEME DER RAUMORDNUNG IM NORDÖSTLICHEN TEIL
DES LANDKREISES WIEDENBRÜCK.



I n a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n
zur Erlangung des wirtschaftswissenschaftlichen
Doktorgrades
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster.

Vorgelegt von Adolf M i c h a e l i s
aus Detmold / Hiddesen

1960

1. Berichterstatter: Prof.Dr. H.J. Seraphim
 2. Berichterstatter: Prof.Dr. A. Predöhl
 Dekan: Prof.Dr. R. Gmür

Tag der mündlichen Prüfung: 23.Februar 1960.

V o r w o r t

Das Institut für Siedlungs.-und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms Universität Münster, die Landesplanungsgemeinschaft Westfalen, die Bezirksplanungsstelle Detmold, die Kreisverwaltung Wiedenbrück und die Amtsverwaltungen in Avenwedde und Verl haben die Arbeit durch kritische Überprüfung, Bereitstellung von Unterlagen und durch wesentliche Hinweise wertvoll unterstützt.

Dafür darf ich den Herren Prof.Dr.H.J.Seraphim, Dr. L. Lowinski, Verwaltungsdirektor H.Werner, Oberregierungs.- und baurat G.Eglau, Oberkreisdirektor Scheele, Amtsdirektor Deppe und Amtsdirektor Dr.Gärtner herzlich danken.

Insbesondere danke ich meinem Vater, der in mühevoller Arbeit die Kartographie der farbigen Darstellungen besorgt hat.

Detmold - Hiddesen, den 21.1.1961

Adolf Michaelis

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Einleitung	Problem, Aufgabe und Methode der Untersuchung	Seite 1
Teil A	ALLGEMEINE GRUNDLAGEN	5
I.	Wirtschaftliche und soziale Funktionen des Raumes und seiner Nutzung	5
II.	Das soziale und ökonomische Leitbild der räumlichen Nutzung	15
III.	Systematik und Aufgaben der Raumordnung	21
	1) Allgemeine Begründung für die Notwendigkeit der Raumordnung	21
	2) Raumordnung und Marktwirtschaft	23
	3) Grundfragen einer Politik der Raumordnung	32
	a) Beseitigung räumlicher Disproportionalitäten	32
	b) Widerstände der räumlichen Realität	34
Teil B	STRUKTURELLE GRUNDLAGEN DES UNTERSUCHUNGSGEBIETES	37
I.	Daten des Raumes Wiedenbrück-Nordost	37
	1) Kommunale Gliederung und historische Entwicklung	37
	2) Die natürlichen Verhältnisse	39
	3) Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse	41
	a) Bevölkerung	41
	b) Besiedlung	51
	c) Land.-und Forstwirtschaft	58
	d) Gewerbliche Wirtschaft	64
	4) Der kommunale Bereich	71
	a) Öffentliche Einrichtungen	71
	b) Gemeindefinanzen	74
II.	Daten des funktionalen Raumzusammenhanges	80
	1) Der übergeordnete Raum	80
	a) Der Wirtschaftsraum Bielefeld-Brackwede	80
	b) Der Wirtschaftsraum Gütersloh	82

2) Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land	83
a) Das Pendlerwesen	83
b) Städtische Einflüsse	91
c) Sonderproblem Sennestadt	93
3) Die Verkehrsverhältnisse	98
 Teil C	
DIE ERGEBNISSE DER STRUKTURANALYSE IM HINBLICK AUF DIE RAUMORDNERISCHE ZIELSETZUNG	100
I. Der Leitgedanke	100
II. Kennzeichen der räumlichen Struktur	102
III. 1) Ungeordnete Entwicklung	102
2) Wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen Gemeinden	106
III. Ansätze einer Neuordnung	110
 Teil D	
MÖGLICHKEITEN DER SIEDLUNGS.-UND KOMMUNALPOLI- TISCHEN NEUORDNUNG IM UNTERSUCHUNGSGEBIET	115
I. Flächennutzungspläne	115
1) Gesetzliche Vorschriften	116
2) Besondere Schwierigkeiten im Streusiedlungs- gebiet	117
II. Kommunale Neugliederung	121
1) Rechtliche Grundlagen	121
2) Allgemeine Begründungen	122
III. Grenzänderungsvorschläge	126
1) Eckardtsheim-Sende-Senne II	126
2) Sende-Liemke-Stukenbrock	129
3) Kaunitz	131
4) Verl-Bornholte	133
5) Friedrichsdorf-Avenwedde	134
6) Sonstige Grenzänderungen	137
 Zusammenfassung	138
 Verzeichnis der Übersichtskarten	143
Verzeichnis der Tabellen	144
Literaturverzeichnis	145

Einleitung: Problem, Aufgabe und Methode der Untersuchung.

Die folgende Untersuchung dient dem Zweck, realisierbare Vorschläge für eine siedlungs.- und kommunalpolitische Neuordnung des nord-östlichen Teils des Landkreises Wiedenbrück auszuarbeiten. Diese spezielle Zielsetzung begrenzt die Untersuchung auf ganz bestimmte räumliche Probleme und damit auch den Einblick in das allgemeine, umfassende Gebiet der Raumordnung auf nur wenige Teilbereiche. Aus diesem Grunde ist es geboten, vom theoretischen Standpunkt her die allgemeinen methodischen und sachlichen Fragestellungen der Raumordnung zu durchleuchten. Nur auf diese Art und Weise wird es jeweils möglich sein, den Standort der praktischen Probleme zu bestimmen, ihre Bedeutung zu erkennen und stets den Blick zum Ganzen und Wesentlichen der Raumordnung herzustellen.^{1,2)}

- 1) Vgl. W. Nöldechen: "Die raumordnende Landesplanung als Problem der Innenpolitik, ihre wirtschaftliche Bedeutung und ihr Ausbau" 1953, S. 6.
- 2) Die besonderen Schwierigkeiten dieser Aufgabe resultieren daraus, daß es an einer allgemeinen, die räumliche Realität berücksichtigenden, über die katallaktischen Aspekte hinausgreifenden räumlichen Theorie der Wirtschaft fehlt. Viele Teilbereiche des Wirtschaftslebens sind zwar unter Berücksichtigung ihrer räumlichen Grundlagen dargestellt worden. Hinsichtlich der "räumlichen Aspekte der ganzen ökonomischen Theorie" (A. Lösch "Die räumliche Ordnung der Wirtschaft") bedeuten sie jedoch nur einzelne Bausteine in dem gesamten Gebäude der Raumordnung. "Andererseits ergeben sich aus den Anforderungen der Praxis" - wie auch in der hier vorliegenden Untersuchung - immer wieder Situationen, in denen Stellungnahmen und Empfehlungen verlangt werden, die aus einem Wissen einer allgemeinen räumlichen Theorie der Wirtschaft gegeben werden müßten. Diese umfassende Theorie fehlt aber, jedenfalls fehlt sie in einer dem gegenwärtigen Stand der Forschung entsprechenden Ausgestaltung. Die Vorschläge wie die Entscheidungen, die dann von Fall zu Fall getroffen werden, nehmen, so gut es eben geht, ein Stück Theorie vorweg, das an sich in ein System gehörte und das einer kritischen Prüfung zuerst von diesem System aus dringend bedurft hätte. Daß ein solches Vorgehen nicht unbedenklich ist, braucht nicht hervorgehoben zu werden. Es rührt an die besondere Problematik von Raumforschung, Raumordnung und Raumpolitik in der Gegenwart. (E. Dittrich: "Die Ordnung der Wirtschaft im Raum" in "Raumforschung und Raumordnung" 1953, S. 133 ff). Diese Situation verlangt von dem Praktiker äußerste Vorsicht in seinen Entscheidungen und Vorschlägen, da diese nicht in jedem Fall auf festen Fundamenten aufgebaut werden können. So ist es fraglich, ob nicht schon in vermeintlich planvollen räumlichen Neuordnungsmaßnahmen der Keim für Fehlentwicklungen enthalten ist, ob die räumliche Gestaltung eines bestimmten Gebietes einer kritischen Wertung unter dem Gesichtspunkt einer umfassenden räumlichen Theorie der Wirtschaft standhält. (E. Dittrich: "Regionale Wirtschaftspolitik" in "Wirtschaftsdienst" 1953, S. 17. und J. Esenwein-Rothe: "Raumordnung und marktwirtschaftliche Selbstkoordination" in "Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik" 1958, S. 402).

Unter diesen Gesichtspunkten ist es einleuchtend, daß das theoretische Rüstzeug nur die wesentlichsten Fakten der Raumordnung umfassen kann, soweit diese zum Verständnis des theoretischen Zusammenhanges notwendig und für die spätere empirische Untersuchung von Bedeutung sind.

Die allgemeinen Grundlinien der theoretischen Abhandlung gestatten es, zwischen Theorie und Praxis stets einen engen Kontakt zu halten. Dem Praktiker ist somit ein roter Faden an die Hand gegeben, sich von Fall zu Fall zu orientieren und sein Handeln systematisch auf die Gesamtsituation der Raumordnung abzustimmen. Die allgemeinen Grundlinien sind dabei der Ausgangspunkt für seine raumordnungspolitischen Bemühungen. Demgemäß ist dem theoretischen Teil nicht die Aufgabe gestellt, neue Probleme aufzudecken und deren Lösungen zu finden. Es gilt vielmehr, auf vorhandenem Terrain einen praktischen Problemen angemessenen theoretischen Grundriß zu zeichnen. Zu Gunsten einer größeren Übersichtlichkeit konnten Einzelheiten nicht berücksichtigt werden.

Für den praktischen Teil der Untersuchung ist eine umfangreiche Raumanalyse erforderlich, da sich die Probleme erst nach einer genauen Durchforschung aller Einzelheiten herauschälen. Die thematische Fragestellung rückt die Gemeinde als unterste, politisch selbständige, ökonomische und soziale Einheit des Raumgefüges in den Mittelpunkt der Untersuchung. Die Gemeinden sind bedeutende Träger des funktionalen Zusammenhanges zwischen Raum, Wirtschaft und Mensch. Sie sind daher die zentralen Faktoren bei einer planvollen Gestaltung und Ordnung der regionalen menschlichen Lebensverhältnisse. Dies gilt nicht nur für den jeweiligen eng umgrenzten kommunalen Raum, sondern auch für übergeordnete Raumeinheiten. Gerade unter dem letzten Gesichtspunkt wird es klar, daß die tatsächliche räumliche Gestaltung der verschiedenen Gebiete, die auf Gründe kommunalpolitischer Tätigkeit zurückzuführen ist, nicht immer zu einem Optimum an räumlicher Ordnung der unterschiedlichsten räumlichen Interessen und Nutzungsansprüche gelangt, wenn man z.B. berücksichtigt, daß es teilweise schwierig oder unmöglich ist, die raumwirksamen Kräfte mehrerer Gemeinden auf ein gemeinsames Ziel auszurichten. Die engen kommunalen Gesichtspunkte geben kaum den Blick frei für räumliche Gesamtsituationen wie es z.B. bei der Frage der industriellen Standorte mit ihren für den gesamten räumlichen Aufbau weitreichenden sozialen und ökonomischen Pro-

blemen unumgänglich notwendig wäre. Nur in seltenen Fällen entsprechen die kommunalpolitischen Entscheidungen den übergeordneten raumpolitischen Zielsetzungen, sei es aus Unkenntnis, aus mangelnder Einsicht oder fehlender Koordination.

Wenn auch die räumlichen Probleme des Untersuchungsgebietes an Bedeutung nicht unmittelbar über den regionalen Rahmen hinausreichen, so ist doch einleuchtend, daß ihre Grundtatbestände im Hinblick auf den oben beschriebenen Sachverhalt von wesentlichem Einfluß auf die räumliche Ordnung sind. Eine mangelnde oder nur zufällige Koordination der unterschiedlichen Ansprüche an den Raum hinsichtlich übergeordneter räumlicher Erfordernisse führt daher vielfach zu Fehlentwicklungen und zu Situationen, in denen die kommunalen Fundamente einer räumlichen Ordnung im einzelnen oder in ihrem Zusammenwirken erschüttert sind.

Der Ausweg aus derartigen Situationen setzt die Anwendung raumordnungspolitischer Maßnahmen voraus, die selbst, unabhängig von den von Fall zu Fall verschiedenen räumlichen Aufgaben - seien es solche kommunalpolitischer Art, seien es Probleme der bestmöglichen Nutzung des verfügbaren Raumes im Hinblick auf die wachsende Bevölkerungszahl oder der Koordination verschiedener räumlicher Interessen - auf eine überregionale Raumordnung, auf eine gemeinsame ordnungspolitische Zielsetzung abgestimmt sein müssen. Die Beachtung dieses Grundsatzes gilt in besonderem Maße für Gebiete, in denen sozial und ökonomisch schwerwiegende Fehlentwicklungen stattgefunden haben.

Zu diesen Gebieten gehört der Raum Wiedenbrück-Nordost, dessen völlig unorganische dezentralisierte Besiedlung und deren negative Einflüsse auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung und auf die räumliche Gestaltung seiner Gemeinden ebenso wie der seit langer Zeit bestehende Widerstreit zwischen den gegebenen kommunalpolitischen Abgrenzungen und den tatsächlichen räumlichen Zusammenhängen Anlaß geben, eine Neuordnung zu erwägen. Dabei müssen selbstverständlich die sozialökonomische Entwicklung der Vergangenheit und die heutige Situation berücksichtigt werden.

Es ist daher Aufgabe des letzten Teiles der Untersuchung, eine genaue Strukturanalyse des Raumes und seiner Beziehungen zum Großraum durchzuführen. Aus der Kenntnis der einzelnen Daten las-

sen sich dann die Möglichkeiten einer den sozialen und wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechenden Raumordnung ableiten. .

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die methodische Grundlinie der Untersuchung von dem Motiv geleitet ist, "die Symptome, die sich aus den Spannungen und Schwierigkeiten der jeweiligen Tatbestände, aus den räumlichen Fehlentwicklungen ergeben, auf grundsätzliche Zusammenhänge zurückzuführen, aus deren Erkenntnis allein Lösungen stammen können, die eben nicht nur Symptome kurieren, sondern das gesamte soziale Leben in seinem Zusammenhang erfassen. Nur so können die Kräfte und Gesetze, die die räumliche Ordnung des Lebens elementar bestimmen, genügend beachtet werden."¹⁾

¹⁾ F. Glatzel: "Raumforschung als angewandte Sozialwissenschaft im Bereich der Politik" in "Zeitschrift für Raumforschung" 1950, S. 11.

Teil A A L L G E M E I N E G R U N D L A G E N.

I. Wirtschaftliche und soziale Funktionen des Raumes und seiner Nutzung.

In dieser Untersuchung soll der "Raum" auf seinen Beziehungszusammenhang zu jeglicher Art menschlichen Lebens begrenzt werden, soweit er in seiner Eigenschaft als Grund und Boden und als Träger von Standorten dessen Voraussetzung ist und für die menschliche Nutzung irgendwelche Bedeutung hat. Der Rahmen ist also sehr weit gespannt. Die Vielfalt seiner Nutzungsmöglichkeiten und der vom Menschen getragenen Beziehungen und Funktionen räumlicher Art bietet eine Fülle verschiedenartiger raumbezogener Aspekte, deren fundamentalster darin liegt, den Raum als eine der Grundlagen menschlichen Lebens überhaupt anzusehen.

Im Hinblick auf seine Funktion als Lebensgrundlage ist der Raum Forschungsobjekt zahlreicher Wissenschaften gewesen. Die wirtschaftswissenschaftlichen Aspekte des menschlichen Zusammenlebens im Raum stehen dabei sehr im Vordergrund aller räumlichen Untersuchungen. Dies hat seine Ursache darin, daß die räumliche Nutzung der Erdoberfläche durch den Menschen stets eine wirtschaftliche Seite hat und ferner Ausdruck bestimmter sozialer Verhaltensweisen ist.^{1,2)}

Nicht immer ist aber die Vorrangstellung wirtschaftlicher Belange hinsichtlich der räumlichen Nutzung genügend beachtet worden. Einerseits ergab sich diese Tatsache aus dem "räumlichen Überfluß" vergangener Zeiten und andererseits aus der jeweils herrschenden wirtschaftlichen Grundhaltung. So war die Bedeutung des Raumes in geschichtlicher Sicht Wandlungen unterworfen.³⁾

1) Vgl. F. Glatzel: a.a.O. Seite 7/8.

2) Vgl. F. Bülow: "Zur Philosophie und Soziologie des Raumes und der Raumordnung" in "Raumforschung und Raumordnung" 11. Jg. 1953, S. 71.

3) Der Rahmen der hier gestellten Aufgabe läßt einen historischen Rückblick auf die wichtigsten Daten der Raumordnung nicht zu. Die Darstellung der gegensätzlichen Raumauffassungen des Merkantilismus (als Anfangsstadium wirtschaftstheoretischer Ansätze) und der klassischen Theorie (ausgebautes theoretisches System) ist daher mehr von der sachlich-theoretischen Seite zu werten (als typisch für den Bedeutungswandel). Die historischen Positionen dieser Zeitschnitte interessieren hier weniger.

Im merkantilistischen Zeitalter galt der Grundsatz einer engen Bindung von Wirtschaft und Raum, die sich in zahlreichen wechselseitigen Beziehungen ausdrückte. Das ökonomische Raumbewußtsein führte dazu, eine zielbewußte raumwirksame Wirtschaftspolitik zu betreiben und verschieden genutzte bzw. ausnutzbare Räume zu einer ergänzungsfähigen wirtschaftlichen Raumeinheit zusammenzuschließen. Diese Gestaltungsansätze haben keine Entwicklung und Fundierung durch die wirtschaftstheoretische Konzeption der folgenden Periode der liberalen Marktwirtschaft erfahren. Diese Theorie des Denkens in abstrakten, allein vom Marktautomatismus abgeleiteten Größen vermochte den Raum (ebenso auch nicht den Staat) nicht als den Träger wichtigster wirtschaftlicher und sozialer Funktionen zu erfassen.¹⁾ Lediglich in der Landwirtschaft blieb der Raum bzw. der Boden ein von der Theorie hervorgehobener elementarer Wirtschaftsfaktor. Aber seine theoretische Verarbeitung ist weit von dem universellen Raumdenken unserer Zeit entfernt.²⁾ Erst im Laufe der weiteren Entwicklung wird die Raumwirksamkeit wirtschaftlicher Handlungen und Entscheidungen allmählich erkannt. Dies hängt nicht allein mit einer zunehmenden relativen Verknappung der konstanten Größe Raum gegenüber einer laufend wachsenden Bevölkerungszahl zusammen, sondern auch damit, daß erste Versuche unternommen werden, die Raumkomponente als grundlegenden Ordnungsfaktor wirtschaftlichen Geschehens anzusehen und auf diesem neuen Fundament auch eine raumbezogene Wirtschaftstheorie aufzubauen. Wenn auch die Ansätze über eine industrielle Standortlehre (katalaktischen Charakters) zunächst nicht hinausreichten, so bedeutet allein schon die Einführung des Begriffes "Standort" in das wirtschaftstheoretische Denken einen der bedeutsamsten Schritte von der klassischen Theorie der Vergangenheit hin zur Gegenwart.³⁾ Standort ist der

1) Es gab auch Ausnahmen z. B. in Fragen der Verkehrspolitik und der Kolonisation.

2) Vgl. E. Dittrich: "Marktwirtschaft und Raumordnung" in "Raumforschung und Raumordnung" 11. Jg. 1953, S. 2 f.

3) An dieser Stelle ist auf die standorttheoretische Literatur zu verweisen, deren Aufzählung sich hier aber erübrigt.

Es wäre vermessen, diese zahlreichen und umfangreichen Forschungsarbeiten in wenigen Sätzen zu charakterisieren. Deshalb sei im Hinblick auf das Anliegen der hier durchgeführten Untersuchung folgendes gesagt: Das Standortproblem wurde theoretisch bisher eng angelehnt an marktwirtschaftliche Bedingungen unter dem Blickwinkel der Kostengestaltung für die Produktion gesehen. Diese Theorie abstrahiert bewußt von den Voraussetzungen und Bedingungen einer Raumnutzung wie sie durch die realen Verhaltensweisen gegeben ist. Sie ist darauf gerichtet, die ein-

Zentralbegriff räumlicher Nutzung. Die Raumforschung der Gegenwart hat sich daher zur Aufgabe gesetzt, das Standortproblem der Produktion, der Haushalte usw. in allen Konsequenzen ökonomischer und so-

Fortsetzung der Anmerkung von Seite 6:

zelwirtschaftlichen Kostenüberlegungen hinsichtlich der Standortwahl zu erklären. Deswegen ist dieses isolierte, modelltheoretische Denken nur beschränkt anwendbar für den Aufbau einer allgemeinen räumlichen Theorie der Wirtschaft, die auf die gesamte Nutzung des Raumes abgestellt sein soll, die nicht nur - wie bisher - die Standorte der Produktion, sondern auch die sehr vernachlässigten Standortprobleme des Konsums beachtet. In ihrem Mittelpunkt steht - wie noch zu zeigen sein wird - nicht allein die Suche nach dem kostengünstigsten, rentabelsten Standort eines Betriebes, sondern die Gestaltung aller mit der Nutzung des Raumes verbundenen ökonomischen und sozialen Tatbestände des menschlichen Lebens. Die Theorie der Raumordnung unterscheidet sich deutlich von der Theorie absoluter Standorte. Der Frage nach der bestmöglichen Gesamtnutzung des Raumes - sowohl im regionalen als auch im funktionalen Sinn - auf der einen Seite stehen Fragen des marktwirtschaftlichen Rationalprinzips auf der anderen Seite gegenüber. Wenn es gelingt, diese letztere isolierte und im Sinne einer gesellschaftspolitisch fundierten Theorie der Raumordnung zu enge standorttheoretische Betrachtungsweise (eng bezogen auf industrielle Standorte) zu erweitern auf eine standorttheoretische Betrachtung aller räumlichen Nutzungsansprüche bzw. des gesamten Standortgefüges, wird es möglich sein, eine allgemeine Theorie von der Gesamtnutzung des Raumes zu entwickeln. Ansätze hierzu sind verschiedentlich vorhanden. Die methodischen Fragestellungen dieses beschriebenen Weges sind durch zahlreiche Forschungen (u.a. Dittrich, Egner, Thalheim) so weit geklärt, daß eine systematische Lösung der sachlichen Probleme aufgegriffen werden kann.

Der Anwendungsbereich der Untersuchungen von Egner liegt nicht auf dem industriell-räumlichen Sektor allein, er gilt auch bei entsprechender Modifikation für andere wirtschaftsräumliche Bereiche menschlichen Lebens. (Vgl. E. Egner: "Möglichkeiten und Grenzen industrieller Standortpolitik" und "Grundsätze für eine industrielle Standortpolitik in der deutschen Gegenwart"). Hierbei bieten sich zahlreiche Möglichkeiten für tiefergreifende Untersuchungen, auf die im Rahmen dieser Arbeit lediglich hingewiesen werden kann. In historischer Sicht ist die verabsolutierende Betrachtung des industriellen Standortes zu Gunsten einer strukturtheoretischen Betrachtung des Standortes im allgemeinsten volkswirtschaftlichen Sinne bereits überwunden. In Konsequenz der wirtschaftlichen Entwicklungsphase regionaler Intensivierung (Ausfächerung: Predöhl) ist die enge, nicht unmittelbar für die Praxis relevante katallaktische Betrachtung industrieller Standorte (marktwirtschaftliche Theorie industrieller Standorte) überwunden worden zu Gunsten einer allgemeinen empirischen Betrachtungsweise, wobei dem industriellen Standort wesentliche Bedeutung für die räumliche Ordnung der gesamten Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens zukommt. Auch unter dieser Perspektive sollte noch einmal verdeutlicht werden, was hier unter der Entwicklung zwischen Vergangenheit und Gegenwart zu verstehen ist.

(Vgl. hierzu A. Predöhl: "Außenwirtschaft, Weltwirtschaft, Handelspolitik und Währungspolitik" Göttingen 1949).

zialer Art, über seine technischen Fragestellungen hinaus zu ergründen, um eine möglichst vollständige Klarheit über die Funktion der räumlichen Nutzung zu erlangen.¹⁾ Die folgende Untersuchung wird sich also zunächst mit den standortbildenden menschlichen Kräften auseinandersetzen haben.^{2,3)}

Die räumlichen Auswirkungen dieser Kräfte haben drei Richtungskomponenten. Der Mensch ist Gestalter des Raumes. Andererseits prägen aber die im Raum vorhandenen natürlichen und vom Menschen geschaffenen Ordnungsgrundlagen die menschlichen Lebensformen, die Sozialgebilde Haus, Hof, Dorf usw., Gesellschaft und Gemeinschaft und damit schließlich die räumlichen Beziehungen der Menschen untereinander. Eines der wesentlichen Merkmale des Raumes ist seine Eigenschaft als Träger eines von vielen unterschiedlichen Kräften bestimmten sozialen und ökonomischen Ordnungszusammenhangs und damit der Grundtatbestände menschlichen Zusammenlebens.⁴⁾

Die Frage nach den Elementen, nach den zentralen Größen, nach den Ordnungsprinzipien in diesem Netz gegenseitiger Beziehungen von Mensch und Raum lenkt den Blick wieder auf die Kräfte, die die einzelnen Standorte im Raum und das Standortgefüge, d.h. die Zuordnung der verschiedenen Standorte, denen verschiedene Nutzungsansprüche zugrunde liegen, bestimmen.

Diese standortbildenden Kräfte, die vom einzelnen Menschen ausgehen, werden in vielfältiger Weise realisiert.⁵⁾ Standort reiht sich an Standort. In zahlreichen Fällen sind ihre äußeren Zusammenhänge und Verkettungen zu erkennen, welche jedoch noch nichts über ihren funktionalen Gehalt im Rahmen des Gesamtraumes aussagen. Es ergibt sich daher die wichtige Frage nach einem Maßstab, nach dem die Zweckmäßigkeit der Standorte beurteilt und gegebenenfalls eine zweckent-

-
- 1) Vgl. E. Egner: "Möglichkeiten und Grenzen industrieller Standortpolitik" in "Raumforschung und Raumordnung" 1948, Heft 1, S. 5.
 - 2) Vgl. H. J. Schneider: "Um die geistigen Voraussetzungen der Raumordnung" in "Raumforschung und Raumordnung" 1950, S. 16 ff.
 - 3) Vgl. F. Bülow: "Raumforschung als wissenschaftliche Aufgabe" in "Zeitschrift für Raumforschung" 1950, S. 231.
 - 4) Vgl. F. Bülow: a.a.O. S. 69/70/71.
 - 5) Es ist hier bewußt abstrahiert worden von den standortbildenden Kräften einer Gemeinschaft. Die Einbeziehung solcher Gesichtspunkte würde zu keinen anderen Ergebnissen führen als sie in der obigen vereinfachten Darstellung erzielt werden. Es kommt hier nur auf die Erläuterung der wesentlichsten Zusammenhänge an.

sprechende Standortverteilung vorgenommen werden kann.

Ein solcher Maßstab kann bei der Betrachtung des allgemeinen Standortproblems unter einzelwirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und über rein ökonomische Bereiche hinausgehenden gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten gefunden werden.^{1,2)}

Abgesehen von irrationalem Verhalten bei der Nutzung des Raumes - hier soll von industriellen Standorten die Rede sein - liegen der einzelwirtschaftlichen Standortwahl rationale Kosten.-bzw. Ertragskalkulationen zugrunde, die insgesamt Bestrebungen erkennen lassen, Kostenminimalpunkte für raumrelevante Zwecke zu erreichen. Die Überlegungen hinsichtlich der einzelwirtschaftlichen Standortwahl tendieren also auf die jeweils optimale Kostengestaltung für die Standorte der Produktion hin. Sie sind in erster Linie von marktwirtschaftlichen Daten und von der marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeit bestimmt. Von dieser Ebene des Kostenbereichs ist jedoch kein oder nur ein sehr einseitiger Einblick in die funktionale Ordnung aller Standorte eines Raumes möglich, eben nur ein Einblick in die marktwirtschaftliche Zuordnung aller Standorte. Reicht nun diese einzel.-oder marktwirtschaftliche Grundlage für die Lösung des Maßstabproblems aus? Kann die Standortbildung im Raum den marktwirtschaftlichen Kräften allein überlassen bleiben und gleichzeitig den Ansprüchen einer volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen angemessenen Raumordnung genügen?

Zur Beantwortung dieser Frage werden folgende Betrachtungen angestellt. Der Ausgangspunkt des marktwirtschaftlichen Systems ist der Einzelmensch, u.a. ausgestattet mit den Wesensmerkmalen individuell

1) Vgl. E. Egner: "Möglichkeiten und Grenzen industrieller Standortpolitik" in "Raumforschung und Raumordnung" 1948, Heft 1, S. 5.

2) Die einzelwirtschaftlichen Gesichtspunkte umfassen die raumbestimmenden Dispositionen der einzelnen handelnden Wirtschaftseinheiten, die volkswirtschaftlichen dagegen das Ergebnis des volkswirtschaftlichen Zusammenwirkens der einzelnen Dispositionen.

Hinsichtlich des Raumes als der bedeutendsten Grundlage für die Ordnung der gesamten Lebensverhältnisse ist die gesellschaftspolitische Fragestellung der Raumnutzung den obigen Perspektiven als übergeordnet zu betrachten. Sowohl die volkswirtschaftlichen als auch die gesellschaftspolitischen Prinzipien üben Ordnungsfunktionen aus. In Anwendung auf die tatsächlichen Raumverhältnisse ist daher zu erkennen, in welchen Punkten die individuellen Dispositionen eine Neugestaltung erfahren müssen.

ökonomischer Triebe, Rationalverhalten usw. Unter theoretischem Aspekt waren dies bereits die Voraussetzungen dafür, daß sich aus dem unbehinderten Zusammenwirken dieser einzelwirtschaftlichen, von persönlichen, egoistischen Interessen getragenen Kräfte als Resultat ein maximales reales Sozialprodukt, höchster durchschnittlicher Lebensstandard und ebenfalls eine soziale Harmonie ergab. Ein Optimum an Eigennutz, das in dem liberalen marktwirtschaftlichen System erreicht werden konnte, erschien gleichbedeutend mit einem Optimum an Gemeinnutz. Nach diesem Grundsatz genügte die einzelwirtschaftliche, streng aus der marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeit abgeleitete Standortwahl im katallaktischen Sinne voll auf individuellen und gemeinsamen Interessen.¹⁾ In einer den tatsächlichen räumlichen Verhältnissen angenäherten Betrachtung kann aber festgestellt werden, daß die von einzelwirtschaftlichen Überlegungen ausgehenden Entscheidungen den Beweis der Koordination auf das Ziel der optimalen Nutzung im Raum nicht erbracht haben. Die Schaffung eines optimalen Standortgefüges geht also weit über die Prinzipien (oder die Funktionen) einzelwirtschaftlicher Kostengesichtspunkte hinaus, obwohl auch im volkswirtschaftlichen Sinne unbestritten ist, daß diese Kostenüberlegungen (besonders bei der Wahl zwischen mehreren Standorten) für die Beachtung des allgemeinen ökonomischen Prinzips unerläßlich sind, da durch sie die Zielsetzung (höchster Rationalität) der einzelnen Wirtschaftseinheiten zum Ausdruck kommt.

Wodurch sind aber die Grenzen so eng gezogen? Die einzelwirtschaftlich getroffene Standortwahl würde mit einer volkswirtschaftlich bestimmten identisch sein, wenn - Rationalverhalten vorausgesetzt - u. a. vollkommene Raumtransparenz, keine raumbezogenen Kostenpräferenzen²⁾ und keine absoluten räumlichen Präferenzen herrschen würden. Unter diesen Annahmen könnten zwischen privatwirtschaftlich und volkswirtschaftlich begründeten Entscheidungen keine Differenzen in der räumlichen Gestaltung der Wirtschaft bestehen. Die ökonomischen Dispositionen der Raumnutzung bedürften in diesem Falle keiner Revision. Diese Annahmen treffen auf die Wirklichkeit jedoch nicht zu, so daß stets mit den oben genannten Diskrepanzen gerechnet werden muß. Es finden sich zahlreiche Beispiele dafür, daß effektive und po-

1) Vgl. hierzu die industrielle Standortlehre im Sinne von A. Weber (Über den Standort der Industrien, Tübingen 1922 und Industrielle Standortslehre, Tübingen 1923) und A. Predöhl (Außenwirtschaft, Weltwirtschaft, Handelspolitik und Währungspolitik, Göttingen 1949). Ferner sind zu nennen: Engländer, Launhardt, Ohlin, Palander.

2) z. B. Ausschaltung der social costs Präferenz in Ballungsgebieten.

tentielle (optimale) Nutzung eines Raumes für bestimmte z.B. industrielle Zwecke erheblich differieren. Typisch für diesen Sachverhalt sind die Fälle, in denen die Möglichkeiten der einzelwirtschaftlichen Standortwahl in einem begrenzten Raum nur unvollständig ausgenutzt werden. Ebenso können Kostenüberlegungen für bestimmte Standorte im Einzelfall ein Höchstmaß an Rationalität erbringen, im Vergleich zu den Standortmöglichkeiten unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aber völlig abwegig sein. Diese Beispiele zeigen deutlich die engen Grenzen isolierter Einzelentscheidungen für eine volkswirtschaftlich optimale Nutzung des Raumes an. Aus allem wird ersichtlich, daß hinsichtlich des Wirkungszusammenhanges der Standorte einzelwirtschaftliche Kostengesichtspunkte nicht allein entscheidend sein können.

Als Ergebnis kann zunächst einmal festgestellt werden, daß die marktwirtschaftlichen Grundlagen allein keine Harmonie der räumlichen Interessen im volkswirtschaftlichen Rahmen herbeiführen können. Für die Gestaltung des räumlichen Geschehens konnten bisher noch keine positiven Gesichtspunkte gewonnen werden.

Der Blick ist daher auf die volkswirtschaftlichen und die gesellschaftspolitischen Raumprobleme zu erweitern. Auf der volkswirtschaftlichen Ebene ist die räumliche Nutzung an den ihr innewohnenden Funktionen und Kräften zur Versorgung und materiellen Unterhaltssicherung der einzelnen Glieder einer Volkswirtschaft zu überprüfen. Die Beachtung dieses Kriteriums rechtfertigt erst die einzelwirtschaftliche Beanspruchung des Raumes. Insofern sind die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte den einzelwirtschaftlichen als übergeordnet zu betrachten. Die Schwerpunkte der Raumnutzung werden von der wirtschaftlichen Existenzsicherung einzelner Personen, die unter rationalen Überlegungen zwangsläufig ohne Rücksicht auf andere Personen handeln zu den Existenzmöglichkeiten einer Personengruppe bzw. der gesamten Bevölkerung verlagert. Die Ausnutzung des Raumes unterliegt daher anderen Bedingungen. Es müssen unter volkswirtschaftlichen Perspektiven für den gesamten Raum geltende Grundsätze wie Ausnutzung der natürlichen Vorgegebenheiten des Raumes bzw. Aufbau einer möglichst vielseitigen ökonomischen Struktur, gegenseitige Ergänzung der verschiedenen Wirtschaftszweige, damit eine maximale Versorgung der Bevölkerung gesichert wird, beachtet werden. Deutlich lassen sich auf dieser Stufe der räumlichen Nutzung (hin-

sichtlich eines volkswirtschaftlichen Versorgungsraumes) die Unterschiede zu der einzelwirtschaftlichen Stufe erkennen. Der Raum in seiner Funktion als Versorgungsraum erzwingt den Aufbau einer krisenfesten Wirtschaftsstruktur - soweit die Möglichkeiten ihrer Gestaltung durch eine bestimmte räumliche Nutzung gegeben sind - in der die unterschiedlichen Standorte einander in bestimmter Weise zugeordnet werden. Hierin zeigt sich die Erweiterung des einzelwirtschaftlichen Kostenproblems zu dem gesamtwirtschaftlichen Versorgungsproblem, der Weg von raumgestalterischen Einscitigkeiten und Isoliertheiten zum vielseitigen volkswirtschaftlichen Aufbau des Raumes, von der einzelwirtschaftlichen Ratio des Kostendenkens zu Problemen, deren Lösung wirtschaftliche Unterhaltssicherung für die Gesamtheit bedeuten. Die Nachhaltigkeit der Produktion durch Sparsamkeit in der Materialverwendung und in der Nutzung der natürlichen und menschlichen Kräfte zu sichern, gehört ebenfalls zu den elementaren Voraussetzungen einer in ihren strukturellen und territorialen Grundlagen gefestigten Volkswirtschaft, die als eines ihrer Fundamente den Versorgungsraum einschließt.¹⁾

An dieser Stelle wird noch einmal klar, daß die marktwirtschaftliche Ordnungsgrundlage für eine den ökonomischen Belangen der Volkswirtschaft entsprechende räumliche Gestaltung nicht ausreicht. Nur unter wirklichkeitsfremden Annahmen kann die einzelwirtschaftlich und volkswirtschaftlich begründete Raumnutzung als identisch angesehen werden. Da kein Zweifel an dem Vorrang der zentralen Frage nach dem volkswirtschaftlichen Zusammenwirken der individuellen Dispositionen, an dem Vorrang volkswirtschaftlicher Zielsetzungen der Raumnutzung bestehen kann, wird es - wie später noch zu erörtern ist - Aufgabe der Raumordnungspolitik sein, die einzelwirtschaftlichen Rauminteressen mit den volkswirtschaftlichen Prinzipien der Raumordnung in Übereinstimmung zu bringen.

Bisher wurde jedoch nur die Seite der volkswirtschaftlich gerechtfertigten Raumbeanspruchung erörtert. Die Untersuchung ist noch auf die übergeordneten gesellschaftspolitischen Aspekte der räumlichen Nutzung auszudehnen. Die Funktionen der Raumnutzung sind nicht nur gleichbedeutend mit Kosten.- und Versorgungsproblemen, sondern sie umfassen ebenfalls die Schaffung menschenwürdiger Daseinsvorausset-

¹⁾ Vgl. E. Egner: "Möglichkeiten und Grenzen industrieller Standortspolitik" in "Raumforschung und Raumordnung" 1948, Heft 1, S. 10.

zungen im Raum.¹⁾ Insbesondere spielen die Standorte der Produktion und der Haushalte in ihrer gegenseitigen funktionalen und regionalen Zuordnung zueinander hinsichtlich der Lebensraumgestaltung eine entscheidende Rolle. So ist z.B. der Standort des Haushaltes ein Kriterium für eine unter sozialen Gesichtspunkten sinnvolle Raumnutzung. Unter dem sozialen Aspekt sind die Fragen des Pendlerwesens, der Heimatverwurzelung des Menschen, des Hineinwachsens in eine feste Ordnung des Zusammenlebens als der Grundlage allen zufriedenen Daseins, der Bodenständigkeit, der über das Materielle hinausgehenden sozialen Krisenfestigkeit zu beantworten.^{2,3)} Eine gesellschaftspolitisch fundierte Raumordnung setzt weiterhin eine geordnete Siedlungsstruktur voraus, in der die Grundelemente Haus, Hof, Kirche, Schule ihre volle, sozial ordnende Kraft besitzen und innerhalb einer politischen Gemeinde einen zentrierenden Beziehungszusammenhang herstellen. Problematisch sind dagegen wild und beziehungslos über das Land verstreute Siedlungsteile, da sie gegen eine Standortbildung nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten gerichtet sind, zu einer Standortüberwucherung des Raumes beitragen und keine Gewähr für leistungsfähige Gemeinden in wirtschaftlich und sozial einander fest zugeordneten Raumeinheiten bieten.

Die Leistungsfähigkeit der Gemeinden beruht in dieser Hinsicht auf der bestmöglichen räumlichen Zuordnung ihrer sehr unterschiedlichen strukturellen Grundlagen, der Siedlungen, der Industrie, des Verkehrs, der Landwirtschaft usw. Nur in einem durchdachten Ordnungsprogramm, das sich auch in die größeren räumlichen Zusammenhänge einfügt, können die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Belange des menschlichen Lebensraumes gewahrt und die Voraussetzungen für eine bestmögliche Daseinsvorsorge in den Gemeinden geschaffen werden. Lassen sich also Strukturschwächen in der Gestaltung des Raumes verhindern, wird ebenfalls ein Abfall kommunaler Leistungsfähigkeit vermieden werden können.

1) Der Raum, der in seiner Gestaltung den über die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte hinausgehenden gesellschaftspolitischen Anforderungen entspricht, wird als "Lebensraum" bezeichnet. Er unterscheidet sich von dem Versorgungsraum durch die Berücksichtigung sozialer Aspekte. Lebensraum ist aber nicht identisch mit den Raumbegriffen einer expansiven Raumpolitik. Lebensraum ist hier ein funktionaler Ordnungsbegriff, bezogen auf einen gegebenen Raum.

2) Vgl. F. Bülow: "Raumforschung als wissenschaftliche Aufgabe" in "Zeitschrift für Raumforschung" 1950, S. 232.

3) Vgl. E. Egner: "Möglichkeiten und Grenzen industrieller Standortspolitik" in "Raumforschung und Raumordnung" 1948, Heft 1, S. 11.

Während die Lösung volkswirtschaftlicher Raumprobleme eine Frage der Koordination der auf einzelwirtschaftlichen Plänen beruhenden Rauminteressen ist, eine Frage der Abstimmung auf eine diesen Interessen übergeordnete gesamt-ökonomische Zielsetzung, tauchen von der sozialen (gesellschafts.-kulturpolitischen usw.) Seite her Momente auf, die ordnungspolitisch nach einem neuen Maßstab (der im nächsten Abschnitt ausführlicher behandelt wird) zu beurteilen sind.

Einige aus der Fülle volkswirtschaftlicher Raumordnungsaufgaben herausgegriffene Beispiele (bezogen auf die Bundesrepublik) verdeutlichen den obigen Sachverhalt. Sie zeigen aber auch die unlösbaren Bindungen ökonomischer und sozialer Raumprobleme:

- 1) "Ökonomisch sinnvolle Einordnung des Menschen in den deutschen Wirtschaftsraum, insbesondere Umsiedlung der Heimatvertriebenen aus bevölkerungsmäßig überbesetzten Ländern in wirtschaftlich-aufnahmefähige Gebiete."
- 2) "Planmäßige Förderung und Entwicklung wirtschaftsstrukturell rückständiger Gebiete."
- 3) "Territoriale Neuordnung des gesamten deutschen Wirtschaftsraumes mit dem Ziel, wirtschaftlich möglichst homogene und in sich ausgeglichene Länder zu schaffen."¹⁾

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Funktionen des Raumes und seiner Nutzung ihren Ausgangspunkt in den zahllosen unter rationalen Gesichtspunkten getroffenen Einzelentscheidungen haben. Entsprechend der volkswirtschaftlichen Interdependenz dieser isolierten individuellen Dispositionen ist zu fragen, ob die durch letztere geschaffenen Ordnungsgrundlage im Raum übergeordneten volkswirtschaftlichen Anforderungen genügt. Die Antwort lautet nein, da die Summe aller einzelwirtschaftlichen Entscheidungen hinsichtlich der Standortwahl im Raum aus verschiedenen, hier dargelegten Gründen nicht identisch ist mit den volkswirtschaftlichen Prinzipien der Raumordnung. Zwischen beiden Ebenen bestehen beträchtliche Funktionsunterschiede,²⁾ die darin zum Ausdruck kommen, daß auf der einzelwirtschaftlichen Ebene in laufender Folge konkrete Entscheidungen über die

¹⁾ Institut für Raumforschung Bonn: "Zur Frage regionaler Wirtschaftspolitik" Denkschrift, Bad Godesberg 1954, S. 20.

²⁾ In zahlreichen Fällen bestehen erhebliche Spannungen zwischen einzelwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Prinzipien, die nicht ohne erhebliche Nachteile für die einzelwirtschaftlich begründete Raumnutzung zu Gunsten der als übergeordnet zu bewertenden volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte zu lösen sind.

Nutzung des Raumes getroffen werden, während der übergeordnete gesellschaftspolitische und volkswirtschaftliche Bereich, in dem ökonomische und soziale Faktoren eine gleichbedeutende Rolle spielen, dagegen als ordnungspolitisches Moment für die räumliche Nutzung fungiert. Nur durch diese volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Ordnungskomponenten lassen sich die im Raum wirksamen Kräfte zu elementaren ökonomischen und sozialen Daseinsvoraussetzungen formen.¹⁾ Die nach volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Prinzipien zusammengeführten Kräfte (im Lebensraum) kennzeichnen zugleich die optimale Entwicklungsstufe, die in einem bestimmten Raum zu einem gegebenen Zeitpunkt erreicht werden kann.^{2,3)}

II. Das soziale und ökonomische Leitbild der räumlichen Nutzung.

Die vorhergehende Untersuchung hat gezeigt, daß aus der Wettbewerbsordnung die Normen für eine alle Bereiche menschlichen Lebens umfassende Raumordnung nicht entnommen werden können. Mit einer volks- oder gesamtwirtschaftlich fundierten Raumordnung können zwar die raumbezogenen Grundformen des Wirtschaftslebens, aber noch nicht die räumlichen Probleme der Gesellschaftsstruktur und ihrer Entwicklungstendenzen erklärt werden. Aus dieser Sicht sind die volkswirtschaftlichen Prinzipien nicht als letzte, fundamentale Leitgedanken der räumlichen Ordnung anzusprechen. Die Raumnutzung als eine elementare Lebenserscheinung kann zwar wohl im volkswirtschaftlichen Sinne geordnet werden. Dies bedeutet aber keinesfalls, daß damit die Ordnungsgrundlagen volkswirtschaftlichen Ursprungs sind. Im volkswirtschaftlichen Bereich konkretisiert sich lediglich ein Teilstück einer umfassenden Lebensordnung, das zwar wesentlich von den gesellschaftspolitischen Leitgedanken derselben geprägt wird, aber nicht die Ordnungsgrundlage der elementaren Lebensformen darstellt. Hieraus folgt, daß das Leitbild der Raumordnung dem universellen Leitbild einer alle Lebensbereiche umfassenden Gesamtordnung unterstellt ist.⁴⁾

1) Vgl. A. Rüstow: Ausgestaltung der Vitalsituation.

2) Vgl. F. Bülow: "Zur Philosophie und Soziologie des Raumes und der Raumordnung" in "Raumforschung und Raumordnung" 1953, S. 69.

3) Vgl. E. Egner: "Möglichkeiten und Grenzen industrieller Standortpolitik" in "Raumforschung und Raumordnung" 1948, S. 8.

4) Das Leitbild soll einen Idealzustand gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ordnung kennzeichnen (auf die Zusammenhänge von Gesellschafts.- und Wirtschaftsordnung wird nicht näher eingegan-

Es ist einleuchtend, daß die aus dem engen Kontakt von Raumnutzung und Gestaltung der Lebensformen resultierenden vielfältigen Raumordnungsaufgaben einer derartigen ordnungspolitischen Ausrichtung unterliegen müssen. Nur unter dieser Voraussetzung wird es möglich sein, die räumlichen Aufgaben des gesellschaftlichen Daseins widerspruchsfrei zu bewältigen oder überhaupt zu einer Lösung der Probleme zu gelangen. Wodurch sind Inhalt und Ursprung der umfassenden Lebensordnung bestimmt? "Man muß von der Auffassung ausgehen, daß jeweils in einer echten geschichtlichen Epoche alle Lebensgebiete in einem Gesamtzusammenhang stehen, indem sie unter einen Gesamtsinn oder ein geistiges Formprinzip gestellt werden. Dieses gestaltende Prinzip ist das Leitbild, es bestimmt die menschliche Gesamthaltung, die Gesellschaftspolitik, konkretisiert sich im allgemeinen Lebensstil, wie in tausend Alltätigkeiten."¹⁾ Hierzu läßt sich wiederholend sagen, daß das Leitbild gesellschaftspolitische Grundgedanken enthält, die sich in der Wirtschaftsordnung, Raumordnung, staatspolitischen Ordnung usw., also in jenen Teilbereichen niederschlagen, die aus dem gesamten Ordnungszusammenhang Rang und Aufgaben zugewiesen erhalten; der Raumordnung ist eben die Gestaltung der räumlichen Wechselbeziehungen des sozialen Lebens zur Aufgabe gestellt.

Die einzelnen Grundpositionen der gesellschaftspolitischen Ordnung zeichnen sich nicht als das Ergebnis exakter wissenschaftlicher Forschungen ab. Sie entstammen dem Erlebnis- und Bekenntnisbereich des an Umwelt und Zeit gebundenen Menschen und unterliegen damit dem Einfluß der menschlichen Gesinnung und der durch sie geformten Geisteshaltung. Insofern prägen elastische, geschichtlichen Strömungen unterworfenen Kräfte die Gesellschaftsordnung, die sich selbst einer Begründung entziehen. Die auf diese Art und Weise weltanschaulich beeinflussten Formen der gesamten Lebensordnung machen deutlich, wie sehr es eine Ermessensfrage ist, sich zu einem

F ö r t s e t z u n g e t z u n g e n d e r A n m e r k u n g 4) v o n S e i t e 1 5:

gen) auf den das gesamte soziale und wirtschaftliche Handeln in einem langandauernden Ordnungsprozeß ausgerichtet wird. Aus diesem höchsten Ordnungszusammenhang können beliebige Teilordnungen z. B. Raumordnung, Soziale Marktwirtschaft (nach Müller-Armack) usw. abgeleitet werden, die eben nur Gültigkeit auf einem schmalen Sektor gesellschaftlicher Ordnung haben. Besonders zu beachten sind die Interdependenz und die gegenseitige Abhängigkeit der Teilordnungen, die mit starker Intensität für räumliche und marktwirtschaftliche Ordnung gelten und damit besonders problematisch sind.

2) E. Dittrich: "Das Leitbild in der Raumordnung" in "Informationen" Institut für Raumforschung Bad Godesberg, 1958, S. 54.

bestimmten ihrer möglichen Leitbilder zu bekennen und mit einer solchen Entscheidung zugleich die Richtlinien der Raumordnung festzulegen. Einer Politik der Raumordnung bleibt jedoch keine andere Wahl, als sich nach einem gesellschaftspolitischen Leitbild zu orientieren, da die ihr gestellten Aufgaben nicht mathematisch exakt, nicht ökonomisch rational zu lösen sind, da ihre Probleme nur auf dem Untergrund universeller Ordnungsgrundlagen bewältigt werden können.

Es ist sehr schwierig, das "Leitbild" in seinem konkreten Inhalt zu fixieren.¹⁾ Aus einer - hier allerdings nicht durchführbaren - zeitkritischen Betrachtung lassen sich die tragenden Ideen des Leitbildes ableiten: "Es handelt sich darum, in einer Welt, deren bisherige Formen durchweg fragwürdig geworden sind, eine neue Lebensform zu entwickeln, in der der Mensch frei und sozial gesichert leben kann. Diese Aufgabe verlangt, die geistige und gesellschaftliche Ordnung in eine sinnvolle Beziehung zur Wirtschaftsordnung zu setzen."²⁾ In einer Wertung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation stellt Röpke die vielfältigen Formen dieser Forderungen dar. Es ist eine Situation, die man nur dann erfassen kann, "wenn man sich ganz mit der Erkenntnis von der fundamentalen Erkrankung und vom Wesen der Vermassung und Proletarisierung durchdringt und mit ihr an alle Einzelfragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsreform herantritt, daß man sich rücksichtslos von der Monstrosität unserer Verhältnisse - der Großstadt, der Riesenbetriebe, der Wurzellosigkeit, der Entpersönlichung, der Devitalisierung, der Naturentfremdung - Rechenschaft gibt und daraus immer und überall ebenso rücksichtslose Konsequenzen zieht.

Es ist zu fordern, daß alle diese Gedanken jeden einzelnen, wo er auch stehen möge, bei Tag und Nacht beschäftigen und ihn so quälen wie den Verfasser dieses Buches und seine Freunde. Es sind Gedanken, die durch eine einzige Richtung gekennzeichnet sind: weg von der Zentralisierung in jeder Beziehung, von den Zusammenballungen, von der Pferchung der Menschen in Großstadt und Großbetrieb, von der

- 1) Eine ausführliche Darstellung des Problems, das hier nur am Rande gestreift werden kann, findet sich bei: E. Dittrich: "Zum Begriff des Leitbildes in der Diskussion um die Raumordnung" in "Informationen" 1958, S. 1 ff, Ders. "Das Leitbild in der Raumordnung" in "Inform." 1958, S. 53 ff, Ders. "Richtlinien in der Raumpolitik I" und Richtlinien in der Raumpolitik II" in "Inform." 1958, S. 158/311.
- 2) A. Müller-Armack: "Stil und Ordnung der sozialen Marktwirtschaft" in "Untersuchungen des Instituts für Wirtschaftspolitik a.d. Universität Köln" Heft 4, S. 30.

Entwertung des Eigentums und der Macht, die die einen korrumpiert und die anderen zu Proletariern macht, von der Entseelung und Entwürdigung der Arbeit durch mechanisierte Produktion, - hin zur Dezentralisierung im weitesten und umfassendsten Wortsinne, zur Überwindung der Eigentumslosigkeit, zur Verlagerung des sozialen Schwerpunktes von oben nach unten, zum organischen Aufbau der Gesellschaft von den natürlichen und nachbarschaftlichen Gemeinschaften in geschlossener Stufenfolge von der Familie über die Gemeinde und den Kanton bis zum Staat, zur Korrektur von Übertreibungen in Organisierung, Spezialisierung und Arbeitsteilung mit einem Minimum von Selbstversorgung aus eigenem Boden, zur Rückführung aller Dimensionen und Verhältnisse vom Kolossalen auf menschliches Maß, zur Herausbildung neuer nicht-proletarischer, d.h. solcher Industrieformen, die der bäuerlichen und handwerkerlichen Existenz angeglichen sind, zur natürlichen Förderung der kleineren Einheiten der Betriebe und Unternehmungen sowie der soziologisch gesunden Lebens.- und Berufsformen nach dem in vieler Beziehung idealen Grenzfall des Bauern und Handwerkers, zur Aufbrechung von Monopolen aller Art und zum Kampf gegen Betriebs.- und Unternehmungskonzentration wo und wie nur immer möglich, zur Auflösung der Großstädte und Industriereviere und zu einer soziologisch richtigen Landesplanung, die eine Dezentralisierung der Siedlungen und der Produktion zum Ziele hat, zur Wiedererweckung des Berufsgefühls und zur Wiederherstellung der Würde jeder redlichen Arbeit, zur Schaffung von Bedingungen, die ein gesundes Familienleben und eine ungekünstelte Erziehung der Kinder ermöglichen, zum Neuaufbau einer kulturellen Hierarchie, der der ehrgeizigen Unruhe der Menschen ein Ende macht und jeder geistigen Stufe den ihr zukommenden Platz wiedergibt." ¹⁾

Die gesellschaftspolitischen Leitgedanken der Gegenwart (in der westlichen Welt) sind also Freiheit, sozialer Ausgleich, soziale Sicherheit für alle. Ein Rückblick auf die oben genannten Postulate zeigt, daß der Anteil einer Politik der Raumordnung an der Lösung der gesellschaftspolitischen Aufgaben beträchtlich ist. Denn in welchem Raum sind die Probleme des gesicherten Arbeitsplatzes, des Wohnens, der Erholung, der Freizeitgestaltung, der Pendelwanderung, des

¹⁾ W. Röpke: "Civitas humana" Grundfragen der Gesellschafts.- und Wirtschaftsreform, Zürich 1949, 3. Auflage, S. 275/276.

Verhältnisses von Stadt und Land, der Schaffung einer ausgeglichenen Wirtschafts- und Sozialstruktur - um nur einige Beispiele zu nennen - nicht auch zugleich Fragestellungen an die gesamte Lebensordnung.¹⁾

In diesem Leitbild²⁾ werden der Raumordnung Richtlinien vorgezeichnet, nach denen es darauf ankommt, die einzelnen ökonomischen und sozialen Bestandteile der räumlichen Struktur einander in optimaler Weise zuzuordnen. Unter diesem zunächst noch sehr generellen Maßstab kommt - wie auch bereits einleitend betont wurde - dem Einfluß, den die politischen Gemeinden auf die räumliche Ordnung ausüben große Bedeutung zu.³⁾ Dies gilt für die im Leitbild konkret angesprochenen kommunalen Funktionen und Aufgaben, die sie als politische Institution und als Träger von Standorten bzw. als funktionaler und regionaler räumlicher Aufbaukörper ausüben bzw. erfüllen. Der übergreifende Gesichtspunkt des Leitbildes geht diesbezüglich dahin, daß eine geordnete Raumnutzung nur auf der Grundlage sozial und wirtschaftlich fundierter und gesicherter Gemeinwesen möglich ist. Dies bedeutet, daß eine möglichst vielseitige Prägung der gemeindlichen Individualität angestrebt werden muß, so daß deren soziale und wirtschaftliche Struktur als ordnungstragendes und zugleich ordnungschaffendes Fundament empfunden wird. Auch über die Grenzen des gemeindlichen Gebietes hinaus gilt dieser Grundsatz, denn gerade von übergeordneten, vom ganzen Raum her erhalten die Gemeinden ihre Rangordnung und ihre Aufgabenstellung. Die gemeindliche Aktivität bei der Herstellung einer bestimmten räumlichen Ordnung erschöpft sich keines-

1) In der Herstellung einer befriedigenden "Vitalsituation", in der Glück und Wohlbefinden, Zufriedenheit und erhöhtes Lebensgefühl für jeden einzelnen Menschen herrschen, sieht Rüstow die allgem. meisten sozialen Probleme. Eine Verbesserung der Vitalsituation, eine Zunahme der Vitalwirkung ist nicht durch eine Erhöhung des materiellen Lebensstandards zu erreichen. Eine entsprechende Vitalpolitik enthält Forderungen, die teilweise oben genannt sind. Förderung des Familienlebens durch Gestaltung der Arbeitszeit, der Wohn- und Siedlungsweise, durch Erziehung der Kinder usw. Vgl. A. Rüstow: "Soziale Marktwirtschaft als Gegenprogramm" in "Wirtschaft ohne Wunder" Zürich 1953, S. 104/105. Ders.: "Sozialpolitik oder Vitalpolitik" in "Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Dortmund" 1951, S. 453 ff.

2) Dieses Leitbild bildet die ordnungspolitische Grundlage für eine Politik der Raumordnung in den Ländern der Bundesrepublik. Es wird auch künftig einem noch zu schaffenden Bundesraumordnungsplan zugrunde liegen. Der Verfasser folgt aber nicht ausschließlich diesem Leitbild, um damit den Grundsatz einer einheitlichen raumordnungspolitischen Linie zu wahren, sondern weil in dem Leitbild Forderungen enthalten sind, durch die bestimmten Fehlentwicklungen in der gegebenen räumlichen Ordnung entgegengewirkt werden kann.

wegs darin, die Bevölkerung in allen kommunalen Ansprüchen zu versorgen oder das Gemeindegebiet zu verwalten. Wesentlich bedeutender ist hinsichtlich der Raumordnung die Tatsache wie sie sich entsprechend ihren überregionalen Lebensgesetzen in das gesamte räumliche Gefüge einreicht.

Die Funktionen der kommunal-räumlichen Tätigkeit sind demnach in zwei Richtungen gelenkt. Von der übergeordneten Lebensraumproblematik her müssen auf kommunaler Ebene bestimmte Anforderungen erfüllt werden und andererseits ist die Lösung der gestellten Aufgabe abhängig von einer inneren Ordnung des Gemeinderaumes, von einer ökonomischen und sozialen Grundsätzen entsprechenden Zuordnung der Produktions- und Haushaltsstandorte und Gestaltung der Siedlungsstruktur. Es ist leicht zu verstehen, daß die Faktoren des Lebensraumes in einem bestimmten Entsprechungsverhältnis stehen müssen. Bei starken Mißverhältnissen, die z. B. durch einen zu hohen Anteil von Auspendlern, durch den Tatbestand des Fernpendelns (Wochenendpendler), durch den einer überhöhten saisonalen Arbeitslosigkeit, die auf eine zu einseitige Arbeitsplatzstruktur zurückzuführen ist oder durch andere Merkmale gegeben sein können, wird man von ökonomischen und sozialen Fehlentwicklungen in einzelnen Gemeinden oder auch in größeren Räumen sprechen.

Durch die Postulate des Leitbildes nach Dezentralisation werden die Funktionen der Gemeinden im Gesamtraum von einer neuen Seite angesprochen. Bei der Verteilung der wirtschaftlichen Kräfte im Raum im Sinne einer regionalen Balance und, um einseitige Überdimensionierungen einzelner Räume abzubauen oder künftig zu verhindern, spielen kommunalwirtschaftliche Gesichtspunkte eine große Rolle.^{1,2)}

Sowohl bei der Betrachtung des Raumes und seiner Nutzungsfunktionen als auch eines allgemeinen Leitbildes der räumlichen Nutzung wurde erkannt, daß das primäre Anliegen der Entwicklung menschlicher Kräfte im Raum die Lösung volkswirtschaftlicher Raumprobleme ist. Ein wesentlicher Beitrag zu dieser Lösung wird erreicht, wenn angefangen bei der einzelnen Gemeinde bis zu der volkswirtschaftlichen Raumeinheit entsprechende strukturelle Voraussetzungen erfüllt wer-

1) Vgl. N. J. Lenort: "Raumordnung und Wirtschaftspolitik" in "Gewerkschaftliche Monatshefte" 1957, S. 297.

2) Entsprechende Maßstäbe lassen sich jedoch nur mit Rücksicht auf die tatsächlichen örtlichen Verhältnisse finden.

den, damit diese aus abgerundeten, in ihren Grundlagen gefestigten kommunalen Einheiten aufgebaut ist und bis zu der Stufe des Lebensraumes entwickelt werden kann.

Mit diesen Voruntersuchungen sollten die Grundsteine gelegt werden, auf denen sich eine volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch erwünschte Raumordnung aufbauen läßt. Als Grundlagen der Raumordnung können demnach betrachtet werden:

- 1) Raumwirksame Entscheidungen sind vom Standpunkt einzelwirtschaftlicher, volkswirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Maßstäbe zu beurteilen, wobei der letztere Maßstab entsprechend seiner durch ihn verwirklichten höchsten Funktionsstufe räumlicher Ordnung von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die Gestaltung des Lebensraumes ist das primäre Anliegen der Raumordnung. Der Lebensraum einer Volkswirtschaft ist funktional und regional vielfach untergliedert. Jede Gliederungsstufe trägt durch verschiedene ihr angemessene räumliche Faktoren - die Gemeinden z.B. durch kommunale Faktoren des Lebensraumes - zur lebensraumgestaltenden Ordnung der Wirtschaft im Raum bei. Hieraus erklärt sich, daß regionale Fehlentwicklungen sich zwar abschwächend über größere Raumeinheiten fortsetzen, aber grundsätzlich eine wirtschaftsräumliche Ordnung im Sinne der genannten Maßstäbe verhindern. Die volkswirtschaftliche Ordnungsfunktion des Raumes verbindet alles raumwirksame Handeln miteinander und legt ihm nach räumlichen Gliederungsstufen differenzierte Forderungen auf.
- 2) Diese Forderungen sind unter anderem in dem Leitbild als dem Ideal einer universellen Lebensordnung enthalten. Sie sind der konkrete Inhalt der auf jeder Gliederungsstufe im Sinne des Leitbildes zu erreichenden Wesenserfüllung des gesamten Lebensraumes. Die Ausgestaltung hängt in den einzelnen Fällen natürlich von zahlreichen noch zu erörternden Umständen ab.

III. Systematik und Aufgaben der Raumordnung.

1. Allgemeine Begründung für die Notwendigkeit der Raumordnung.

Von der Diskussion um das Wesen der räumlichen Funktionen und die theoretischen Ordnungszusammenhänge führt der Weg jetzt zu den gegebenen räumlichen Verhältnissen. Hier ist zu erkennen, daß die Wirklichkeit sehr oft in scharfem Kontrast zu einem Idealbild räumlicher

Ordnung steht und daß diese sich nicht auf natürliche Weise so einspielt, wie es den Forderungen des Idealbildes entspricht.

Im Gegensatz zu einem stets vorhandenen Ordnungsgleichgewicht in der Natur stellt sich im menschlichen Bereich eine Ordnung nicht von selbst ein. Sie kann nur durch zweckentsprechende Eingriffe herbeigeführt werden. Allgemein gesehen, kann die Notwendigkeit zur Schaffung einer Ordnung im Raum von zahlreichen Fakten abgeleitet werden.

Alle an den Raum gestellten Nutzungsansprüche beruhen auf einzelwirtschaftlichen Überlegungen, auf Einzelinteressen, die sich vielfach überschneiden oder mit der gewünschten Entwicklung des gesamten Raumes nicht in Einklang stehen. Sie bedürfen daher zum Zwecke einer sinnvollen Einordnung in den Raum vorausschauender, planender, gestaltender und im volkswirtschaftlichen Sinne ordnender Überlegungen.¹⁾ Mit zunehmender relativer Verknappung des Raumes sind die auf ihn gerichteten Ordnungsmaßnahmen noch zu intensivieren. Überall, wo auf engem Raum viele Menschen wohnen und arbeiten, muß die Nutzung des Bodens für alle Bedürfnisse des Menschen und der Wirtschaft besonders planmäßig geordnet werden. Dies gilt in jeder beliebigen regionalen Abgrenzung. Grund und Boden sind nur einmalig gegeben und verlangen daher von einer auf Zukunftssicherung bedachten Menschheit eine sinnvolle und sparsame Verwendung. Jeder Raum sollte dem Zweck zugeführt werden, für den er nach seiner Natur und seiner räumlichen Lage prädestiniert ist. Ohne eine bewußt durchgeführte Raumordnung wird es kaum gelingen, seine Produktionskraft im Zusammenwirken von Mensch und Natur unter besonderer Beachtung ökonomischer Tatbestände zu einem Optimum zu führen.

Das Verhältnis des konstanten Raumpotentials zu der ununterbrochen wachsenden Zahl von Menschen und die Vielfalt ihrer Raumansprüche erfordern sogar eine sehr straffe Zuordnung von Mensch und Raum. Die Erscheinungen der gegebenen Raumordnung in vielen Fällen, räumliche Fehlentwicklungen, die Folgen des Krieges, die zahlreiche Lebensgrundlagen zerstört oder völlig verändert haben und damit die Neuschaffung der Voraussetzungen für den gesamten Aufbau der Volkswirtschaft (in der Bundesrepublik) auf verkleinerter räumlicher Grundlage erforderlich machen, sind weitere wesentliche Gründe für

1) Vgl. Teil A, Abschnitt I.

räumliche Ordnungsmaßnahmen.^{1,2)}

Unbestreitbar ist die Notwendigkeit der Raumordnung auf Grund der Tatsachen, daß die effektive Raumnutzung möglichst den an sie gestellten Lebensraumansprüchen genügen soll und, daß seitens des Leitbildes eine Reihe von Forderungen an die Raumnutzung gerichtet ist, deren Erfüllung ohne eine straff durchgeführte Ordnung - wie an zahlreichen konkreten Beispielen nachgewiesen werden kann - nicht möglich ist.

Die oben dargestellte Auswahl von Gründen für eine bewußt geschaffene räumliche Ordnung der Wirtschaft zeigt, daß von einem planvollen Aufbau der wirtschaftlichen Struktur unter räumlichen Gesichtspunkten die Größe des Sozialproduktes einer Volkswirtschaft und damit zugleich die Existenz der Bevölkerung in starkem Maße abhängt. Die räumliche Zuordnung der einzelnen Wirtschaftsfaktoren beeinflusst unmittelbar die Entwicklung des Sozialprodukts.^{3,4)}

2. Raumordnung und Marktwirtschaft.

Die räumliche Nutzung führt unabhängig von dem jeweiligen Leitbild zu einer bestimmten Zuordnung der verschiedenen Ansprüche an den Raum, der verschiedenen Standorte, denen selbst wieder ökonomische Überlegungen zugrunde liegen. Die Interdependenz wirtschaftlichen Handelns und der Raumnutzung leitet zu der Frage über, ob sich nicht durch den Mechanismus einer marktwirtschaftlichen Ordnung eine dem Leitbild entsprechende Ordnung des Raumes (im Sinne einer Versorgungs- und Lebensraumgestaltung) ergibt. Die Beantwortung dieser

1) Vgl. E. Dittrich: "Wirtschaftspolitik und Raumforschung" in "Zeitschrift für Raumforschung" 1950, S. 10.

2) Vgl. J. Esenwein-Rothe: "Raumordnung und marktwirtschaftliche Selbstkoordination" in "Jahrb. f. Nationalökonomie und Statistik" 1958, Band 169, S. 404/405.

3) Vgl. Muermann: "Raumordnung und Landesplanung" in "Wirtschaftsdienst" 1951, S. 17 f.

4) Zu dem Abschnitt über die wirtschaftlichen und sozialen Funktionen des Raumes und seiner Nutzung konnte festgestellt werden, daß zwischen einzelwirtschaftlicher Ordnungsgrundlage räumlicher Nutzung und volkswirtschaftlicher Ordnungsgrundlage räumlicher Nutzung eine Spanne besteht, die seitens der einzelwirtschaftlichen Entscheidungen allein nicht überbrückt werden kann. Hier kam es auf die Feststellung an, daß der Weg zu einer volkswirtschaftlich gerechtfertigten Raumbeanspruchung nur mittels einer "Politik der Raumordnung" bewältigt werden kann. In diesem Abschnitt soll dagegen die Notwendigkeit einer solchen Politik bewiesen werden.

wichtigen Frage macht die Untersuchung des Verhältnisses von marktwirtschaftlichen und räumlichen Grundbegriffen erforderlich.

Die liberale Marktwirtschaft war in der Theorie dadurch gekennzeichnet, daß sich durch das ungehemmte und unbegrenzte freie Spiel ihrer Kräfte eine natürliche Ordnung der Wirtschaft einspielen sollte, mit dem Ergebnis, nicht nur ein Maximum an Gütern aller Art, sondern auch eine erwünschte Ordnung der Wirtschaft im Raum zu erzielen.¹⁾ Der Erfolg der liberalen Epoche blieb jedoch auf eine Steigerung der Produktion begrenzt. Die räumliche Realität dieser Ordnung wich in erschreckendem Maße von dem ab, was dem heutigen Leitbild entsprechen würde. Das freie Spiel der Kräfte hatte keine Harmonie der räumlichen Interessen im Sinne einer Lebensraumgestaltung hergestellt. Ein scharfes Auseinanderklaffen und eine Vertiefung der räumlichen Gegensätze waren das Ergebnis. Groß- und Größtbetriebe entstanden, Kartelle, Konzerne und Monopole schalteten durch die ihnen innewohnenden einseitigen Machtpositionen am Markt die Wettbewerbsordnung aus. Sie schufen alles andere als eine ausgeglichene räumliche Ordnung der Wirtschaft und der sonstigen räumlichen Faktoren, vielmehr eine Tendenz zur regionalen Zerspaltung, zu einseitigen Ballungsräumen und der Entleerung anderer passiv gewordener Gebiete, zu dauerhaften pathologischen Verhältnissen, mit deren raumwirksamen Kräften die heutige Raumordnung zu kämpfen hat.²⁾

Dieser Zeitabschnitt trägt die Merkmale starker industrieller Zusammenballungen in einigen Zentren und großen Industrierevieren und indutrieärmer, weitgehend agrarisch orientierter Räume.^{3,4)} "Die industriellen Gebiete entwickelten sich zugleich zu den Zentren des Handels und Verkehrs, aber auch zu riesigen Menschenmassierungen in den Großstädten. Die agrarischen Gebiete dagegen blieben gewerbe-, handels- und verkehrsarm und gerieten besonders durch starke Menschenabgaben an die industriellen Räume in wirtschaftliche Verkümmernung"⁵⁾ Beispiele dafür finden sich in den Bildern ländlicher Sied-

1) Vgl. H. Ritschl: "Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik" in Weltwirtschaftliches Archiv" 1950, S. 223/224/225.

2) Vgl. W. Röpke: "Civitas humana" Zürich 1949, 3. Aufl. S. 243 ff.

3) Vgl. F. Bülow: "Raumforschung als wissenschaftliche Aufgabe" in "Zeitschrift für Raumforschung" 1950, S. 234.

4) Vgl. E. Dittrich: "Marktwirtschaft und Raumordnung" in "Raumforschung und Raumordnung" 1953, S. 3.

5) E. Egner: "Möglichkeiten und Grenzen industrieller Standortpolitik" in "Raumforschung und Raumordnung" 1948, Heft 1, S. 8.

lungen, in Dörfern und kleineren Landstädten, denen in vielen Fällen notwendige Grundlagen für eine wirtschaftlich fortschrittliche Entwicklung fehlen. "Reichtum und Kapital fliehen das Land und sammeln sich in den industriellen Zentren. Insgesamt ergibt sich das Bild regionaler Monokulturen, d.h. der Spezialisierung und Vereinseitigung ganzer Landschaften im Hinblick auf einzelne sich ihnen im autonomen Markt bietenden Marktchancen."¹⁾ Hier verdeutlicht sich, daß die marktwirtschaftliche Ordnung lediglich den Charakter eines formalen Organisationsprinzips besitzt, das von sich aus keine erwünschte räumliche Ordnung schaffen kann.

Die ungebundenen marktwirtschaftlichen Kräfte sind nicht geeignet und ausreichend, die räumliche Entwicklung in vernünftige Bahnen zu lenken und den gegebenen Zustand auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. "Die freie, ungehemmte Wettbewerbsordnung garantiert nicht gerade einen höchsten Lebensstandard in einem gemeinsamen Versorgungs- und Lebensraum, da sich die aus ihr hervorgehenden Machtpositionen nicht von selbst zu der bestmöglichen, für alle Menschen erträglichen Ordnung zusammenfügen."²⁾

Die allein vom Kostenprinzip, vom Gewinninteresse einzelner Wirtschaftseinheiten dirigierte Ordnung der liberalen marktwirtschaftlichen Epoche hat sich als unfähig erwiesen, eine wünschenswerte wirtschaftliche und soziale Zuordnung der Kräfte im Raum und eine gleichgewichtige räumliche Ordnung der Wirtschaft herbeizuführen. Die marktwirtschaftlichen Ansatzpunkte für eine optimale Selbststeuerung der räumlichen Nutzung sind zu schwach und ihrer Funktion nach teilweise ohne Beziehung zu räumlichen Problemen. Die Wertung dieses Systems fällt in raumordnerischer Perspektive daher negativ aus. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die absolute Freiheit keine Übereinstimmung unterschiedlicher räumlicher Interessen, keine im volkswirtschaftlichen Sinne gerechtfertigte Raumordnung schafft, daß sie dagegen vielmehr zu schwierigen Fehlentwicklungen geführt hat.

Die Erfahrungen der vergangenen Zeit haben ebenfalls zu erkennen gegeben, wo die Grenzen der liberalen Marktwirtschaft im Hinblick

1) E. Egner: "Möglichkeiten und Grenzen industrieller Standortpolitik" in "Raumforschung und Raumordnung" 1948, Heft 1, S. 8.

2) H. Müller: "Gedanken zur Ordnungsfunktion der Landesplanung" in "Raumforschung und Raumordnung" 1953, S. 192.

auf ihre wirtschaftsräumliche Ordnungsfunktion gezogen sind. Man muß sich davor hüten, von einer liberalen Marktwirtschaft mehr zu verlangen als sie zu geben fähig ist und "in einem freien Markt bereits die volle Gewähr für eine befriedigende Gesamtordnung zu sehen."¹⁾ Obwohl wirtschaftliches und räumliches Handeln, Wirtschaft und Raum sich in vielfachen wechselseitigen Beziehungen gegenseitig durchdringen, ist die marktwirtschaftliche Ordnung nicht übertragbar auf räumliche Verhältnisse. Die Verwirklichung einer bestimmten räumlichen Ordnung muß daher auf einem anderen Untergrund erfolgen.²⁾ Diese Einsicht hat in aller Klarheit Müller Armack ausgesprochen: "So sehr es notwendig ist, die marktwirtschaftliche Ordnung als ein zusammenhängendes Ganzes zu begreifen und zu sichern, so sehr ist es ebenfalls notwendig, sich des technischen und partiellen Charakters der Marktordnung bewußt zu werden. Sie ist nur ein überaus zweckmäßiges Organisationsmittel, aber auch nicht mehr, und es wäre ein verhängnisvoller Irrtum der Automatik des Marktes die Aufgabe zuzumuten, eine letztgültige soziale Ordnung zu schaffen und die Notwendigkeiten des staatlichen und kulturellen Lebens von sich aus zu berücksichtigen. Es bedarf vielmehr hier einer bewußten Einstellung der marktwirtschaftlichen Ordnung in eine übergreifende Lebensordnung, welche die notwendigen Korrekturen und Ergänzungen zu dem rein technisch verlaufenden Prozeß der Gütererzeugung vollzieht. ... Die Fehler und Unterlassungen der liberalen Marktwirtschaft liegen so letztlich in der Enge der ökonomischen Weltanschauung beschlossen, die der Liberalismus vertrat. Sie veranlaßte ihn, den instrumentalen Charakter der von ihm ausgestalteten Ordnung zu verkennen und die Marktwirtschaft als autonome Welt zu nehmen, die auch nicht im entferntesten den Anspruch erheben darf, eine vollständige Lebensregelung zu sein, sondern erheblicher sozialer, politischer, raumplanerischer und konjunktureller Sicherungen bedarf. Die Marktwirtschaft erscheint uns heute als ein instrumentales Mittel, während der Liberalismus in Versuchung war, sie zum Idol einer Weltanschauung zu machen!"³⁾

Aus dem Versagen der liberalen Marktwirtschaft in räumlicher Hinsicht sind die notwendigen Konsequenzen bezüglich einer voraus-

1) A. Müller-Armack: "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" 1947.

2) Auf dem Untergrund des gesellschaftspolitischen Leitbildes.

3) A. Müller-Armack: "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" 1947 S. 85/86.

schauenden, planvollen Ordnung des Lebensraumes durch entsprechende Maßnahmen gezogen werden, durch Maßnahmen, die sich nicht nur auf räumliche Probleme beziehen, sondern, die allgemein die notwendigen Korrekturen und Ergänzungen der marktwirtschaftlichen Ordnung ausmachen.

Aus diesem Tatbestand hat sich die gegenwärtige Wirtschaftsordnung (der Bundesrepublik) entwickelt, in der der Staat insoweit Ergänzungen und Einschränkungen der freien Wettbewerbsordnung vornimmt, wie der Schutz des Wettbewerbsschwachen, die Herstellung erwünschter und die Beseitigung unerwünschter Entwicklungen es notwendig machen. ¹⁾

Während zahlreiche Maßnahmen bereits seit geraumer Zeit dazu bestimmt sind, "den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital in der wirtschaftlichen Ordnung zu dienen" ²⁾ oder für die Unternehmer stabile Daten zu setzen, wie gesunde Währung, offene Märkte, Monopolkontrolle, Konstanz der Wirtschaftspolitik, Beseitigung einseitiger Machtpositionen, ³⁾ sind in Bezug auf den Raum noch zahlreiche Eingriffe erforderlich, einen solchen Ausgleich herbeizuführen, die wirtschaftlichen Kräfte im Sinne einer sozialen und ökonomischen Stabilisierung gleichgewichtig im Raum zu verteilen, im ganzen Wirtschaft, Bevölkerung und Raum einander zweckentsprechend zuzuordnen, daß ein Höchstmaß an Wohlstand garantiert werden kann. ⁴⁾

Bei der Bedeutung des Raumes als einer der wichtigsten Wirtschafts- und Lebensgrundlagen besteht dringend Veranlassung, eine Ordnung zu setzen, in der die unterschiedlichen produktionstechnischen und sozialen Entwicklungskräfte nach bestimmten Grundlinien beeinflußt und regional gleichmäßig zur Entfaltung gebracht werden können. Das Ziel einer dieser Wirtschaftsordnung entsprechenden Raumordnungspolitik ist es also, für die Durchführung eines Kräfteausgleichs im regionalen Bereich, für die Schaffung strukturell gesunder und leistungsfähiger Teilräume und für die Wiederherstellung des räumlichen Gleichgewichts Sorge zu tragen.

1) Vgl. A. Müller-Armack: "Stil und Ordnung der sozialen Marktwirtschaft" in "Unters. des Instituts f. Wirtschaftspolitik" Köln, H. 4.

2) J. Esenwein-Rothe: a.a.O. Seite 427.

3) Vgl. E. Dittrich: "Marktwirtschaft und Raumordnung" in "Raumforschung und Raumordnung" 1953 S. 9.

4) Vgl. N. J. Lenort: "Raumordnung und Wirtschaftspolitik" in "Gewerkschaftliche Monatshefte" 1957, S. 297.

Die Herstellung einer den gesellschaftspolitischen Maßstäben entsprechenden Raumordnung kongruiert also mit dem Gedanken des Sozialen in der marktwirtschaftlichen Ordnung. Hierauf gerichtete Eingriffe und Maßnahmen grenzen die ungehemmte und störende Entwicklung im Bereich der raumwirksamen Kräfte ein.

Nach der Erkenntnis, daß "der Marktapparat ein formales Organisationsgefüge ist, ein zwar gerade unentbehrliches Instrument wirtschaftlicher Kooperation",¹⁾ daß er als Träger einer bestimmten Ordnung außerhalb des marktwirtschaftlichen Bereiches Schwächen besitzt - denn, "wie sollte er schon als solch formales Instrument die Fähigkeit besitzen, jenen vielfältigen kulturellen, sozialen, ästhetischen und hygienischen Gesichtspunkten gerecht zu werden, die sich die Raumplanung zum Ziele setzt."²⁾ - hat sich also die gegenwärtige Wirtschaftsverfassung zu einem System entwickelt, das neben die Wettbewerbsfreiheit als ihr grundlegendes, durch das gesellschaftspolitische Leitbild gesichertes Regulativ eine begrenzende und ausgleichende Ordnung stellt. Dies wird besonders von Hayek unterstrichen: "Der Liberalismus lehrt wohl, daß wir den bestmöglichen Gebrauch von den Kräften des Wettbewerbs machen sollen, um die Wirtschaftsaktivität der Individuen aufeinander abzustimmen, er lehrt aber nicht, daß wir die Dinge sich selbst überlassen sollen. Die erfolgreiche Anwendung des Wettbewerbs als des Ordnungsprinzips der Gesellschaft ist mit einigen Zwangseingriffen in das Wirtschaftsleben unvereinbar, andere aber, die seine Wirkung kräftig unterstützen können, läßt er zu, macht sie teilweise notwendig."³⁾

Die hier anschließende Fragestellung ergibt sich daraus, wie ein wechselseitiger Beziehungszusammenhang von marktwirtschaftlicher und räumlicher Ordnung hergestellt werden kann. "Es geht darum, ob dies möglich ist, ohne in Konflikt mit der Eigenlogik der Marktwirtschaft zu kommen."^{4,5)} Die Eingliederung der Raumordnung in

1) A. Müller-Armack: "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" S. 111.

2) Ders.: "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" S. 111.

3) F. A. Hayek: "Der Weg zur Knechtschaft" Zürich, 3. Auflage 1952 S. 59.

4) A. Müller-Armack: "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" S. 104.

5) Vgl. A. Müller-Armack: "Die Wirtschaftsordnungen sozial gesehen" in "Ordo" Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 1. Band, 1948, S. 152 und 125 ff.

das System der Marktwirtschaft stellt im Hinblick auf die volle Wirksamkeit beider Bereiche ein schwer zu bewältigendes Problem dar. Es sind sehr weitreichende Grundsätze zu beachten, um nicht andernfalls die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft zu stören oder ganz aufzuheben. Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß die Raumordnung ein wichtiger Bestandteil einer sozialen und wirtschaftlichen Ordnung ist, ohne die eine Marktwirtschaft auf die Dauer nicht existieren und ohne die eine Marktwirtschaft moderner Prägung nicht sozial sein kann.¹⁾ Durch eine Politik der Raumordnung soll der Staat aber nicht am Wirtschaftsprozeß selbst teilnehmen, den Prozeß nicht autonom lenken, sondern seine räumlichen Ordnungsformen so gestalten, daß sich in ihnen ein funktionsfähiger und menschenwürdiger Wirtschaftsablauf, ein Optimum an gesicherter Bedarfsdeckung und menschlichen Existenzmöglichkeiten entwickeln kann. Die Raumordnungspolitik hat damit vom Standpunkt der gegebenen Situation eine zweckentsprechende Besserung der räumlichen Struktur zum Ziel und "ist demgemäß in jeder Einzelmaßnahme auf die Erhaltung, ja Steigerung der Marktwirtschaft gerichtet."^{2,3)} Die Bereiche der Marktwirtschaft und der Raumordnung werden sich zu einer Gesamtordnung ergänzen, solange eben der Marktautomatismus gesteuert und nicht aufgehoben wird, solange er unterstützt und ihm nicht entgegengearbeitet wird, solange die Spielregeln des Marktes beachtet werden. Mit Rücksicht auf diese Grundsätze "können als marktgerecht alle jene wirtschaftspolitischen Maßnahmen" (in diesem Fall wirtschaftspolitische Maßnahmen der Raumordnung) "bezeichnet werden, die die Funktion einer variabel gehandhabten Wirtschaftsrechnung nicht gefährden. Hierbei kann es sich einmal um Vorkehrungen handeln, welche die Marktfunktion erst ermöglichen oder eine Sicherung und Erhaltung des Marktgleichgewichts erstreben, also um diejenigen wettbewerbspolitischen Maßnahmen, welche die volkswirtschaftlichen Leistungen der Konkurrenz zu erhalten und stabilisieren streben. Marktgerecht können aber auch Eingriffe sein, durch die

- 1) Vgl. A. Müller-Armack: "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" Seite 103 ff., sowie K.C. Thalheim: "Marktkonforme Mittel der Raumordnung" in "Raumforschung und Raumordnung" 1954, S. 194.
- 2) A. Müller-Armack: "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" Seite 104.
- 3) Vgl. H.J. Schneider: "Um die geistigen Voraussetzungen der Raumordnung" in "Raumforschung und Raumordnung" 1950, S. 16.

wesentliche wirtschaftliche Daten grundlegend geändert werden, ohne daß die Auswertung dieser Fakten anders als marktwirtschaftlich erfolgt." ¹⁾

Zusammenfassend ist zu sagen, daß eine Entscheidung für das marktwirtschaftliche System (als allgemeines wirtschaftliches Ordnungsprinzip), in dem eine staatliche Wirtschaftspolitik für erforderlich gehalten wird, die Mittel dieser Politik in der Weise festlegt, daß das System und seine Ziele nicht gefährdet werden, d.h. Marktautomatismus und damit auch Preismechanismus bleiben - wenn auch unter den entsprechend der erwünschten Raumordnung veränderten Voraussetzungen und Größenordnungen - funktionsfähig. Dies ist das Kriterium, das über Marktkonformität und Marktinkonformität, über Ja und Nein der anzuwendenden Mittel entscheidet. ^{2,3)}

Vom Standpunkt der Marktwirtschaft ist damit der zulässige Anwendungsbereich raumordnungspolitischer Mittel abgegrenzt worden. Im Normalfall wird die Skala der Möglichkeiten ausreichen, eine Raumordnung erfolgreich durchführen zu können. Für die Auswahl der einzelnen konkreten Maßnahmen kommt es jedoch auf die räumliche Ausgangsposition an, ob es sich z.B. um die Beseitigung einer wirtschaftlichen Unterentwicklung in strukturellen Notstandsgebieten, oder z.B. um strukturelle Ergänzungen wirtschaftlich und sozial vereinseitigter Räume handelt. Es geht über den Rahmen dieser Untersuchung hinaus, auf die verschiedenen Möglichkeiten raumordnungspolitischer Mittelanwendung einzugehen. Es sollen aber noch zwei Sonderfälle ihrer Bedeutung wegen erörtert werden. ⁴⁾

Bei bestimmten räumlichen Situationen, in denen die wirtschaftliche und soziale Erschütterung so groß ist, daß durch die auf die Wettbewerbsordnung abgestimmten Mittel der Raumordnung keine Änderung

1) A. Müller-Armack: "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" S. 93. Hier spricht Müller-Armack deutlich aus, was sich hinter den Begriffen marktkonform und marktinkonform verbirgt.

2) Vgl. H. Berié: "Raumordnung und Wirtschaftsordnung" in "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft" Tübingen 1955, S. 82.

3) Unabhängig von der Fragestellung systemgerecht oder systemfremd ist die Raumordnungspolitik gegebenenfalls hinsichtlich der allgemeinen konjunkturellen Lage zu überprüfen.

4) Mit dieser Auswahl verschiedener Fälle ist keineswegs die gesamte Problematik erörtert worden. So bleibt z.B. die Frage zu beantworten, wie eine durch bestimmte raumordnungspolitische Maßnahmen vollzogene partielle Aufhebung des Preis- und Marktautomatismus im Rahmen der gesamten Wirtschaftsordnung zu beurteilen ist. Diese Frage kann hier nicht weiter untersucht werden.

herbeigeführt werden kann, wird der Einsatz marktinkonformer Maßnahmen notwendig, Maßnahmen, die teilweise an die Stelle des Marktautomatismus treten. Dies gilt jedoch nur für Fälle, bei denen die Störungen durch außerökonomische Momente hervorgerufen worden sind und bei denen der durch sie entstehende volkswirtschaftliche Schaden größer ist als die Benachteiligung, die der Marktautomatismus durch den lenkenden Eingriff für einige Zeit erfährt. Typische Beispiele dafür sind die Flüchtlingsprobleme in Schleswig Holstein, Sanierungsfragen hinsichtlich der Zonenrandgebiete, Beseitigung struktureller Notstände im Bayrischen Wald usw.

Ferner sind noch diejenigen Fälle raumordnungspolitischer Aktivität zu beachten, die dem marktwirtschaftlichen System zunächst neutral gegenüberstehen¹⁾, z.B. kommunale Grenzänderungen als raumordnungspolitische Maßnahmen oder Beanspruchung von Flächen für öffentliche Zwecke als Mittel der Raumordnung, die aber für einen sinnvollen Aufbau des Raumes im Hinblick auf die gesamte Wirtschafts.- und Lebensordnung notwendig sind. Gerade hierbei ist die Anwendung der raumordnerischen Mittel aus zwei Gründen besonders schwierig:

- 1) In diesem Bereich berühren sich private und öffentliche Interessen in starkem Maße.
- 2) Der Nutzungsanspruch an den Raum wird nicht primär aus marktwirtschaftlichen Entscheidungen, sondern von den Bedingungen einer gesetzten Raumordnung abgeleitet, in der raumrelevante Kostenüberlegungen keine übergeordnete Rolle spielen.

Das Maßhalten bei systemneutralen Eingriffen, sollte daher in erster Linie von zwei Richtungen aus beeinflusst werden, einmal davon, daß die vielfachen grundlegenden Funktionen des Raumes im menschlichen Leben straffe Ordnungsmaßnahmen erzwingen, zum anderen von der Tatsache, daß der Raum ein knappes, unvermehrbares Gut ist, daß alles raumwirksame Handeln in bedrohlicher Weise begrenzt ist und daher nach einer äußerst ökonomischen Raumpolitik verlangt.^{2,3,4,5)}

- 1) Die Auswirkungen dieser Eingriffe in territorialen Grundformen räumlicher Ordnung können die marktwirtschaftlichen Zusammenhänge beeinflussen.
- 2) Vgl. W. Nöldechen: "Die raumordnende Landesplanung als Problem der Innenpolitik, ihre wirtschaftliche Bedeutung und ihr Ausbau" Fulda 1953, S. 4.
- 3) Vgl. H. Berie: a.a.O. S. 86 ff.
- 4) Vgl. H. Ritschl: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik" in "Weltwirtschaftliches Archiv" Hamburg 1950, S. 256 ff.
- 5) Vgl. W. Eucken: "Das ordnungspolitische Problem" in "Ordo" Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft" 1948, S. 56 ff.

3. Grundfragen einer Politik der Raumordnung.

a) Beseitigung räumlicher Disproportionalitäten.

Die praktische Ordnung eines Raumes nach den hier genannten Zielsetzungen bzw. Richtlinien setzt die Kenntnis der realen Tatbestände voraus und die ihrer regionalen und überregionalen Zusammenhänge, die der Ursachen ebenso wie der Entwicklungstendenzen mit ihren räumlichen Auswirkungen.

Ausgehend von den übergeordneten Problemen ist zu sagen, daß die gegenwärtige Lage in der Bundesrepublik in starkem Maße durch die Ereignisse und Folgen des zweiten Weltkrieges beeinflußt worden ist. Die aus dieser Zeit stammenden Störungsfaktoren haben die ökonomischen und sozialen Lebensraumgrundlagen in struktureller Hinsicht empfindlich erschüttert, zum Teil restlos verändert oder unbrauchbar gemacht. Verlagerungen der wirtschaftlichen Schwerpunkte wie sie durch die Kriegssituation ebenso verursacht worden sind wie durch die anschließenden, teils wirtschaftlich, teils politisch bedingten Menschenwanderungen und industriellen Umgruppierungen, haben zu einer Neuaufteilung der Wirtschaftsgebiete und zu veränderten sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen im Raum geführt.¹⁾ Geblieben ist aber trotz einer allgemein gültigen Ordnung der sozialen Marktwirtschaft die raumstrukturelle Tendenz der industriellen Ballung²⁾ mit ihren gegensätzlichen Konsequenzen für die Entwicklung von Stadt und Land. Sie hat den räumlichen Aufbau der Wirtschaft nicht erleichtert, sondern die in der räumlichen Verteilung von Bevölkerung und Existenzgrundlagen bestehenden Diskrepanzen noch vergrößert. Die industriellen Arbeitsstätten sind in zunehmen-

1) Vgl. J. Esenwein-Rothe: "Raumordnung und marktwirtschaftliche Selbstkoordination" in "Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik" Stuttgart 1958, Band 169, S. 405.

2) Es kann auf die soziologischen und ökonomischen Probleme des Ballungsgebietes im Rahmen dieser Untersuchung nicht näher eingegangen werden. Ballungsgebiete sind nicht allein statistisch meßbar. Es kommt auf wesentliche ökonomische und soziologische Tatbestände an, ob industrielle oder städtische Kerngebiete als Ballungen anzusprechen sind. Jeder einzelne Fall muß hinsichtlich dieser Tatbestände für sich analysiert werden. Auch die Forderungen des Leitbildes (siehe Abschnitt II) entheben nicht von einer solchen Einzeluntersuchung.

den Maße an wenigen Orten zentralisiert. Diese Arbeitsstättenanhäufung trägt in sich die Tendenz zu stetem weiteren Wachstum. So entstanden auf der einen Seite unorganisch rasch gewachsene industrielle Ballungsgebiete, auf der anderen wirtschaftlich unterentwickelte, teils notleidende Gebiete. Das ökonomische und soziale Gefälle von der einen zur anderen Seite berechtigt zu der Annahme schwerwiegender räumlicher Fehlentwicklungen, von räumlichen Disproportionalitäten, von Reichtum auf der einen, von Armut auf der anderen Seite, von einem der sozialen Marktwirtschaft als dem Idealbild einer harmonischen Gesellschaftsordnung zuwiderlaufenden Wohlstandsgefälle.

Die große Aufgabe der Raumordnung besteht zunächst darin, die Möglichkeiten zur Überwindung der alles beherrschenden Mißverhältnisse zusammengeballter Menschenmassen in den Großstädten und der wirtschaftlichen Verkümmern des flachen Landes und der Schaffung neuer kleiner Zentren auf Kosten des weiteren Anwachsens der Großstadt zu erörtern. Diese Bemühungen berühren unmittelbar den gegenseitigen Ordnungszusammenhang von Stadt und Land als der fundamentalen Bezugsgröße räumlicher Ordnung überhaupt.¹⁾ Zwischen diesen Polen besteht ein die räumliche Wirklichkeit beherrschendes Netz von zusammenwirkenden und auch trennenden Kräften ökonomischer und sozialer Art. Industrialisierung und Verstädterung haben die althergebrachte Sozialordnung hier durchbrochen und die ehemals feste Zuordnung von Stadt und Land entscheidend gestört.²⁾ Es bleibt somit der Raumordnung überlassen, eine generelle Neuordnung des räumlichen Aufbaus der Wirtschaft, in der die Beziehungen zwischen Stadt und Land einen bedeutenden Rang einnehmen, zu erarbeiten.³⁾ Die Lebensraumfrage zwischen diesen räumlichen Polen ist hinsichtlich der veränderten inneren Ordnungskräfte erneut zu lösen. Abgesehen von den einzelnen Maßnahmen einer solchen Ordnungspolitik wird der oberste Grundsatz der sein, daß Stadt und Land künftig so aufeinander abgestimmt werden müssen, daß sie sich gegenseitig tragen, sich wirtschaftlich funktionell ergänzen und sich somit zusammenwirkend einander zuordnen. Eine entsprechende soziale und wirt-

1) Vgl. H. J. Schneider: "Um die geistigen Voraussetzungen der Raumordnung" in "Raumforschung und Raumordnung" 1950, S. 18.

2) Vgl. J. Göderitz: "Die Stellung der Städte in der Landesplanung" in "Zeitschrift für Raumforschung" 1950, S. 114 u. 116.

3) Vgl. W. Schütte: "Die Sozialplanung als Grundlage der Landesplanung" in "Raumforschung und Raumordnung" 1950, S. 93 u. 96.

schaftliche Neugestaltung des Stadt-Land Raumes bedarf natürlich einer angemessenen wirtschaftlichen Grundlage und leistungsstarker, lebensfähiger Raumeinheiten.¹⁾

Dies bedeutet, die Standorte der ländlichen und städtischen Raumfaktoren auf ihre Funktion hin zu überprüfen, die sie in einem Lebensraum einnehmen müssen. Es sind daher nicht nur die Gemeinden als Träger dieser Standorte zu beachtende Momente bei der praktischen Raumordnung, sondern auch einzelne Strukturbestandteile von weitreichender Lebensraumwirksamkeit. Der Raumordnung als Teil einer umfassenden Wirtschaftspolitik sind durch die Möglichkeit der Einwirkung auf diese Faktoren wichtige Handhaben gegeben, sowohl in städtischen als auch in ländlichen Bezirken gestaltend einzugreifen und ihnen die im Rahmen des gesamten Raumes zustehenden Aufgaben zuzuweisen.^{2,3,4,5)}

b) Widerstände der räumlichen Realität.

Das Leitbild der räumlichen Nutzung liefert die Grundmotive, die Politik der Raumordnung zunächst nach einem Ordnungsideal auszurichten. Die praktische Raumordnung kann sich jedoch nicht nur zu dieser Seite hin orientieren. Sie hat sich auch mit realen Tatbeständen des historisch gewachsenen Raumes auseinanderzusetzen und zu versuchen, aus dem Spannungsverhältnis zwischen rational gesetzter Raumordnung und Wirklichkeit eine optimale Neuordnung zu gestalten.

Die räumliche Realität hat zwei Seiten. Sie stellt sich einmal dar in der bisher in unendlich vielfältiger Prägung vom Menschen geschaffenen Raumnutzung und zugleich in den originären natürlichen Ordnungsgrundlagen. Durch diese beiden Grundkomponenten ist der Raum, gleichgültig, ob es sich um politisch administrative oder an-

1) Vgl. A. Müller-Armack: "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" Seite 127.

2) Vgl. E. Egner: "Grundsätze für eine industrielle Standortspolitik in der deutschen Gegenwart" in "Raumforschung und Raumordnung" 1948, S. 80.

3) Vgl. E. Dittrich: "Versuch eines Systems der Raumordnung" Bad Godesberg 1953, S. 29 ff, besonders S. 34.

4) Vgl. Meyer-König: "Der Strukturwandel der Gemeinden" in "Informationen" 1956, S. 221 ff.

5) Vgl. W. Röpke: "Civitas humana" Zürich 1949, 3. Auflage, S. 284 ff. (Die Aufgaben der Landesplanung).

dere Raumeinheiten handelt, geformt. Hieraus entwickeln sich auch die natürlich oder historisch fundierten Kräfte des individuellen Raumes oder der in ihm wohnenden Menschen, die sich jeder Neuordnung im positiven oder negativen Sinne entgegenstellen. Hinsichtlich der hemmenden oder begünstigenden Faktoren ist es sehr schwierig abzuschätzen, ob sich die Raumordnung "ohne Bedenken über die historisch gewachsene Sonderart einer Gemeinde zu Gunsten eines abstrakt konzipierten Raumordnungsschemas hinwegsetzen kann. Muß nicht befürchtet werden, daß dadurch der Individualität gewachsenen Lebens Gewalt angetan, daß mehr an irrationalen Lebenswerten zerstört, als durch die rationale Konstruktion gutgemacht wird ¹⁾, daß sich Nachteile einstellen, wenn die "historischen Sonderbildungen menschlichen Soziallebens aufgelöst und durch ein Zweckgebilde ersetzt werden. Man muß sich wenigstens zuvor der Lebenswerte der historisch gewachsenen Vielfalt und der mannigfachen Irrationalität der menschlichen Raumgestaltung bewußt werden, bevor sie durch eine Raumordnungspolitik umgestaltet und unter Umständen sogar vernichtet werden." Dies gilt in besonderem Maße für diejenigen Fälle, in denen die Frage ex ante nicht beantwortet werden kann, "ob die mit Hilfe der rationalen Konstruktion geschaffene Zweckordnung menschlichen Daseins, die den irrationalen Lebenswerten keine Rechnung trägt, überhaupt lebensfähig ist, ob sie sich nicht über wesentliche menschliche Daseinsbedingungen hinwegsetzt, wodurch sie selbst auf lange Sicht zum Scheitern verurteilt werden könnte." ²⁾ Es ist deshalb empfehlenswert für die Raumordnung, "sich möglichst den vorgegebenen individuellen Ausformungen des Raumes anzupassen und diese nur soweit aufzugeben, wie sie ihren grundlegenden Zielsetzungen blockierend im Wege stehen." ^{3, 4)}

Die Lösung der Spannungen bzw. des Konflikts zwischen rationaler Raumkonstruktion und der historisch gewachsenen Raumgestalt ist eine der wichtigsten Voraussetzungen der praktischen Raumordnung. Sie wird aber letztlich auch dazu beitragen, die einzelnen Raumeinheiten mit ihrer jeweiligen individuellen Lebensraumgesetzmäßigkeit

1) E. Egner: "Grundsätze für eine industrielle Standortpolitik in der deutschen Gegenwart" in "Raumforschung und Raumordnung" 1948, S. 85. (Teilweise wörtlich, teilweise eng angelehnt).

2) Siehe Anmerkung 1).

3) Siehe Anmerkung 1).

4) Vgl. H. J. Schneider: "Um die geistigen Voraussetzungen der Raumordnung" in "Raumforschung und Raumordnung" 1950, S. 55/56.

keit so zu gestalten, daß diese in ihrer Zusammenfassung eine über das räumliche Nebeneinander hinausgehende, ergänzungsfähige soziale und ökonomische Einheit, eine volkswirtschaftliche Lebensraumeinheit bilden.

Der zweite fundamentale Faktor der räumlichen Realität sind die natürlichen Ordnungsgrundlagen des Raumes. Diesbezüglich sollte hinsichtlich der Raumordnung der Grundsatz der möglichst vollkommenen Auswertung der natürlich gegebenen Möglichkeiten des Raumes über das Maß der privatwirtschaftlichen Nutzung auf Grund von Einzelinteressen hinaus Beachtung finden. Versäumnisse auf diesem Gebiet sind gleichbedeutend mit schwerwiegenden Fehlentwicklungen, die meistens überhaupt nicht oder nur unter großen Mühen wieder zu beseitigen sind.^{1,2)}

Der skizzenhafte Überblick über Hemmnisse und Schwierigkeiten der Raumordnungspolitik - ganz abgesehen von denen der Mittelauswahl, von politisch institutionellen Schwierigkeiten - zeigt deutlich, daß Idealbild und Realbild im Bereich der Raumordnung stets erheblich differieren, daß die Möglichkeiten der Raumordnung vielleicht nur darauf begrenzt sind, künftig räumliche Fehlentwicklungen zu verhindern. Dies sind jedoch Fragen des anwendungstechnischen Sektors, die an dieser Stelle nicht untersucht werden können.

Der besondere Wert des allgemeinen theoretischen Bildes einer erwünschten Raumordnung liegt - unabhängig von der Verwirklichung - aber darin, ein Kriterium für solche Entwicklungen zu gewinnen, die dieser Ordnung entsprechen oder ihr zuwiderlaufen.^{3,4)}

-
- 1) Vgl. A. Bernatzky: "Aufgaben der Landschaftsforschung.-und pflege innerhalb der Raumforschung und Raumordnung" in "Zeitschrift für Raumforschung" 1950, S. 242 ff.
 - 2) Vgl. E. Dittrich: "Marktwirtschaft und Raumordnung" in "Raumforschung und Raumordnung" 1953, S. 9.
 - 3) Vgl. J. Kasnacich-Schmidt: "Wirtschaftsform und Wirtschaftsraum" in "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft" 1951, Band 107, Seite 420/421/425.
 - 4) Vgl. E. Dittrich: "Richtlinien in der Raumpolitik" in "Informationen" 1956, S. 316 f.

Teil B S T R U K T U R E L L E G R U N D L A G E N.

I. Daten des Raumes Wiedenbrück - Nordost.

1. Kommunale Gliederung und historische Entwicklung.

Gegenstand der Strukturuntersuchung ist der nordöstliche Teil des Landkreises Wiedenbrück,¹⁾ ein Gebiet, dass sich im Osten an die Stadt Gütersloh anschließt. Kommunalpolitisch ist es in zwei Amtsbezirke mit drei bzw. fünf Gemeinden gegliedert. Der Amtsverband Avenwedde im Westen des Raumes WNO umfaßt die Gemeinden Avenwedde, Friedrichsdorf und Spexard; der Amtsverband Verl die Gemeinden Verl, Bornholte, Liemke, Oesterwiehe und Sendel. Der Landkreis Wiedenbrück gehört zu der westlichen Randzone des Regierungsbezirks Detmold (s. Karte 1)²⁾

Der Raum WNO grenzt im Norden, Osten und Süden an ländliche Gemeinden aus drei verschiedenen Landkreisen und zwar:

im Norden an:

Isselhorst	)	
Senne I	)	Lkrs. Bielefeld
Senne II (Sennestadt)	)	
Lipperreihe		Lkrs. Lemgo

im Osten an:

Stukenbrock	)	
Hövelhof	)	Lkrs. Paderborn
Ostenland	)	
Westerloh	)	

im Süden an:

Westerwiehe	)	
Neuenkirchen	)	Lkrs. Wiedenbrück
Varensell	)	
Lintel	)	

im Westen an:

Gütersloh		Lkrs. Wiedenbrück
-----------	--	-------------------

 1) Abkürzungen: Wiedenbrück-Nordost - WNO
 2) " " Karte - K
 " " Tabelle - T

Im Neugliederungsverfahren für preußische Landkreise wurde im Jahre 1860 der Landkreis Wiedenbrück aus den Gebietsteilen des bischöflichen Amtes Reckenberg u.a. mit den drei Bauernschaften Avenwedde, Spexard und Kattenstroth, der Herrschaft Rheda und der Grafschaft Rietberg, der teilweise die Gemeinden Liemke, Sende, Oesterwiehe, Bornholte und Verl angehörten, zusammengefügt. Bei der ersten verwaltungsorganisatorischen Untergliederung des Kreisgebiets berücksichtigte man den historisch gegebenen Verlauf vorhandener Amts.- und Gemeindegrenzen.

In späteren Jahren, gegen Mitte des 19. Jahrhunderts trennten sich die Gemeinden Bornholte, Liemke, Oesterwiehe, Sende und Verl von dem übergeordneten Kommunalverband ab und bildeten seither den Amtsbezirk Verl.

Am 1.4.1899 lösten sich die von diesem Zeitpunkt an selbständigen Gemeinden Kattenstroth, Spexard und Lintel aus der bisherigen Großgemeinde Avenwedde heraus. Nennenswerte Grenzänderungen haben seither nur zwischen den zuletzt genannten Gemeinden und der benachbarten Stadt Gütersloh stattgefunden. Da die Gemeinde Gütersloh-Land erst um die Jahrhundertwende mit der Stadtgemeinde vereinigt wurde, konnte der ständig steigende Raumbedarf der beengten Stadt vorher nur im Wege kleinerer Eingemeindungen gedeckt werden. So wurde im Jahre 1890 zunächst der nördliche Teil von Kattenstroth-Spexard und im Jahre 1910 der restliche Teil in das Stadtgebiet einbezogen.

Im Jahre 1913 schlossen sich dann die verbliebenen Teile der Gemeinden Avenwedde, Spexard, Friedrichsdorf zu dem noch heute in der gleichen räumlichen Anordnung bestehenden Amt Avenwedde zusammen.

So unterlagen die stadtnahen Gemeinden Avenwedde und Spexard zahlreichen kommunalen Neuordnungsmaßnahmen, deren Ursachen mit dem Wachstum von Gütersloh zusammenhingen. Die Gemeinde Spexard mußte dabei große Flächen an die Stadt Gütersloh abtreten.

Im Hinblick auf die Nähe der Stadt und deren wachsende Bevölkerung, auf die unabwendbare Entwicklung in den noch freien Raum in Richtung der Grenzgemeinden Avenwedde und Spexard werden diese Gemeinden stets mit Besorgnis in die Zukunft blicken. Es sei schon hier darauf hingewiesen, daß es für sie lebenswichtig ist, aus einer gefestig-



ten kommunalen Position heraus an der Gestaltung des städtischen Nahbereichs, an der genauen Kontrolle der Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land mitzuwirken. Andernfalls laufen sie Gefahr, von der vor-¹⁾dringenden Stadt räumlich aufgesogen zu werden.

Die übrigen Gemeinden befinden sich in einer nicht unmittelbar von nachbarschaftlichen Stadt-Land Problemen berührten räumlichen Situation. Für die Gemeinde Liemke gilt es jedoch, sich schon vorausschauend auf ihr künftiges Verhältnis zur Senne-^{2,3)}stadt einzustellen. Denn von hier werden in der weiteren Entwicklung Kräfte ausstrahlen, die das soziale und ökonomische Gefüge des benachbarten Raumes ebenso beeinflussen werden wie es schon seitens der Städte Gütersloh und Bielefeld-Brackwede geschieht.

2. Die natürlichen Verhältnisse.

Die fortschreitende Technisierung in fast allen Lebensbereichen löst die siedlungstechnische, verkehrsmäßige und wirtschaftliche Ausnutzung eines Raumes mehr und mehr von seinen natürlichen Bedingungen. Bei der Betrachtung der räumlichen Standortvoraussetzungen wird jedoch klar, daß auch die natürlichen Verhältnisse entscheidenden Einfluß auf die strukturelle Entwicklung des Raumes haben und daß ihre Beachtung zu den Grundsätzen jeder raumordnerischen Tätigkeit gehört.

Der Untersuchungsraum umfaßt eine Fläche von $135,95 \text{ km}^2$, etwa 25 % des gesamten Kreisgebiets. Bis auf die Gemeinde Friedrichsdorf, die in ihrer Ausdehnung mit einem mittleren landwirtschaftlichen Betrieb von 30 ha verglichen werden kann, liegen die Gemarkungsgrößen der übrigen Gemeinden teilweise weit über der durchschnittlichen Gemeindefläche im Regierungsbezirk Detmold (ca. 10 km^2). (S. 3.1).

-
- 1) Die Stadtnähe bringt nicht nur Gefahren mit sich. Die Grenzgemeinden haben oft den größten Nutzen aus städtischen Leistungen für das Umland (z.T. ohne entsprechende Gegenleistungen).
 - 2) Vgl. Amtsverwaltung Avenwedde: "Amt Avenwedde einst und jetzt" Bielefeld 1952, S. 18 ff./S. 210 ff.
 - 3) Vgl. Mangelsdorf: "Die Entwicklung des Kreises Wiedenbrück" Gütersloh 1940.

Tabelle 1

Gemarkungsgrößen der Gemeinden			
Gemeinde	Fläche in km ²	Fläche in ha	i. v. H. Kreisfläche
Avenwedde	21,70	2.170	
Friedrichsdorf	0,29	29	
Spexard	13,50	1.350	
Bornholte	17,80	1.780	
Liemke	26,38	2.638	
Oesterwiehe	14,55	1.455	
Sende	23,94	2.394	
Verl	17,79	1.779	
insgesamt	135,95	13.595	27,2 %
Stadt Gütersloh	47,67	4.767	9,5 %
Lkrs. Wiedenbrück	500,10	50.010	100,0 %

Quelle: Gemeindestatistik des Landes NW, Volkszählung 1950, Heft 15

Zwischen der kommunalen Weiträumigkeit und der ausgedehnten Entwicklung und Anordnung der Siedlungen und wirtschaftlichen Faktoren ist eine gewisse äußere Parallelität, vielleicht auch ein Kausalzusammenhang gegeben, worauf später einzugehen sein wird.

Allgemeingeographisch betrachtet, gliedert sich der Raum in den Landschaftsgürtel des münsterländischen Tieflandbeckens ein. Er trägt geologisch und landschaftlich unverkennbar dessen charakteristischen Züge. In den östlichen Randgebieten der Gemeinden Send und Liemke deuten sich aber auch schon die typischen Übergangsmerkmale zur Sennelandschaft an.

Die Oberfläche des gesamten Raumes ist zum Westen hin sanft geneigt. In östlicher Richtung steigt sie jenseits des Untersuchungsgebiets zum Höhenzug des Teutoburger Waldes rasch an.

Das Gebiet besteht aus kargen, sandigen Heideböden, die erst in langfristigen, bis heute fort dauernden Bemühungen landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden konnten. An einigen Stellen, im nördlichen Teil der Gemeinde Avenwedde, in der Nähe von Friedrichsdorf, Verl und Schloß Holte (in der Gemeinde Liemke) tritt vereinzelt Geschiebelehm aus der Sandoberfläche hervor. Diese Fundstellen gaben in früheren Zeiten, auch vereinzelt noch heute, Anlaß zum Betrieb von Ziegeleien.

Über weitere Bodenschätze, mit Ausnahme abbauwürdiger Sandvorkommen verfügt der Raum nicht. Wasserwirtschaftlich unterliegt das Gebiet dem Einflußbereich der Ems und ihres weitverzweigten Zuflußsystems. Die zahlreichen Zuflüsse quellen am Fuße des Teutoburger Waldes hervor. Sie führen auch in längeren Trockenperioden in Abständen von nur wenigen Kilometern von Nordost nach Südwest große Wassermengen durch das Gebiet und sorgen stets für eine ausreichende Bewässerung des sehr saugfähigen Bodens. Als Standortvoraussetzung für die landwirtschaftliche Viehhaltung kommt diesem natürlichen Faktor besondere Bedeutung zu, da er die Fruchtbarkeit und Ertragsfähigkeit der ausgedehnten Wiesenanlagen vorteilhaft beeinflusst.

Klimatisch wird das Gebiet vom Meere her bestimmt. Die landwirtschaftliche Produktion steht in der Gunst milder Sommer- und Wintertemperaturen. Die Regenmenge ist überdurchschnittlich hoch, da die über das für Westwinde weit offene Westfälische Tieflandbecken herangewehten Luftmassen vor dem Höhenzug zur Abkühlung und Abregnung gezwungen werden.

Im Ergebnis dieser Untersuchung zeigt sich, daß der gesamte Raum über keinerlei bedeutenden Mineralvorkommen verfügt. Der Boden zeichnet sich durch die nur gering einzuschätzende Qualität der überall verbreiteten Sandmassen aus. Lediglich der Wasserhaushalt ist auf natürliche Weise reichlich versorgt.

Auf diese kurzgefaßte Darstellung der natürlichen Faktoren konnte nicht verzichtet werden, da auch in der Bedeutungslosigkeit dieser Faktoren Kräfte für den Fortgang der räumlichen Entwicklung, für die künftige ökonomische und soziale Struktur des Raumes enthalten sein können.¹⁾

3. Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse.

a) Bevölkerung.

In diesem Abschnitt werden die Bevölkerungsentwicklung, die Bevölkerungsdichte, der Anteil der Vertriebenen, die Zugehörigkeit der Bevölkerung zu den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und die Sozialstruktur untersucht.

1) Vgl. Amtsverwaltung Avenwedde: "Amt Avenwedde einst und jetzt" Bielefeld 1952.

Im Verlauf der letzten 140 Jahre hat die Bevölkerung im Raum WNO um 362 %, von 6.999 auf 32.128 Personen zugenommen. (s. T. 2 und K. 2).

Die Periode von 1818 bis etwa 1885 war durch einen Abwanderungsüberschuß in fast allen Gemeinden gekennzeichnet. Die laufend zuwachsende Bevölkerung fand zu dieser Zeit in der heimischen Landwirtschaft keine ausreichende Existenz und war deshalb gezwungen, in landwirtschaftlich unerschlossene Gebiete (z. B. Amerika) abzuwandern.

Erst nach dem Jahre 1885 änderte sich das Bild. Die Gründungen von Industriebetrieben im Raum WNO oder in den Nachbargemeinden und die um die Jahrhundertwende einsetzende Bodenkultivierung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion waren eine ausreichende und entwicklungsfähige Grundlage für die rasche Bevölkerungszunahme, die bis in die Gegenwart reicht.

Es dürfen in diesem Zusammenhang die Kriegs.- und Nachkriegseinwirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung nicht unerwähnt bleiben. Sie führten in dem gesamten Raum zu erheblichen unorganischen, stoßweisen Entwicklungsvorgängen. Seit 1941 strömten Evakuierte und seit 1945 zahlreiche Vertriebene in das von Bombenschäden verschont gebliebene Gebiet ein. Inzwischen sind Teile der Evakuierten wieder in ihre Heimatorte abgewandert. So wird die ursprüngliche Entwicklungslinie seit 1939 aus den verschiedensten Gründen unterbrochen. Abwanderungen und Zuwanderungen überlagern das natürliche Bevölkerungswachstum, so daß es nicht mehr möglich ist, die zahlenmäßigen Veränderungen in den Gemeinden eindeutig auf ihre Verursachung zurückzuführen.

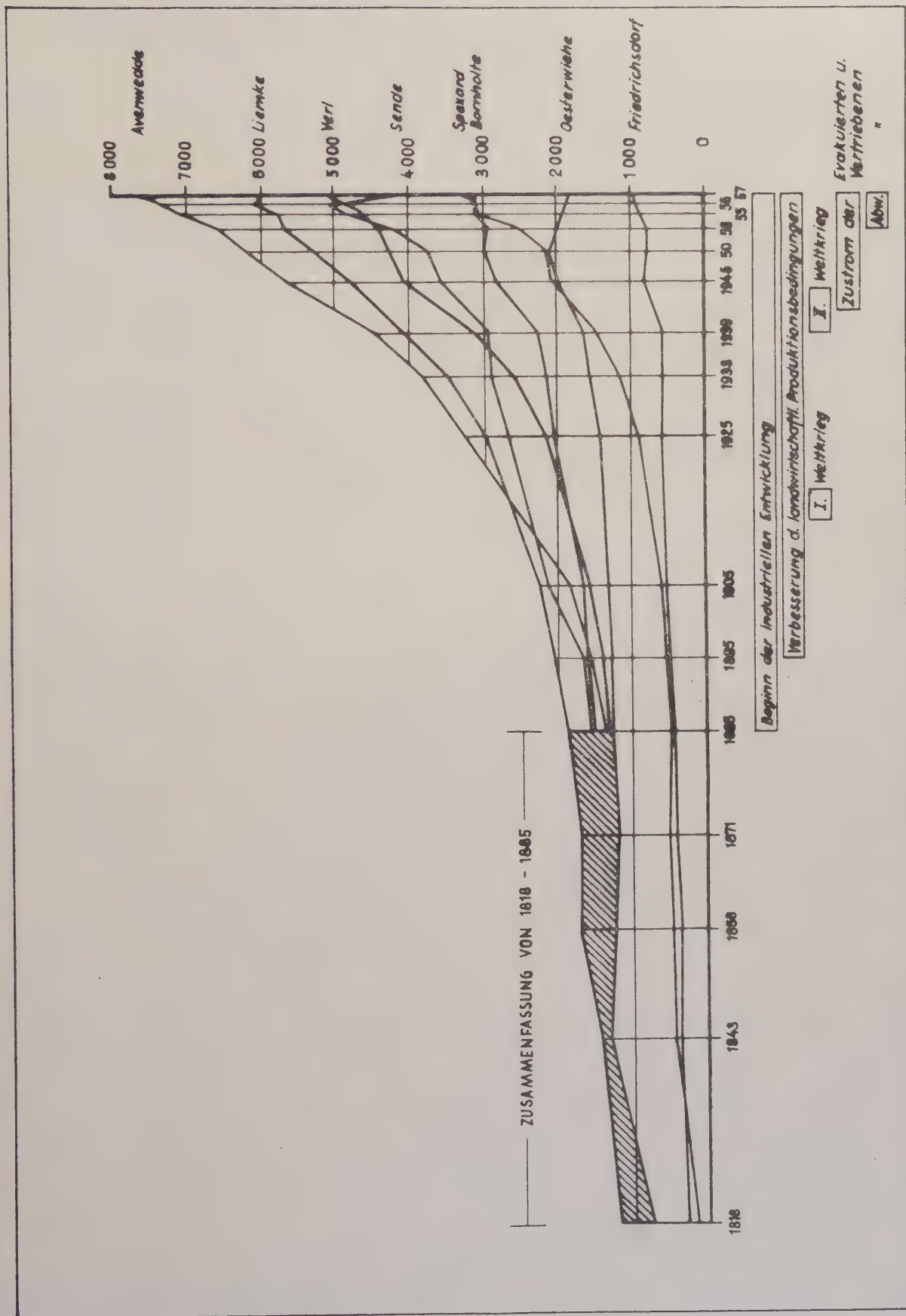
Im großen Überblick ergibt sich, daß die Verbesserung der wirtschaftlichen Grundlagen für die Entwicklung im ganzen Raum entscheidend war. Die unterschiedliche räumliche Anordnung der ökonomischen Faktoren führte jedoch zu Entwicklungsdifferenzierungen in den Gemeinden.

Bis zum letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts lagen infolge der über den ganzen Raum verteilten landwirtschaftlichen Betriebe, die bis zu diesem Zeitpunkt fast ausschließlich die Existenzgrundlagen der hiesigen Bevölkerung waren,¹⁾ bei gleich großen Gemeindegebieten auch die Bevölkerungszahlen dicht zusammen. Dies traf einerseits für

¹⁾ Abgesehen von einzelnen handwerklichen Betrieben.

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

ÜBERSICHTSKARTE 2



Quelle: 1818 - 1950 - Die Bevölkerung in den Gemeinden Westf. (Reekers - Schulz) Nach 1950 - Fortschreibungsergebnisse (Stat. Landesamt NW.)

Tabelle 2

Bevölkerungsentwicklung 1818 - 1957

Jahr	Avenw.	Frdf.	Spex.	Bornh.	Liemke	Oesterw.	Sende	Verl
1818	779	342	249	1156	1039	1097	1124	1213
1843	1373	399	428	1363	1356	1197	1424	1404
Entw. v. H. Basis 1843	100	100	100	100	100	100	100	100
1858	1380	387	440	1546	1756	1366	1517	1286
1871	1395	410	500	1439	1747	1228	1498	1334
1885	1383	437	440	1517	1825	1287	1575	1288
1895	1568	448	462	1626	2023	1286	1593	1365
1905	1832	488	557	1694	2314	1329	2124	1679
Entw. v. H. Basis 1843	133	122	130	124	171	111	149	119
1925	3254	579	894	2037	3004	1485	2713	2179
1933	3888	539	1221	2141	3567	1580	2919	2643
1939	4417	566	1427	2335	4018	1662	2946	3193
Entw. v. H. Basis 1939	100	100	100	100	100	100	100	100
1946	5731	803	2059	2820	4891	2010	3673	4072
Entw. v. H. Basis 1939	130	142	140	121	122	121	125	128
1950	6222	789	2169	2999	5363	2061	3841	4230
Entw. v. H. Basis 1939	141	139	148	128	133	124	130	133
1953	6634	790	2573	2972	5700	1948	4248	4403
Entw. v. H. Basis 1939	150	139	175	127	142	117	146	139
1955	7106	844	3024	3087	5856	1944	4857	4793
Entw. v. H. Basis 1939	161	149	205	132	146	117	165	150
1956	7392	893	3154	3142	6048	1937	5048	4904
Entw. v. H. Basis 1939	167	158	215	135	150	116	172	154
1957	7690	902	3331	3125	6018	1855	4117	5090
Entw. v. H. Basis 1843	560	226	780	228	450	164	290	360
Entw. v. H. Basis 1939	174	160	226	134	154	111	140	159

Quelle: Die Bevölkerung in den Gemeinden Westfalens 1818 - 1950
(Reekers, Schulz).
Stat. Landesamt NW, Fortschreibungsergebnisse.

die Großgemeinden Liemke, Sende, Bornholte, Avenwedde und Verl mit 1825 bis 1287 und andererseits für die kleineren Gemeinden Spexard und Friedrichsdorf mit 440 bzw. 437 Einwohnern zu.¹⁾

Im folgenden Zeitraum nahm die Bevölkerung dann unterschiedlich zu. Bis zum Jahre 1957 entwickelten sich die Gemeinden Avenwedde und Spexard unter dem Einfluß der Wirtschaftskraft Güterslohs zur größten bzw. viertgrößten Gemeinde. Nach Avenwedde folgten Liemke, Verl und Sende. Die Entwicklung in Liemke und Verl ist auf die Gründung von Industriebetrieben im eigenen Gebiet zurückzuführen, während bei Sende die Anlehnung an die wirtschaftlichen Faktoren von Liemke eine große Rolle gespielt hat. Die gleiche Bedeutung hatten die zentralörtlichen und industriell-gewerblichen Faktoren der Gemeinde Verl für den Bevölkerungszuwachs in Bornholte. Schon hier werden die ökonomischen Beziehungen der Gemeinden untereinander und deren Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung sichtbar.

Seit 1953 hat die Gemeinde Oesterwiehe einen Bevölkerungsschwund zu verzeichnen. Im Vergleich zu den anderen Gemeinden des Raumes mangelt es hier an den ökonomischen und räumlichen Voraussetzungen für eine ausreichende Tragfähigkeit.

Die Bevölkerung der Gemeinde Friedrichsdorf nahm seit 1953 nur noch schwach zu. Die Aufnahmekapazität dieses Gebietes ist unter raumordnerischen und sogar städtebaulichen Gesichtspunkten schon seit Jahrzehnten erschöpft. Der kommunal begrenzte Raum ist zu eng geworden.

Nach der Wachstumsgeschwindigkeit (s. T. 2) lassen sich die Gemeinden unterschiedlich einstufen:²⁾

Zu den Gemeinden mit starker Entwicklung, gemessen an der relativen Veränderung von 1939 bis 1957, gehören:

1) Für Friedrichsdorf ist diese Begründung jedoch nicht ganz zutreffend.

2) Die Bevölkerungsabnahme der Gemeinde Sende im Jahre 1955/56 ist auf eine Berichtigung der statistischen Bevölkerungsfortschreibung seit 1950 durch die im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 ermittelten Bevölkerungszahlen zurückzuführen.

Spexard	226 v.H.
Avenwedde	174 v.H.

mit mäßiger Entwicklung

Friedrichsdorf	160 v.H.
Verl	159 v.H.
Liemke	154 v.H.
Sende	140 v.H.
Bornholte	134 v.H.

mit stagnierender Bevölkerungszahl

Oesterwiehe	111 v.H.
-------------	----------

Die größte relative Bevölkerungszunahme seit 1818 wies die Gemeinde Spexard auf. Die Bevölkerungszahl stieg bis zum Jahre 1957 fast um das Achtfache (s.T. 2).

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Entwicklung in Avenwedde, Spexard, Liemke¹⁾ und Verl¹⁾ in städtischem Tempo voranschreitet. In den übrigen Gemeinden ist sie dagegen dem langsameren Wachstumsablauf landwirtschaftlich strukturierter Gebiete angepaßt.

Aus der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung lassen sich somit bereits gewisse Schlüsse auf die wirtschaftliche Struktur der Gemeinden ziehen.

Mit der Bevölkerungszahl änderte sich entsprechend die Bevölkerungsdichte (s.T. 3). Die geringen Dichteverhältnisse in den Gemeinden Sendel, Bornholte und Oesterwiehe weisen erneut auf ihren ländlichen Charakter hin. Dichter besiedelt sind die Gemeinden mit dem größten Bevölkerungszuwachs nach dem zweiten Weltkrieg, die Grenzgemeinden der Stadt Gütersloh Avenwedde und Spexard und die übrigen Siedlungsschwerpunkte Verl und Liemke.

Eine Ausnahmeerscheinung im ländlichen Raum ist dagegen die ungewöhnliche Einwohnerdichte von Friedrichsdorf, die umgerechnet auf 1 km² im Jahre 1957 3.100 Personen ergeben würde. Es soll hierzu schon angedeutet werden, daß die tatsächlich vorhandenen Entwicklungskräfte den kommunalen Rahmen gesprengt haben.

1) In den Gemeinden Liemke und Verl trifft dies aber erst seit dem Jahre 1953 zu.

Tabelle 3

Bevölkerungsdichte
(Einwohner pro km²).

Gemeinde	1855	1939	1950	1955	1957
Avenwedde	64	204	287	335	355
Friedrichsdorf	1542	1950	2720	3000	3100
Spexard	33	109	161	230	247
Bornholte	84	132	168	176	176
Liemke	69	152	203	226	230
Oesterwiehe	89	115	142	135	128
Sende	57	122	160	210	172
Verl	72	179	238	274	286

Quelle: Die Bevölkerung in den Gemeinden Westfalens 1818 - 1950
Reekers - Schulz, Volkszählung 1950 und Fortschreibungs-
ergebnisse des stat. Landesamts NW.

Die Bevölkerung des Raumes WNO setzte sich im Jahre 1946 zu 88,6 v.H. aus Einheimischen und zu 11,4 v.H. aus Vertriebenen zusammen (s.T.4). Zehn Jahre später war bereits jeder sechste Bewohner des Raumes ein Vertriebener. Der Anteil an der Bevölkerung hatte sich inzwischen auf 16,8 v.H. erhöht. Die Gemeinden standen damit in zunehmenden Maße vor der schwierigen Aufgabe, diese Menschen in den Gemeindeorganismus einzugliedern und sie auch innerlich in das bestehende Sozialgefüge einzuordnen.

Die Aufnahme der Vertriebenen in diesen Raum, in der Nähe von ausreichenden Arbeitsplätzen in den Städten Gütersloh und Bielefeld, war unter übergeordneten raumordnerischen Gesichtspunkten unbedenklich. Im Hinblick auf die hiermit verbundene kommunalpolitische Problematik ist jedoch die Frage zu stellen, ob mit der Zuweisung der Vertriebenen in bestimmte Gemeinden ohne gleichzeitige Bereitstellung einer entsprechenden Anzahl von Arbeitsplätzen ein Zustand erreicht werden kann, der der Gesunderhaltung dieser Gemeinden dienlich ist. Die Antwort wird erst im weiteren Verlauf der Untersuchung gegeben.

Der Zeitraum von 1946 bis 1950 läßt deutlich erkennen, daß sich die Beschäftigungsstruktur der Bevölkerung entscheidend gewandelt hat. Die industriell-gewerbliche Tätigkeit der Bevölkerung gewann gegenüber

der landwirtschaftlichen Betätigung an Gewicht.(s.T.5).

Tabelle 4

Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung in v.H.

Gemeinde	1946	1950	1956
Avenwedde	12,7	15,7	18,6
Friedrichsdorf	15,1	14,4	13,9
Spexard	14,2	16,0	19,9
Bornholte	10,0	14,5	13,0
Liemke	9,4	14,2	16,0
Oesterwiehe	8,7	13,2	10,6
Sende	12,4	16,3	14,0
Verl	10,4	13,6	21,5
Durchschnitt	11,4	14,9	16,8

Quelle: 1950 Gemeindestatistik des Landes NW, Volkszählung 1950 Heft 15.
1946 und 1956 Unterlagen der Amtsverwaltungen in Avenwedde und Verl.

Die Gründe für die strukturellen Veränderungen in der Erwerbstätigkeit der Bevölkerung sind auf die ausstrahlenden Entwicklungskräfte der benachbarten Städte, aber auch auf das Verlangen nach verbesserten Lebensverhältnissen zurückzuführen. Die laufend in den Raum einströmenden Menschen und die aus dem städtisch-industriellen Bereich einwirkenden Kräfte stimulieren die angedeutete Entwicklung, der in den letzten fünf bis sechs Jahren auch die nachwachsende Bevölkerung unterworfen war. Die landwirtschaftlich orientierte Bevölkerung verminderte sich - wenn auch nicht absolut - so doch relativ in starkem Maße.(s.X.3). Die gewerblichen Betriebe im Raum WNO und darüber hinaus in den umliegenden Städten gewannen als Existenzgrundlage für die Bewohner der hiesigen Gemeinden immer mehr an Bedeutung.

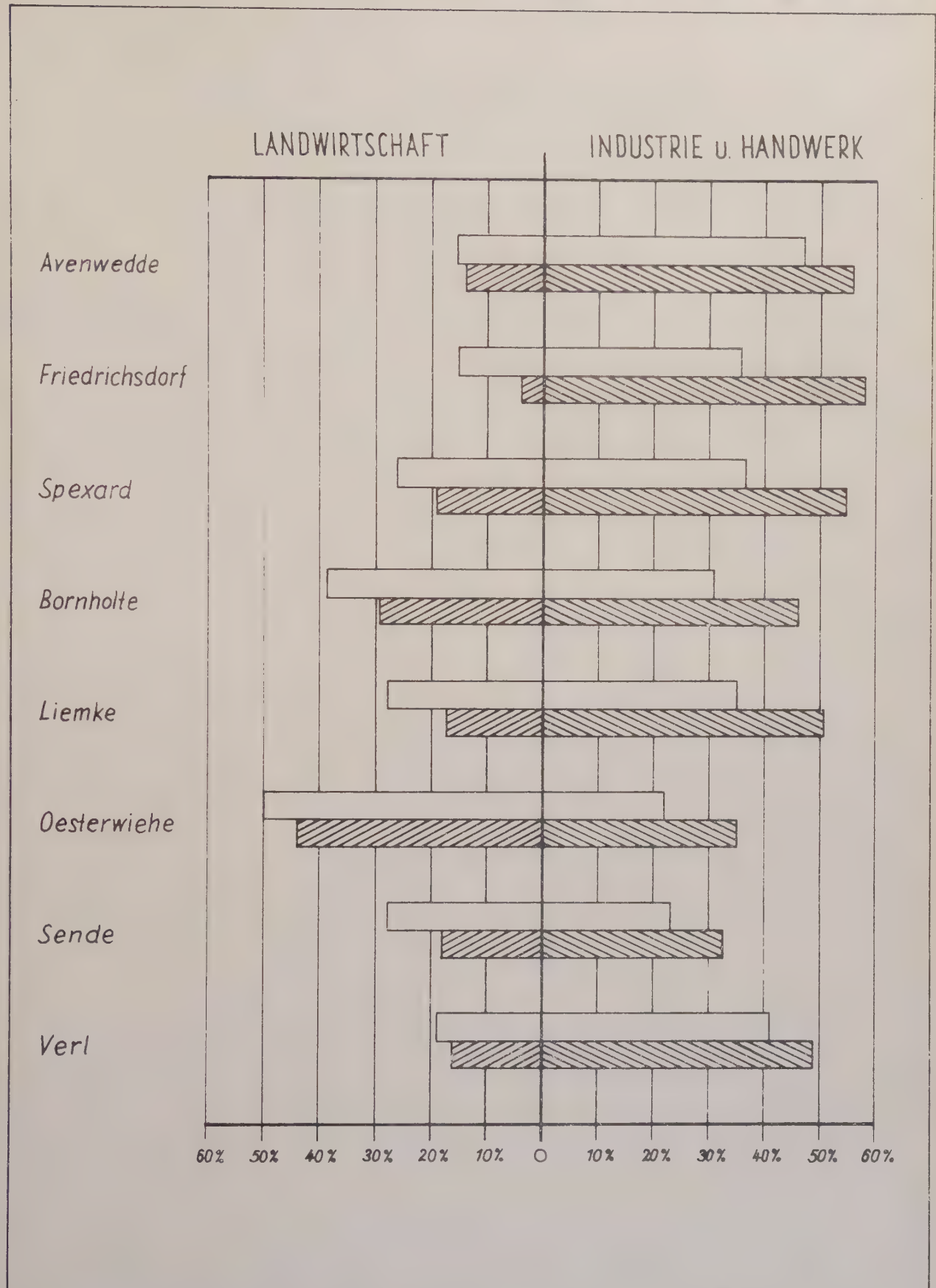
Die strukturelle Situation des Jahres 1950 zeigte die unterschiedliche Reaktion der einzelnen Gemeinden in der langfristigen Entwicklung von Agrar.- zu Industriegemeinden bzw. zu deren Mischformen.(s.T.6).

Tabelle 5

Berufszugehörigkeit der Bevölkerung in v.H.

	Jahr	Aven- wedde	Fried- dorf	Spe- xard	Born- holte	Lienke	Oester- wiehe	Sende	Verl
Land.-und Forstwirtsch.	1946	15,8	15,5	26,5	38,9	28,0	50,2	28,0	19,2
	1950	14,0	3,9	19,4	29,8	17,4	44,5	18,3	16,4
Industrie und Handwerk	1946	46,4	35,3	36,1	30,6	34,6	21,3	22,8	40,2
	1950	55,6	57,9	54,2	45,8	50,2	34,1	32,2	48,6
Handel und Verkehr	1946	8,9	7,5	6,3	3,5	6,1	5,6	4,0	9,1
	1950	10,4	9,9	8,9	5,8	9,4	5,5	4,2	10,1
Öffentliche Dienste	1946	7,5	12,8	9,4	7,5	6,9	6,5	11,9	7,7
	1950	6,3	12,7	6,1	4,6	7,9	3,6	13,3	9,7
Selbständige Berufslose	1946	21,4	28,9	21,7	19,5	24,4	16,4	33,3	23,8
	1950	13,7	15,6	11,4	14,0	15,1	12,3	32,0	15,2
insgesamt	1946	100	100	100	100	100	100	100	100
	1950	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Statistisches Landesamt NW, Volkszählung 1946 und 1950.



1 mm = 1% der Bevölkerung

Quelle : Gemeindestatistik des Landes NRW, Volkszählung 1946 Heft 2 u. 1950 Heft 15

Tabelle 6

Berufszugehörigkeit der Erwerbspersonen 1950
und Erwerbsquote 1946 + 1950

Gemeinde	Berufszugehörigkeit				Erwerbsquote	
	Land- + Forstw. schaft	Industrie + Handwerk	Handel + Verkehr	Offentl. Dienste	1946	1950
Avenwedde	21,0	61,0	10,3	7,7	39	47
Friedrichsd.	6,0	65,4	12,8	16,0	36	47
Spexard	28,1	56,2	7,9	7,8	39	47
Bornholte	43,0	47,0	5,0	5,0	47	52
Liemke	26,0	56,0	9,5	8,5	40	47
Oesterwiehe	54,6	36,0	5,0	4,4	49	55
Sende	33,0	45,0	5,3	16,7	38	39
Verl	26,5	52,2	10,7	10,6	39	47

Quelle: Gemeindestatistik des Landes NRW, Volkszählung 1950, Heft 15.

Gemessen an der Zugehörigkeit der Erwerbspersonen zu den verschiedenen Wirtschaftsbereichen unterscheiden sich demnach Bornholte, Oesterwiehe und Sende deutlich durch einen großen Anteil landwirtschaftlich tätiger Erwerbspersonen von den übrigen Gemeinden. In Verl, Avenwedde (Friedrichsdorf), Liemke und Spexard lag die Landwirtschaft zu dieser Zeit bereits hinter der sich immer weiter ausbreitenden Industrie an zweiter Stelle.¹⁾

Die statistischen Angaben über die Stellung der Erwerbspersonen im Beruf genügen nicht, um die Sozialstruktur des Raumes ausreichend zu kennzeichnen. Erst ein Überblick über die Besitzverhältnisse²⁾ ermöglicht es, im Zusammenhang mit den vorhandenen statistischen Daten das Sozialgefüge des Raumes zu beurteilen. (s. T. 7).

1) Zahlenmäßig wäre die Gemeinde Sende in die letzte Gruppe einzuordnen. (s. T. 6). Wenn man den im letzten Abschnitt dargestellten Tatbestand auf die Bevölkerung der Gemeinde bezieht (unter Ausschaltung von Eckardtsheim und Wilhelmsdorf mit den zahlreichen kleinen handwerklichen Anstaltsbetrieben und den hier beschäftigten Menschen), führt die Berechnung zu dem oben genannten Ergebnis.

2) Im Rahmen dieser Untersuchung waren exakte Erhebungen zu diesem Punkt nicht durchführbar.

Tabelle 7

Sozialstruktur der Erwerbspersonen 1950 in v.H.

Gemeinde	Selbständige	Mithelfende Familienangeh.	Beamte und Angest.	Arbeiter
Avenwedde	10,5	12,7	12,3	64,5
Friedrichsdorf	15,5	6,0	12,0	66,5
Spexard	10,5	16,0	7,7	65,8
Bornholte	15,3	28,2	5,8	50,7
Lienke	14,4	19,2	9,4	57,0
Oesterwiehe	19,3	35,7	5,2	39,8
Sende	12,8	20,5	12,1	54,6
Verl	15,2	18,3	11,0	55,5
Ø	13,6	19,7	9,7	57,0

Quelle: Gemeindestatistik des Landes NW, Volkszählung 1950, Heft 15.

Allgemein trifft für den Raum WNO die Feststellung zu, daß fast alle Bewohner entweder ein Gartengrundstück oder eine landwirtschaftliche Nebenerwerbsstelle bzw. einen größeren landwirtschaftlichen Betrieb besitzen. Die hierdurch gekennzeichnete Besitzstruktur verleiht dem Sozialgefüge im Raum eine gewisse Stabilität, die sich in der Bodenverbundenheit und einer auf Generationen zurückreichenden Verwurzelung der Bevölkerung in diesem Gebiet ausdrückt.⁽¹⁾

Der Anteil der Arbeiter an den Erwerbspersonen übertrifft in allen Gemeinden (mit Ausnahme von Oesterwiehe) die 50 v.H. Grenze. Der Arbeitertyp dieser Gegend ist jedoch nicht identisch mit dem des Ruhrgebiets oder größerer Städte. Durch sein Eigentum am Grund und Boden hat er sich eine gewisse Selbständigkeit und direkte Verbundenheit mit der Natur bewahrt.⁽²⁾

Die Mitarbeit der Ehefrauen, Söhne und Töchter in den zahlreichen landwirtschaftlichen Betrieben der Gemeinden Bornholte, Oesterwiehe

1) Vgl. A. Rüstow: "Vitalsituation" s. Teil A, Abs. II.

2) Vgl. W. Röpke: "Civitas humana" (Entmassung und Entproletarisierung) S. 273 ff.

und Sende erklärt den hohen Anteil der sozialen Gruppe "mithelfende Familienangehörige" an den Erwerbspersonen des gesamten Raumes. Erneut wird hierdurch der überwiegend landwirtschaftliche Charakter dieser Gemeinden betont.

Abschließend sollen noch einmal die Ergebnisse der bisherigen Untersuchung zusammengefaßt werden:

1. Die allgemeinen räumlichen und ökonomischen Verhältnisse ermöglichten mit geringen Ausnahmen eine laufende Zunahme der Bevölkerung. Die wirtschaftliche Struktur der Bevölkerung war einem langfristigen Wandlungsprozeß unterworfen, in dem der industrielle Wirtschaftsbereich gegenüber dem landwirtschaftlichen stärker hervortrat.
2. Diese Entwicklung hat sich in den einzelnen Gemeinden mit unterschiedlicher Intensität vollzogen. Die Unterschiede trennen die Gemeinden Oesterwiehe, Bornholte und Sende als betont landwirtschaftliche Gebiete von den anderen industriell-gewerblich geprägten Gemeinden. Die gesamte Entwicklung verlief in den drei genannten Gemeinden langsamer und zurückhaltender als im übrigen Raum.

b) Besiedlung.

Entsprechend der Bevölkerungsentwicklung hat - bei dem hier dominierenden Typ des Einfamilienhauses (1,5 stöckig und 1 bis 2 Wohnungen) - die Besiedlung zahlen- und flächenmäßig ein großes Ausmaß angenommen. Die ursprüngliche Besiedlungsgrundlage des Raumes in der Zeit vor 1900 waren die Landwirtschaft und bereits zu sehr früher Zeit etwa um 1800 auch der Handel, der an der Durchgangsstraße Paderborn-Bielefeld rasch zur Gründung oder Erweiterung der Orte Kaunitz, Verl und Friedrichsdorf führte. Typisch für diese Tatsache ist die heute noch vorwiegend handwerkliche, kleingewerbliche Struktur dieser Orte (s. K. 4).

Abgesehen von diesen Ortskernen aus der Frühzeit der Besiedlung befanden sich in allen Teilen des Raumes verstreute landwirtschaftliche Betriebe, ohne daß es auf dieser Grundlage im Laufe der Zeit zu nennenswerten Gruppenbildungen gekommen wäre. Von wesent-

lich geringerer Bedeutung war die nichtlandwirtschaftliche Splitterbebauung vor 1900, besonders in Bornholte und Oesterwiehe. Zu unterscheiden sind noch Gebiete intensiverer und weniger dichter landwirtschaftlicher Bebauung. So heben sich die Gemeinden Bornholte und Oesterwiehe sowie die südlichen Teile von Liemke und Verl deutlich von dem wesentlich lockerer bebauten übrigen Gebiet ab. Viele der heute in Nebenarbeit bewirtschafteten landwirtschaftlichen Betriebe wurden vor der Jahrhundertwende noch als Vollbauernstellen genutzt.

Seit 1900 sind nur in wenigen Ausnahmefällen landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe neu gegründet worden (z.B. in Sende ein Betrieb, in Verl drei Betriebe).

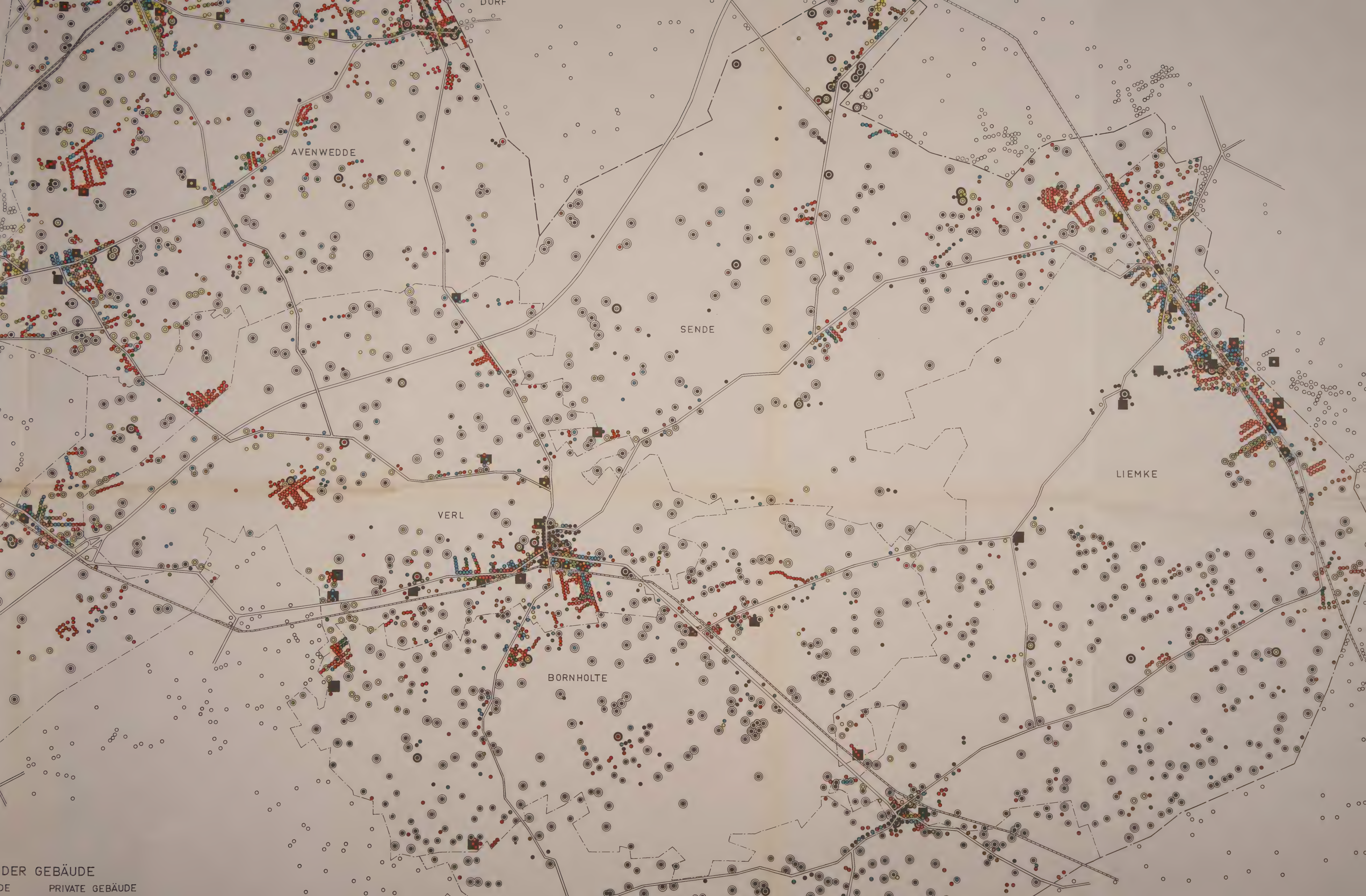
Das Schwergewicht der Besiedlung und Bebauung von 1900 bis 1930 lag bei der nichtlandwirtschaftlichen Splittersiedlung, gefolgt von einer großen Anzahl landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbetriebe, insbesondere in den bis zu diesem Zeitpunkt weniger dicht besiedelten Gemeinden Spexard, Avenwedde, Sende und im nördlichen Teil von Verl.

Diese Siedlungsperiode war verbunden mit der beginnenden Industrialisierung des gesamten Raumes. Die Zahl der Industriebetriebe stieg in den einzelnen Gemeinden auf 32 an:

Avenwedde	11	Industriebetriebe
Friedrichsdorf	-	
Spexard	3	"
Verl	7	"
Sende	-	
Liemke	8	"
Bornholte	3	"
Oesterwiehe	-	
insgesamt	32	"

In diesem Zeitraum, in dem sich eine zunehmende Siedlungstätigkeit ankündigte, begann somit der Aufbau einer neuen Existenzgrundlage für die Bevölkerung. Die Entwicklung folgte damit einer zwingenden Notwendigkeit, da die landwirtschaftliche Tragfähigkeit des Raumes WNO bereits mit Beginn dieses Zeitabschnitts erschöpft war. Die zunehmende Bevölkerung konnte ihre Existenz also nur auf einer industriewirtschaftlichen Basis aufbauen.¹⁾

1) Siehe Abschnitt Bevölkerung.



DER GEBÄUDE
DE PRIVATE GEBÄUDE

Die hiesigen Industriebetriebe boten jedoch keineswegs ausreichende Arbeitsmöglichkeiten, so daß ferner dem landwirtschaftlichen Nebenerwerb und der Pendelwanderung stärkste Bedeutung zukamen.

Auf Grund dieser Feststellung wäre anzunehmen, daß die Zahl der nicht in der Landwirtschaft tätigen Bewohner in diesem Raum schließlich abgenommen hätte; die Städte Gütersloh und Bielefeld waren nämlich zu jener Zeit noch aufnahmebereite Gebiete mit ausreichenden wirtschaftlichen Grundlagen. Wenn dies nicht geschah, so auf Grund der durch gewichtige Faktoren bedingten, besonderen Anziehungskraft des Raumes WNO. Die günstigen Besitzverhältnisse, der leichte Grundstückserwerb und in Verbindung damit das verbreitete Streben nach einer zusätzlichen Sicherung der wirtschaftlichen Existenz durch nebenberufliche Bewirtschaftung eines eigenen kleinen landwirtschaftlichen Betriebs förderten und fördern die Ansiedlung in diesem Raum. Vielfach wurde eine Abwanderung, insbesondere auch der jungen Generation, durch die tiefe Heimatverwurzelung verhindert.

In der Zeit von 1931 bis 1940 lebte die Siedlungstätigkeit noch einmal auf. In dieser Periode wurde die landwirtschaftliche Bebauung in Form von Nebenerwerbsbetrieben überwiegend im nördlichen Bereich des Raumes fast ganz abgeschlossen.

Die nichtlandwirtschaftliche Bebauung hob sich in diesem Jahrzehnt zum ersten Mal pointierter aus dem bisherigen Siedlungszusammenhang heraus, und zwar in :

Avenwedde	im Ortsteil West
Spexard	im Ortsteil Mitte
Verl	im Ortskern
Oesterwiehe/Liemke	im Ortsteil Kaunitz
Liemke	im Ortsteil Schloß Holte

Auch in diesem Zeitraum konnte allerdings die wahllose Streuung von Einzelhäusern über das ganze Gebiet nicht verhindert werden.

In der Zeit zwischen 1940 und 1948 unterlag die Siedlungstätigkeit den einschneidenden Ereignissen des Krieges und seiner wirtschaftlichen Folgen.

Seit 1948 hat sich das gesamte Bild der Besiedlung entscheidend gewandelt. In Avenwedde, Spexard, Verl, Sende und Liemke entstanden unabhängig von jeder vorherigen Bebauung neue Siedlungen. Daneben wurden die Ortskerne Friedrichsdorf, Verl und Kaunitz erweitert bzw. zahlreiche der vorhandenen Baulücken geschlossen. Teilweise herrschte aber auch ein wirres Durcheinander von Splitterbebauung, lose angelehnt an Siedlungsschwerpunkte oder völlig ohne Beziehung zu den übrigen Siedlungsgrundlagen.

Gegenüber der Vorkriegszeit ist die Siedlungstätigkeit in den Jahren nach 1948 wesentlich intensiver geworden. Seit dieser Zeit zeigen sich die ersten Ansätze eines systematischen Siedlungsaufbaues und einer geordneten Siedlungsstruktur.

Neben diesem zeitlichen Verlauf der Besiedlung sind die erkennbaren Siedlungssysteme herauszustellen. Es ist einleuchtend, daß die verschiedenen baurechtlichen Bestimmungen eines halben Jahrhunderts unterschiedliche Auswirkungen auf die Anordnung der gesamten nichtlandwirtschaftlichen Besiedlung haben mußten. Ein Einblick in die entsprechende Karte bestätigt diese Ansicht. Das Bild der Besiedlung hat sich seit 1900 vielfach gewandelt. Im großen und groben Überblick zeigt es eine sich über große Teile des Gebiets erstreckende unorganische Streusiedlung und Zersiedlung der Landschaft.

Die individuellen, durch ökonomische aber auch vielfältige außer-ökonomische Faktoren geprägten, sich aus der gesamten Variationsbreite menschlicher Verhaltensweisen ergebenden Siedlungskräfte ließen sich ohne die Durchsetzung eines rechtsverbindlichen Planes nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten, z.B. Gruppierung, Anordnung zu geschlossenen Siedlungen, Gestaltung des Ortsbildes, Besiedlung mit Rücksicht auf die Versorgungslasten der Gemeinden usw., koordinieren. Sie strebten auseinander oder ergänzten sich im Gesamtbild der einzelnen Gemeinden, ganz wie es der Zufall wollte.

Aus der Karte über die Besiedlung geht hervor, daß es trotzdem an zahlreichen Stellen - abgesehen von den Ortskernen - zu Verdichtungen gekommen ist, an denen die verschiedensten Ursachen mitgewirkt haben:

1. Die Eisenbahnlinien als Verbindung zwischen den Wohnstätten und den außerhalb des Raumes gelegenen Arbeitsstätten führten zu einer linienhaften Siedlungsverdichtung zwischen Kaunitz-Verl-Spexard, am Bahnhof Avenwedde und in Liemke. Die Siedlung in Liemke-Schloß Holte verdankt ihr Entstehen in erster Linie dem gegebenen Verlauf der Eisenbahnlinie. In der Besiedlungsrichtung Friedrichsdorf-Bahnhof Avenwedde drückt sich ebenfalls das Streben zur Eisenbahn aus.

2. In der Zeit nach dem ersten Weltkrieg und in den 30er Jahren spielte die Straße als spätentwickelter Verkehrsträger eine fast ebenso große Rolle für die Gestaltung der Siedlungsstruktur des Raumes. Der Straßenverkehr rundete das Siedlungsbild in der Weise ab, daß nun auch Flächen abseits der Eisenbahnlinien gut erschlossen und demgemäß mit der Blickrichtung auf die Arbeitsstätten in Gütersloh und Bielefeld besiedelt werden konnten. Dies betraf vor allen Dingen die Wohnplätze an den Straßen z.B. besonders an der von Friedrichsdorf nach Gütersloh, aber auch Wohnplätze abseits der Hauptverkehrsstraßen mit guten Querverbindungen hierzu.

3. An der Entwicklung der untersuchten Siedlungsformen waren auch andere Faktoren beteiligt:
 - a) die zunehmende Motorisierung, der Busverkehr oder die Beförderungsmöglichkeit mit Kleinfahrzeugen wirkten auf die Besiedlung dezentralisierend ein.

 - b) Diese Tendenz zur Streusiedlung konnte durch die nach dem zweiten Weltkrieg bevorzugte Siedlungsweise - Errichtung zusammenhängender Häusergruppen - wesentlich abgeschwächt werden.

 - c) Ein weiterer Lokalisationsfaktor - unabhängig von den überörtlichen Verkehrseinrichtungen - war die hier ansässige Industrie. Aus der Karte ist leicht ersichtlich, daß die Gründung eines Betriebes fast immer ganz in der Nähe die Errichtung von Wohnstätten nach sich gezogen hat.

So wie die äußere Anordnung der Siedlungen im Raum ökonomisch, landschaftlich und im Hinblick auf den Kommunalkörper funktionell gestört ist, so wenig sind auch im inneren Aufbau der einzelnen Siedlungskörper städtebauliche Prinzipien beachtet worden.

Aus der Karte sind hierzu zwei wesentliche Kriterien der inneren Unordnung abzulesen.

1. Die Gründung von Industriebetrieben hat - wie bereits betont - fast immer zur Errichtung von Wohnstätten im näheren Umkreis geführt. Hieraus ergab sich ein unerwünschtes Durcheinander von Industrie und Siedlung. Wenn auch ein sehr enges Funktionalverhältnis zwischen Arbeitsplatz und Wohnstätte besteht und es im Streben jedes einzelnen Werktätigen liegt, diese Funktion für sich räumlich möglichst günstig zu gestalten, so dürfte doch eine gewisse Trennung von Industrie und Wohnsiedlung erwünscht sein. Viele Gründe z.B. Erweiterungsmöglichkeit für beide Teile, gegenseitige unerwünschte Beeinflussung sprechen dafür. In diesem Punkt macht sich das Versäumnis jeglicher Planung besonders schwerwiegend bemerkbar, da alle Gemeinden mit industriellen Betrieben hiervon gleichmäßig betroffen sind.

2. Wie tiefgreifend die Dezentralisation der Siedlungskörper bereits den inneren funktionalen Siedlungs- und Gemeindezusammenhang aufgelöst hat, zeigt sich darin, daß es keiner Gemeinde - mit Ausnahme von Kaunitz, Friedrichsdorf, Schloß Holte und Ortskern Verlargungen ist, so zentrale Einrichtungen wie z.B. Schulen, besonders aber Kirchen zum Mittelpunkt von menschlichen Ansiedlungen zu machen oder sie mitten in ein bestehendes Siedlungsgefüge einzuordnen. In der Regel stehen - abgesehen von Ausnahmefällen - die Kirchen irgendwo nachträglich an das Siedlungsgefüge angelehnt oder sogar im freien Raum.

Mit den Schulen verhält es sich ähnlich. Hier muß aber berücksichtigt werden, daß es infolge der gegebenen Siedlungsordnung zur schulischen Versorgung des gesamten Raumes unbedingt dezentralisierter Standorte und kleinerer Schulen bedurfte.

Zusammenfassend und abschließend ist über die Besiedlung des Raumes zu sagen:

- 1 Bis zur Jahrhundertwende unterschieden sich die Gebiete südlich der Linie Verl - Südgrenze des Holter Waldes von dem übrigen Gebiet durch ältere und wesentlich dichtere landwirtschaftliche Besiedlung.
- 2 Seit 1900 setzte eine intensivere Siedlungstätigkeit zunächst gleichmäßig auf landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Basis ein. Die räumliche Anordnung der einzelnen Häuser erfolgte noch sehr willkürlich, wobei sich einige Zufallsverdichtungen ergaben.
- 3 In den Jahren 1931 - 1940 und seit 1948 kam es erstmalig zu planvoll angelegten Siedlungen, ohne daß die unorganische Streusiedlung ganz verhindert werden konnte. Bis zum Jahre 1940 war die landwirtschaftliche Besiedlung abgeschlossen. Die Entwicklung von Industriebetrieben begann nach 1900 und nahm besonders auffallend seit 1948 in der Gemeinde Liemke und in Spexard intensivere Formen an.
4. Das Schwergewicht der Besiedlung im Raum WNO liegt heute an der Westgrenze, am Rande der Stadt Gütersloh bis nach Friedrichsdorf; dann entlang der Bahnlinie Gütersloh - Hövelhof in Spexard, Verl und Kaunitz. An der Ostgrenze gegenüber Stukenbrock gruppiert sich an der Bahnlinie Brackwede-Paderborn in der Gemeinde Liemke ein Siedlungsband über eine Länge von 4 km.
5. Die genannten Siedlungskerne bzw. Verdichtungen blicken mit Ausnahme der Kirchdörfer Friedrichsdorf, Verl und Kaunitz auf eine relativ kurze Entwicklungszeit von 30 - 40 Jahren zurück, wobei besonders die letzten 10 Jahre ausschlaggebend waren.
6. Die Art der Ansiedlung ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen.
Die Gewohnheiten und Lebensweisen der einheimischen Bewohner, das Streben nach wirtschaftlicher Selbständigkeit, nach Unabhängigkeit prägten auch die Siedlungsweise, wobei der Wunsch nach dem Besitz eines eigenen Häuschens in großer Entfernung

vom Nachbarn sich stark durchsetzte. Diese Faktoren wirkten sich natürlich erschwerend auf eine vernünftige planerische, die Interessen der Gemeinschaft berücksichtigende bauliche Gestaltung der Gemeinde aus.

So formte die Pendelwanderung die Ordnung der Besiedlung in der Weise mit, daß der Standort der Wohnstätten betont in die Nähe guter Verkehrsverbindungen verlegt wurde. Die Verkehrsorientierung verhinderte aber in vielen Fällen die Gestaltung des Dorfes und der Gemeinde nach ortsplanerischen Überlegungen, nach ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten. Eine der Ursachen für die Streusiedlung war also das Fehlen einer konzentrationsfördernden wirtschaftlichen Grundlage in den Gemeinden selbst.

Tabelle 8								
Siedlungsstruktur 1956								
Gemeinde	Einw.	Ortskerne		Streusiedlung		Wohnplätze		
		abs.	v.H.	abs.	v.H.	Anzahl	abs.	v.H.
Avenwedde	6.222	-	-	2.489	40	4	3.733	60
Fr.dorf	789	789	100	-	-	-	-	-
Spexard	2.169	-	-	651	30	2	1.518	70
Bornholte	2.999	-	-	2.699	90	1	300	10
Liemke	5.363	3.486	65	1.877	35	-	-	-
Oesterw.	2.061	824	40	1.237	60	-	-	-
Sende	3.841	-	-	1.536	40	2	2.305	60
Verl	4.230	2.115	50	1.692	40	1	423	10
Quelle: Eigene Berechnungen.								

7. Aus einer tabellarischen Übersicht geht der absolute und relative Anteil der in geschlossenen oder weitverstreuten Siedlungen wohnenden Bevölkerung hervor (s. T. 8). Das Übergewicht der Streusiedlung liegt - wie bereits betont - in den südlicheren Gebieten, in den Gemeinden Bornholte und Oesterwiehe.

c) Land.-und Forstwirtschaft.

Die Land.-und Forstwirtschaft kann in diesem Rahmen nur am Rande untersucht werden.

Obwohl die nichtlandwirtschaftliche Bebauung und die Industrie in fast alle Teile des Raumes vorgedrungen sind und sich der Anteil der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung in allen Gemeinden bis auf 20 v.H. an der Gesamtbevölkerung im Jahre 1950 stark vermindert hat, prägt auch heute noch die Landwirtschaft infolge ihrer Weiträumigkeit Gesicht und Wesen der Landschaft und des Raumes.

Die wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft wird entscheidend von den natürlichen Produktionsvoraussetzungen, von den klimatischen Bedingungen und den Bodenqualitäten bestimmt und beeinflußt. Die außerordentliche Gunst des Klimas und der Wasserhältnisse konnte sich im Untersuchungsraum wegen der geringen Bodengüte jedoch nicht voll auswirken. Auch die umfangreichen Bodenkultivierungsmaßnahmen in vergangenen Zeiten konnten diesbezüglich keine entscheidenden Änderungen herbeiführen. Die Bodenwertzahlen liegen teilweise weit unter 30 und nur in der Nähe der Bachläufe übersteigen sie die obige Wertstufe um ca. 10 Punkte. Die Minderwertigkeit dieses bedeutenden landwirtschaftlichen Produktionsfaktors verschlechtert selbstverständlich die Ertragslage.¹⁾ Die hiesige Landwirtschaft ist also von Natur aus nicht mit besonderen Vorzügen ausgestattet. So bleibt es dem einzelnen Landwirt überlassen, das wirtschaftliche Niveau seines Betriebs durch Rationalisierung und Mechanisierung, durch die Nutzbarmachung technischer Fortschritte zu verbessern. Dies ist jedoch nicht allein eine Angelegenheit der betrieblichen Organisation, sondern auch gleichgewichtig eine Frage der landwirtschaftlichen Marktposition.

Die gegenwärtige Bodennutzung ist durch die Aufteilung der landwirtschaftlich bearbeiteten Fläche in Ackerland, Wiesen- und Weideflächen, Gartenland und Waldflächen gekennzeichnet. Die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche hat sich im Laufe der Zeit durch die Inanspruchnahme für nichtlandwirtschaftliche Zwecke verringert und zwar gemäß der hiesigen Splitterbebauung überproportional gegenüber anderen Räumen mit geordneten und geschlossenen Siedlungskörpern. Das Flächenverhältnis der einzelnen Nutzungsarten veränderte sich im Laufe der letzten Jahre dagegen nur geringfügig. Der Anteil von Acker- und Wiesen- bzw. Weideflächen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist gleichmäßig 50 : 50 verteilt. (s.T. 9).

1) Vgl. Morgen, H. "Die Bodenklimazahlen und ihre Bedeutung für Raumforschung und Landesplanung" in "Informationen" 1956, H. 15.

Tabelle 9

Bodennutzung 1956

		Aven- wedde	Spexard	Born- holte	Liemke	Oester- wiehe	Sende	Verl
Gemarkungsfläche	ha	2170	1350	1780	2638	1455	2394	1779
Landwirtsch.)	ha	1695	1033	1479	1437	1332	1721	1314
Nutzfläche)	v.H.	78,1	76,5	83,1	54,5	91,5	71,9	73,9
Basis Gemarkungsfl.								
davon: Wiesen/Weiden	v.H.	38,4	40,8	50,3	42,6	49,0	49,4	55,0
Acker	v.H.	44,4	46,0	47,2	52,4	48,5	45,8	42,4
Garten	v.H.	16,6	13,0	2,5	4,5	1,8	4,5	2,4
Obstanlagen	v.H.	0,6	0,2	---	0,5	0,7	0,3	0,2
Forstwirtsch.)	ha	140,7	117,8	35,3	870,4	20,5	642,8	133,6
Nutzfläche)	v.H.	6,5	8,7	2,0	33,0	1,4	26,8	7,5
Basis Gemarkungsfl.								
Moor/Ödland/Gebäude/ Hofflächen/Wegeland/ Gewässer	v.H.	12,2	9,5	12,2	14,9	14,0	12,3	19,6
Basis Gemarkungsfl.								
insgesamt ¹⁾	ha	2104	1279	1731	2701	1556	2658	1796
	v.H.	96,8	94,7	97,3	102,4	106,9	111,0	101,0

1) Die Bodennutzungsstatistik ist nicht immer vergleichbar mit den stat. Angaben über die Gemarkungsfläche der Gemeinden, da in der Bodennutzungsstatistik auch Flächen aus anderen Gemeinden eingeschlossen sind, die eigentumsmäßig zu Einwohnern der hiesigen Gemeinden gehören.

Die Gemeinde Friedrichsdorf bleibt in dieser Tabelle unberücksichtigt.

Quelle : Unterlagen der Landwirtschaftskammer Westf. Lippe, Kreisstelle Wiedenbrück.

Strukturdifferenzierungen in der Bodennutzung ergeben sich lediglich in zwei Punkten:

- a) Der hohe Waldanteil der Gemeinden Sende und Liemke mit 33 v.H. bzw. 26,8 v.H. an der Gemeindefläche unterscheidet diese Gebiete sehr wesentlich von dem übrigen Raum.
- b) In Avenwedde und Spexard ist der Gartenlandanteil mit 14,6 v.H. bzw. 13,0 v.H. an der landwirtschaftlichen Nutzfläche höher als in den anderen Gemeinden des Untersuchungsgebietes. Bedingt ist dies durch den starken Einfluß städtischer Siedlungsweisen in den genannten Gemeinden.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß:

1. die Verteilung der Acker.- und Weidewirtschaft wegen ihrer engen Bindung an die natürlichen Gegebenheiten keinen großen Wandlungen unterworfen ist.
2. die zahlreichen Wasserläufe die Anlage ausgedehnter Wiesen.- und Weideflächen begünstigen, während im übrigen Raum Äcker und Wiesen in bunter Folge abwechseln.
3. die landwirtschaftliche Nutzfläche dauernd verkleinert wird. Dies ist hauptsächlich auf die starke Siedlungstätigkeit und auf eine ständige Steigerung der Haus.- und Nutzgartenfläche zurückzuführen.

Im Jahre 1956 zählte der gesamte Raum 1.827 landwirtschaftliche Betriebe in den verschiedenen Größenklassen von 0,5 ha an. Die den Raum beherrschende Kategorie der Kleinbetriebe entspricht den dargestellten besitzstrukturellen Verhältnissen. Eine große Zahl von Industriearbeiterfamilien bewirtschaftet eine der hier einzustufenden Nebenerwerbsstellen (s.T. 10.).

Der familienwirtschaftliche Charakter der selbständigen landwirtschaftlichen Betriebe wird deutlich durch die Zusammensetzung der Arbeitskräfte hervorgehoben. Der Anteil der fremden Arbeitskräfte ist sehr niedrig. Die Betriebseigentümer sind im wesentlichen auf familieneigene Arbeitskräfte angewiesen (s.T. 11).

Die Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte unter dem Einfluß des industriellen Sogs der Städte Gütersloh und Bielefeld

Tabelle 10

Landwirtschaftliche Betriebsgrößen in v.H. 1956

		Aven- wedde	Spexard	Born- holte	Liemke	Oester- wiehe	Sende	Verl
Anzahl der Betriebe		260	112	305	391	233	239	271
0,5 - 2	ha	42,3	33,0	34,8	47,4	24,1	37,1	35,8
über 2 - 5	ha	25,8	31,2	37,7	32,3	34,0	28,5	29,6
über 5 - 10	ha	13,5	7,1	15,4	10,4	24,5	15,9	19,9
über 10 - 15	ha	6,1	4,5	5,6	4,4	9,5	6,7	5,9
über 15 - 20	ha	5,4	9,0	1,6	1,4	3,9	2,6	1,8
über 20 - 30	ha	3,4	10,7	2,3	1,0	2,6	3,4	1,8
über 30 - 50	ha	2,3	0,9	2,3	1,0	1,3	1,3	1,1
über 50 - 100	ha	0,4	0,9	---	0,5	---	2,9	1,8
über 100	ha	0,8	2,7	0,4	1,6	0,2	2,6	2,2

Die Gemeinde Friedrichsdorf bleibt in dieser Tabelle unberücksichtigt.

Quelle: Unterlagen der Amtsverwaltungen in Avenwedde und Verl.

verursachte eine Produktionsumstellung von der mehr arbeitsintensiven Ackerwirtschaft zur Viehwirtschaft.

Tabelle 11

Arbeitskräfte in der Landwirtschaft in v. H. 1956

Gemeinde	Familieneigene Arbeitskräfte	Familienfremde Arbeitskräfte
Avenwedde	93,1	6,9
Friedrichsdorf	91,2	8,8
Spexard	85,7	14,3
Bornholte	97,0	3,0
Oesterwiehe	96,4	3,6
Liemke	95,9	4,1
Sende	91,5	8,5
Verl	93,5	6,5

Quelle: Nach Unterlagen der Amtsverwaltungen Avenwedde und Verl.

Abschließend werden die charakteristischen Züge der Landwirtschaft im Untersuchungsraum nochmals zusammenfassend herausgestellt:

Die landwirtschaftliche Produktion in diesem Raum ist überwiegend der Weiterverarbeitung der Bodenerzeugnisse gewidmet. Die nach Abzug des Eigenverbrauchs verbleibenden Ertragsüberschüsse der Ackerwirtschaft werden zusammen mit angekauften Futtermitteln zur Viehwirtschaft weiter verwandt. Die arbeitswirtschaftliche Zwangslage - entstanden durch die Position der Landwirtschaft gegenüber der immer weiter vordringenden Industrie - bestimmt die Ertragsgestaltung, die in den verschiedensten Veredlungsprozessen mehr und mehr von den gegebenen Produktionsvoraussetzungen gelöst wird. Unter dem Gesichtspunkt der veränderten Produktionsweise rückt die Beurteilung der Betriebsgrößen in ein ganz anderes Licht. Die wirtschaftliche Existenzfähigkeit ist nicht mehr allein von der gegebenen Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche abhängig, sondern vielmehr von der Ausstattung der Betriebe mit modernen technischen Mitteln und von den ökonomischen Fähigkeiten des einzelnen Betriebsinhabers, von seinen betriebsorganisatorischen und auch marktwirtschaftlichen Kenntnissen.

Die Landwirtschaft des Raumes WNO ist somit als eine Veredlungswirtschaft auf der Basis der vorwiegenden Selbstversorgung mit den notwendigen Rohstoffen zu kennzeichnen.¹⁾

d) Gewerbliche Wirtschaft.

Die Industrie des Raumes WNO geht überwiegend auf handwerkliche Anfänge zurück. Der Entwicklungsgang vom Handwerk zur Industrie macht es oft schwierig, beide Bereiche voneinander zu unterscheiden und den Charakter eines Betriebes nach diesen Merkmalen eindeutig zu bestimmen.

Eine der wichtigsten Grundlagen für den Aufbau und die Entwicklung industrieller Betriebe in diesem Raum war die örtliche Bevölkerung in ihrem Streben nach gewerblicher Betätigung. Die Zahl der bodenständigen, in handwerklichen Betrieben geschulten Arbeitskräfte ist stets ausreichend gewesen und übertraf sogar oft den Bedarf der im Untersuchungsgebiet ansässigen Industriebetriebe.

Soweit aus handwerklicher Zeit der Standort nicht gegeben war, orientierten sich namentlich die neueren Betriebe nach den Nah- und Fernverkehrsverbindungen des Raumes. Eine große Zahl von Betrieben gruppierte sich an den Eisenbahnlinien: Paderborn - Gütersloh in Kaunitz, Verl und Spexard, Paderborn - Bielefeld in Lientke und an der viergleisigen Strecke Gütersloh-Bielefeld in Avenwedde. Nur in wenigen Ausnahmefällen haben sich Industriebetriebe fern von den überörtlichen Verkehrsverbindungen niedergelassen. Diese Fälle sind auf vorbestimmte Besitzverhältnisse bzw. auf handwerkliche Standorte zurückzuführen. (s.K. 5).

Die hiesigen Industriebetriebe haben ihren Absatzmarkt weit über die Grenzen des Raumes WNO ausgedehnt, wobei sie natürlich dem Konkurrenzdruck der Bielefelder und Gütersloher Industriezentren ausgesetzt sind. Diese Situation lenkte ihre Produktion verstärkt auf Konsumgüter des ländlichen und landwirtschaftlichen Bedarfs.

¹⁾ Vgl. Große Lütern, G. "Die Landwirtschaft im Kreise Wiedenbrück" Münster 1913.

Die Betriebe sind dabei vorwiegend auf die Verarbeitung eingeführter Rohstoffe angewiesen. Lediglich an der Rohstoffgrundlage einiger Nahrungsmittelbetriebe, Konservenfabriken und Schlachtereien ist die örtliche Landwirtschaft als Lieferant beteiligt. Produktionsgüter werden nicht hergestellt.

Im Gegensatz zu den fast gleichmäßig über den Raum verteilten landwirtschaftlichen Betriebsstätten unterscheidet die räumliche Anordnung der Industriebetriebe die Gemeinden sowohl nach der Zahl der beschäftigten Industriearbeiter als auch nach der Industriestruktur sehr voneinander.¹⁾

Die Zahl der industriell beschäftigten Bevölkerung ist in der Zeit von 1952 bis 1956 um 20 v.H. angestiegen. Die Gemeinden Liemke, Avenwedde und Verl hatten daran größten Anteil. Die gesamte Zunahme betrug 468 Beschäftigte (s. T. 12).

Die Industrie des Raumes WNO ist durch eine einfache Struktur gekennzeichnet. Es überwiegt die Holzverarbeitende Industrie mit 1.028 Beschäftigten im Jahre 1956, gefolgt von der Metall- (728) und Textilindustrie (592). Die übrigen Zweige: Steine und Erden, Papier, Leder und Nahrungsmittel sind von untergeordneter Bedeutung.

Die strukturellen Differenzierungen betreffen vorwiegend die Gemeinden Liemke, Avenwedde und Verl. Hier waren 1956 fast 90 v.H. aller in diesem Raum beschäftigten Industriearbeiter tätig, und zwar in Liemke 1.005, in Avenwedde 860 und in Verl 498. Die restlichen Gemeinden Spexard, Bornholte und Sende beschäftigten in ihren Industriebetrieben dagegen nur 229 Personen (s. K 5).

Die Verteilung der einzelnen Industriezweige deutet eine bemerkenswerte räumliche Untergliederung an. In Liemke herrscht Metall- und Textilindustrie, in Verl Textil- und Holzindustrie und in Avenwedde Holz- und Metallindustrie vor. Während die Gemeinde Liemke in ihrer industriellen Struktur Anschluß an den Wirtschaftsraum Bielefeld gefunden hat, tragen die übrigen Gemeinden eindeutig die Merkmale des ihnen ähnlich strukturierten Wirtschaftsraumes Gütersloh.

1) Friedrichsdorf und Oesterwiehe scheiden in der weiteren Betrachtung aus, da sie keine Industriebetriebe haben.

Tabelle 12

Zahl der Beschäftigten nach Industriezweigen 1952 u. 1956.

Industrie- zweig	Jahr	Avenw.	Spexard	Bornh.	Liemke	Sende	Verl	insgesamt
Steine und Erden	1952	58	--	18	9	--	7	92
	1956	74	--	9	10	--	14	107
Metall	1952	160	44	--	360	--	23	587
	1956	172	47	--	469	--	40	728
Textil und Bekleidung	1952	--	--	--	291	--	188	479
	1956	--	--	--	339	--	253	592
Papier	1952	--	--	--	--	8	--	8
	1956	--	--	--	--	12	--	12
Leder	1952	--	--	--	88	--	--	88
	1956	--	--	--	81	--	--	81
Holz	1952	387	138	54	99	26	128	832
	1956	501	147	63	106	48	163	1028
Nahrungs.-u. Genusmittel	1952	104	2	--	--	--	32	138
	1956	113	3	--	--	--	28	144
insgesamt	1952	709	184	72	847	34	378	2224
	1956	860	197	72	1005	60	498	2692
Entw. 52/56 in v.H.		121	107	100	119	177	132	120

Die Gemeinden Friedrichsdorf und Oesterwiehe bleiben in dieser Tabelle unberücksichtigt. Quelle: s.u.

Tabelle 13

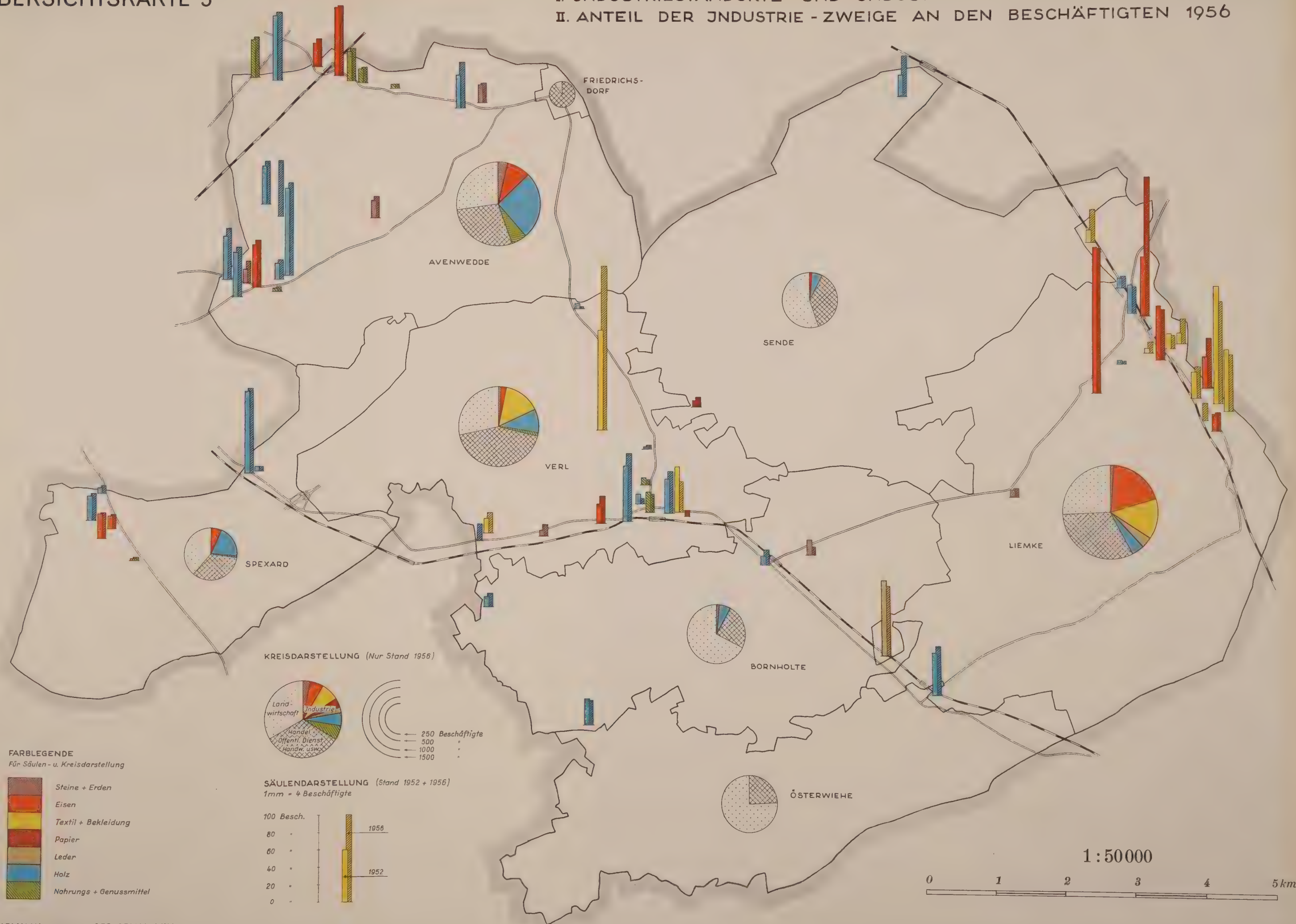
Zahl der Handwerksbetriebe und Beschäftigten 1956.

Handwerks- zweig		Avenw.	Frdf.	Spex.	Bornh.	Liemke	Oesterw.	Sende	Verl
Bau, Ausbau	Besch.	95	21	95	29	98	8	30	93
	Betr.	14	3	9	4	17	2	5	13
Nahrung	Besch.	34	13	9	5	42	15	13	40
	Betr.	13	3	6	3	14	7	7	14
Textil, Leder- verarbeitung	Besch.	44	20	22	5	26	3	5	87
	Betr.	25	10	12	3	15	3	2	16
Eisen, Metall- verarbeitung	Besch.	10	15	11	8	37	6	9	39
	Betr.	4	7	4	4	14	5	4	15
Holzverarbthg.	Besch.	48	--	27	26	27	8	19	18
	Betr.	16	--	9	5	8	5	4	5
Körperpflege Reinigung	Besch.	20	7	7	2	10	--	4	9
	Betr.	10	2	3	1	5	--	2	4
Papierverarb.	Besch.	--	--	--	--	--	--	--	--
	Betr.	--	--	--	--	1	--	--	--
Gastst. Gärtn. Geflügelzücht.	Besch.	62	21	11	3	17	9	9	15
	Betr.	17	8	7	2	7	3	3	9
insgesamt	Besch.	276	87	156	62	243	61	70	213
	Betr.	91	31	50	19	79	25	26	63
insgesamt	Besch.	313	97	182	78	263	51	89	301
	Betr.	99	33	50	22	81	23	27	76

Quelle: Unterlagen der Amtsverwaltungen in Avenwedde und Verl.

ÜBERSICHTSKARTE 5

I. INDUSTRIESTANDORTE UND INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG 1952 - 1956 II. ANTEIL DER INDUSTRIE - ZWEIGE AN DEN BESCHÄFTIGTEN 1956



Die Betriebsgrößen sind in den Gemeinden sehr unterschiedlich. Sie schwanken zwischen fast 200 und weniger als 20 Beschäftigten. Von typischen Großbetrieben kann nicht gesprochen werden.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Ursprünge der Industrie des Raumes WNO weit zurückgehen auf vorindustrielle Gewerbetätigkeit und handwerkliche Beschäftigung. Die industrielle Produktion basiert auf der Arbeitskraft der hier ansässigen Bevölkerung. Die Entwicklung verläuft im ruhigen Tempo. Darüber kann auch nicht der lebhafteste Aufschwung auf Grund des großen Nachholbedarfs der ersten Nachkriegsjahre hinwegtäuschen.

In der jüngsten Zeit läuft die Entwicklung der hiesigen Industrie auf eine Regionalisierung ihres Aufgabenbereiches hinaus. In einem regionalen Gesamtsystem, das von den großen Industriezentren in Gütersloh und Bielefeld her zu sehen ist, und dessen räumliche Ausdehnung auch von hier bestimmt wird, hat die Industrie des Raumes WNO auf der Grundlage einer arbeitsteiligen Verflechtung in diesem Raum gewisse Aufgaben zu erfüllen, z.B. Versorgung des örtlichen Marktes, Zulieferung von Halberzeugnissen, Fertigmontage usw.

Aus dem Raum heben sich drei Industriezentren ab, und zwar in den Gemeinden Liemke, Avenwedde und Verl. Auf diese wirtschaftlichen Schwerpunkte konzentriert sich die räumliche Entwicklung und die Wirtschaftskraft des gesamten Gebietes. Diese Gemeinden erlangten damit gegenüber dem Restgebiet eine vorteilhafte ökonomische Position.

Im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels mit erheblichen Gewichtsverschiebungen zur gewerblichen Tätigkeit hat auch das Handwerk im Raum WNO an Bedeutung gewonnen. Dies trifft auf einige Betriebe mit spezieller Fertigung zu bzw. auf zahlreiche Werkstätten, die bereits heute als Vorstufe künftiger Industriebetriebe anzusehen sind.

Die Handwerksbetriebe sind standortmäßig an einen eng umgrenzten, fast nachbarschaftlichen Absatzbereich gebunden. Die Siedlungsentwicklung bestätigt, daß zahlreiche Betriebe in enger räumlicher und funktioneller Bindung in die Siedlungszentren eingegliedert sind. Einige dagegen waren zur Versorgung der weiträu-

nigen Gemeindegebiete mit handwerklichen Leistungen gezwungen, ihren Standort in abgelegenen Gebieten zu wählen. Mit dieser Situation war die Gefahr verbunden, daß die betriebliche Kapazität infolge der zu geringen Absatzmöglichkeiten nicht ausgelastet wurde. Durch den engen wirtschaftlichen Kontakt zwischen Handwerk und Landwirtschaft konnten sich aber trotz der genannten Schwierigkeiten eine unter Berücksichtigung der Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nebenbeschäftigung ökonomisch besonders gesunde Betriebsform entwickeln. Die gleichen Feststellungen hinsichtlich der ökonomischen Stabilität gelten auch für die oft anzutreffende betriebliche Ergänzung von Handwerk und Handel, soweit der Handel z.B. eine vorbereitende handwerkliche Tätigkeit zuläßt.¹⁾

Die Zahl der Handwerksbetriebe und der in ihnen beschäftigten Personen hat im Zeitraum von 1952 bis 1956 um 206 bzw. 27 v.H. zugenommen (s.T. 13). Der Zuwachs ist auf die Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen. Aber auch einige Industriebetriebe wirkten anziehend auf das Handwerk. So ist es zu verstehen, daß vorwiegend die Gemeinden Avenwedde, Verl und Liemke die besten ökonomischen Voraussetzungen für den Ausbau des Handwerks boten.

Die Betriebsgrößen liegen mit Ausnahme der Bauhandwerksbetriebe bei 2 bis 3 Beschäftigten. Damit entsprechen die hiesigen Betriebe völlig den Kriterien von Familienwirtschaften, in denen der Betriebsinhaber z.B. mit einem Sohn, Gesellen oder Lehrling tätig ist. Diese Betriebe werden von Generation zu Generation weitervererbt und können oft auf eine lange Vergangenheit zurückblicken.

Handels.- und Verkehrsbetriebe, Banken und Betriebe des öffentlichen Dienstes spielen im Untersuchungsgebiet infolge der angrenzenden Stadt Gütersloh, die für diesen Raum die überörtlichen Funktionen der oben genannten Erwerbszweige übernommen hat, eine geringe Rolle (s.T. 14). Die Aufgabe des Handels besteht hier lediglich darin, die örtliche Bevölkerung mit den Gütern des täglichen Bedarfs zu versorgen.

1) Vgl. Beckermann, T. "Die Anziehungskraft der Städte auf das Handwerk" in "Informationen" Jg. 1959 Heft 9.

Tabelle 14

Zahl der Handels.-Bank.-u.Verkehrsbetriebe
und der Beschäftigten 1956.

		Avenw.	Frdf.	Spex.	Bornh.	Liemke	Oesterw.	Sende	Verl	insg.
Großhandel	Besch.	45	5	10	4	34	5	4	114	221
	Betr.	18	2	3	3	12	3	2	10	53
Einzelhandel	Besch.	98	28	50	10	47	5	13	42	293
	Betr.	56	14	23	6	16	2	3	14	134
Geld, Versich.	Besch.	--	--	--	--	11	4	--	14	26
	Betr.	--	--	--	--	2	1	--	2	5
Verkehr	Besch.	24	2	10	2	24	--	8	2	72
	Betr.	11	1	4	1	4	--	2	1	24
Öffentl. Dienste (geschätzt)	Besch.	50	10	15	--	40	--	60	50	225
sonstige	Besch.	--	--	--	85	196	90	80	140	591

Quelle: Unterlagen der Amtsverwaltungen in Avenwedde und Verl.

Tabelle 15

Anteil der Beschäftigten einzelner Wirtschaftszweige
in v.H. der insgesamt Beschäftigten (Vergleich 1952/1956)

Wirtschaftszweig		Avenw.	Frdf.	Spex.	Bornh.	Liemke	Oesterw.	Sende	Verl
Land.-und Forstwirtschaft	52	32,5	15,7	39,4	72,3	29,4	80,1	70,4	35,0
	56	28,2	13,4	35,9	71,5	26,5	79,3	64,4	29,1
Industrie	52	42,1	----	27,9	8,2	42,4	----	5,2	27,8
	56	44,5	----	27,3	8,1	45,6	----	8,4	30,5
Handel, Verkehr	52	25,4	84,3	32,7	19,5	28,2	19,9	24,4	37,2
Handw. Öff. Dienst	56	27,3	86,6	36,8	20,4	27,9	20,7	27,2	40,4
insgesamt	52	1681	140	660	873	1995	741	653	1359
	56	1931	164	724	881	2205	749	714	1633
Zunahme 52 - 56 abs.		250	24	64	8	210	8	61	274
in v.H.		11,5	11,7	10,0	0,5	10,0	0,5	9,0	12,0

Quelle: Unterlagen der Amtsverwaltungen in Avenwedde und Verl und eigene Berechnungen.

Eine zusammenfassende Gegenüberstellung der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftszweigen soll abschließend einen Gesamtüberblick über die wirtschaftlichen Strukturdifferenzen des Raumes WNO vermitteln.¹⁾ (s. T. 15).

1. Die Zahl der beschäftigten Personen hat in den Jahren 1952 bis 1956 insgesamt um 899 (10,6 %) zugenommen. In den einzelnen Gemeinden ist also eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen im nichtlandwirtschaftlichen Bereich bereitgestellt worden. Den größten Anteil daran hatten die Industriegemeinden Verl, Liemke und Avenwedde. Die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen ist aus den bereits genannten Gründen auf 39,7 v.H. aller Beschäftigten gesunken. Die Entwicklungstendenz läuft auf eine Zunahme der industriell-gewerblich orientierten Bevölkerung hinaus.
2. Die Gegenüberstellung von landwirtschaftlichen und gewerblichen Faktoren aus dem Jahre 1956 trennt die Gemeinden in wirtschaftsstrukturell grundverschiedene Gebiete:
Demnach sind - gemessen an den Relationen aus Tabelle 15 - die Gemeinden folgendermaßen einzustufen:

a) landwirtschaftliche Gemeinden:

Oesterwiehe	79,3 v.H.	der insgesamt in der Gemeinde Beschäftigten sind in der Landwirtschaft tätig.
Bornholte	71,5 v.H.	
Sende	64,4 v.H.	

b) gewerbliche Gemeinden

Friedrichsdorf	86,6 v.H.	der insgesamt in der Gemeinde Beschäftigten sind in Gewerbebetrieben tätig (einschl. öffentliche Betriebe, Schulen usw.).
Liemke	73,5 v.H.	
Avenwedde	71,8 v.H.	
Verl	70,9 v.H.	
Spexard	64,1 v.H.	

Die weiteren Untergliederungen zu b) gehen aus der Tabelle hervor.

1) Bei Tabelle 14 handelt es sich nicht um eine Wiederholung der bevölkerungsstrukturellen Untersuchung. Im Gegensatz dazu geht es hier um die im Raum WNO beschäftigten Personen. Diese Zahlen lassen Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Struktur der Gemeinden zu.

Die Gemeinden Liemke, Verl, Avenwedde und mit Einschränkungen auch Spexard bilden die industriewirtschaftlichen Schwerpunkte des Raumes. In den Gemeinden Sende, Bornholte und Oesterwiehe hat sich dagegen die Landwirtschaft noch nahezu unberührt von industriellen Einflüssen behaupten können.

4. Der kommunale Bereich.

a) Öffentliche Einrichtungen.

In diesem Abschnitt werden die schulischen und kirchlichen Verhältnisse im Raum WNO untersucht.

Die Auswirkungen der unorganischen, ungeplanten Streusiedlung zeichnen sich deutlich in der räumlichen Anordnung der Schulen in den Gemeinden des Raumes WNO ab. Bis zum Jahre 1957 mußten einunddreißig ein- bis achtklassige Volksschulen errichtet werden. (s. T. 16 und K. 6).

Es ist klar, daß die Vielzahl dieser Einrichtungen im Zusammenhang mit einer teilweise unbefriedigenden schultechnischen und unzulänglichen hygienischen Ausrüstung mit dazu beiträgt, daß der Unterricht nicht immer den ihm heute gestellten Anforderungen gerecht werden kann.

Die Abgrenzung der einzelnen Schulbezirke ist nach tragbaren Entfernungen bemessen und beruht damit auf den örtlichen Besiedlungsverhältnissen. So gliedert sich jede Gemeinde nach Anzahl der Schulen in bestimmte Schulbezirke. Es kommt dabei oft vor, daß einige Kinder Schulen in den Nachbargemeinden besuchen bzw. umgekehrt. Diese Form der Gastschulverhältnisse bereitet kommunalpolitisch keinerlei Schwierigkeiten.

Die Grenzlage der Schulen in Eckardtsheim und in Kaunitz erforderte dagegen die Gründung eines Gesamtschulverbandes, einerseits zwischen den Gemeinden Senne I und Sende und andererseits zwischen den Gemeinden Oesterwiehe und Liemke.

Bei der Lösung von allgemeinen Schulproblemen bzw. der Verbesserung der Schulverhältnisse im Raum WNO wird auf die Errichtung moderner achtklassiger Schulen zu achten sein, damit die Aus-

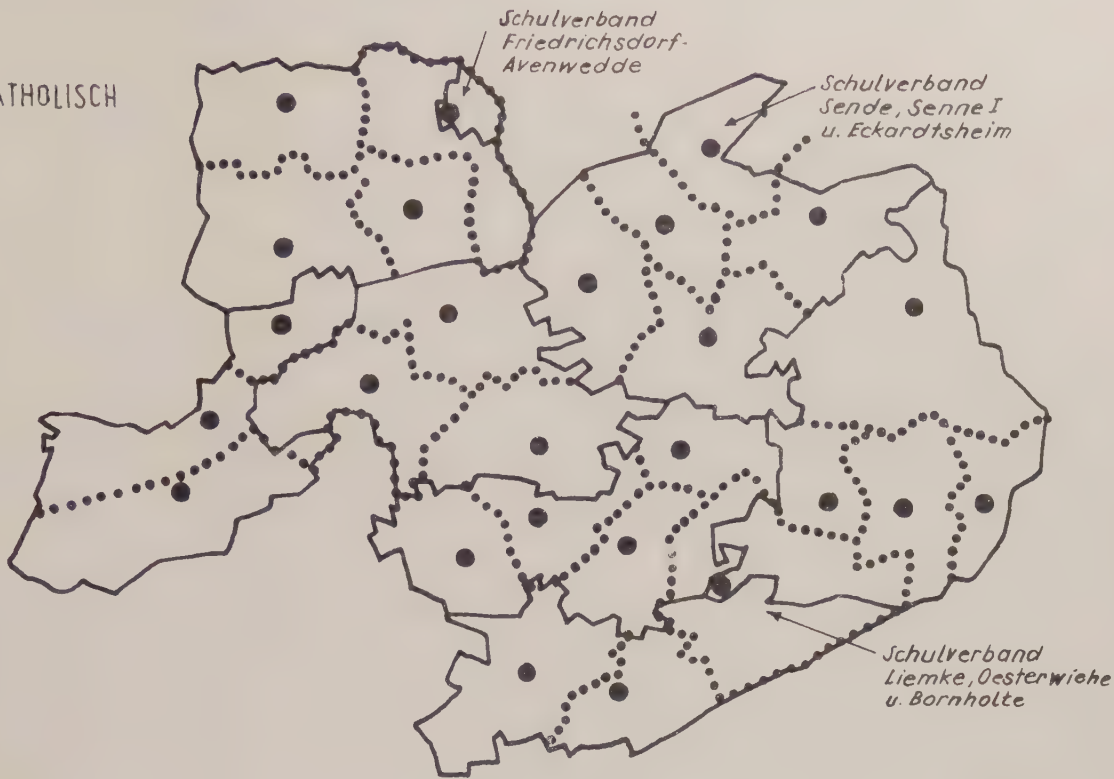
Tabelle 16

Schulverhältnisse 1957

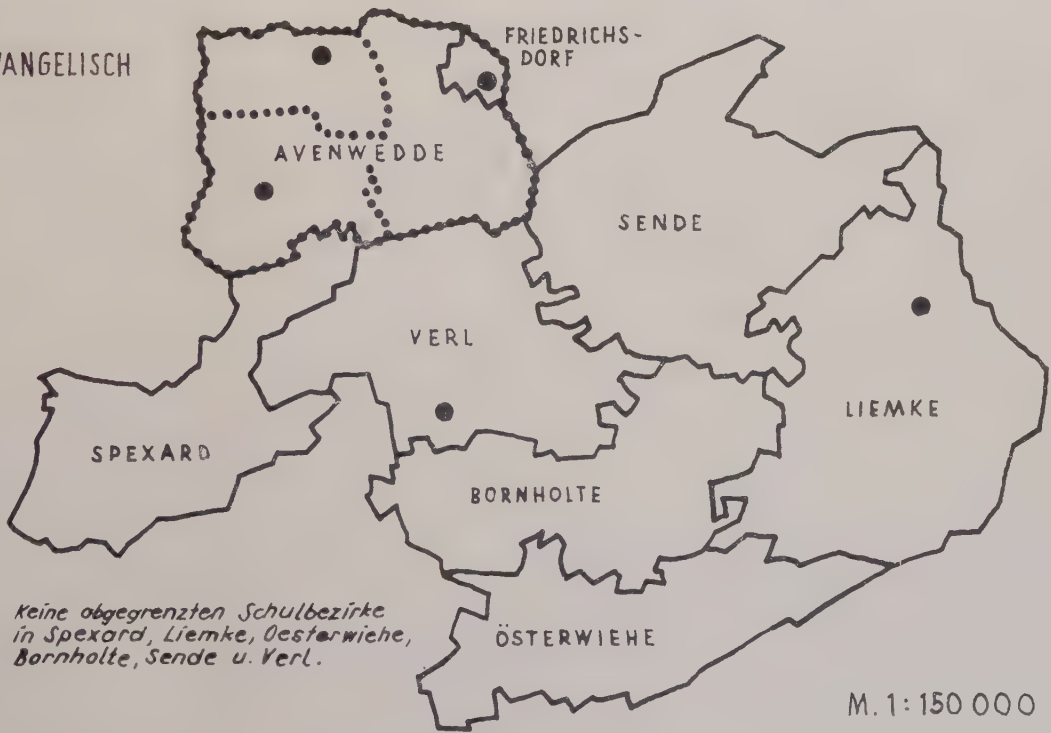
Gemeinde	Schule	Klassen	Räume	Schüler	Schüler pro Klasse	Klassen pro 1000 Einw.
Avenwedde	Kapellensch.	7	9	401	57,4	2,2
	Ev. Schule West	1	1	33	33,0	
	Kath. Bahnh. Sch.	4	3	146	36,6	
	Ev. " "	2	2	81	40,5	
	Kath. Ostsch.	3	3	125	41,7	
Friedr. df.	Kath. Schule	4	5	177	44,3	6,6
	Ev. Schule	2	2	93	46,5	
Spexard	I	2	3	62	31,0	3,3
	II	3	2	92	30,6	
	III	6	4	218	36,4	
Bornholte	Feldschule	2	2	71	35,5	2,9
	Bahnhofschule	3	3	112	37,4	
	Seppler	2	2	51	25,5	
	Meermeier	2	2	61	30,5	
Liemke	Obermeier	3	2	90	30,0	3,8
	Bredengerd	2	1	49	24,5	
	Münsterteicher	3	2	121	40,3	
	Schl. Holte Kath.	8	6	308	38,5	
	" " Ev.	2	2	80	40,0	
	Kaunitz	5	4	169	33,8	
Oesterw.	Spitzkrug	2	2	43	21,5	2,2
	Vorbeck	2	2	45	22,5	
Sende	Ebbinghaus	2	1	43	21,5	2,9
	Elbracht	4	4	152	38,0	
	Brisse	1	1	33	33,0	
	Lehmkuhle	1	1	25	25,0	
	Eckardtsheim Ev.	4	3	95	23,8	
Verl	Kath. Schule	8	7	277	34,6	3,3
	Ev. "	4	4	92	23,0	
	Sürenheide	3	3	140	46,6	
	Widely	2	2	60	30,0	
insgesamt		99	90	3545	35,8	3,1

Quelle: Unterlagen der Amtsverwaltungen in Avenwedde und Verl.

KATHOLISCH



EVANGELISCH



M. 1:150 000

- Gemeindegrenze
- Schulbezirksgrenze - teilweise im Verlauf der Gemeindegrenzen -
- Schulen

Quelle: Nach Unterlagen der Gemeinden

bildung und Erziehung der Kinder der fortschrittlichen Entwicklung in den Städten angeglichen werden kann.

Diese Frage ist jedoch nicht allein von der baulichen Seite her zu lösen, sondern vielmehr nur im Zusammenhang mit einer grundlegenden Änderung der hiesigen Siedlungsstruktur.¹⁾

Die kirchliche Gliederung des Landkreises Wiedenbrück stammt aus weit zurückliegenden Zeiten. Im Raum WNO verliefen ehemals die Grenzen der übergeordneten kirchlichen Zentren Osnabrück und Paderborn. Mit dem Bau neuer Kirchen hat sich die Abgrenzung der Kirchengemeinden gegenüber früher wesentlich geändert.

Das Verhältnis von katholischer zu evangelischer Bevölkerung ist etwa 5 : 1. Ausnahmen bilden die Gemeinden Friedrichsdorf und Sende in ihrem nördlichen Teil mit Eckardtsheim und Wilhelmsdorf.

Lange Zeit war die Pfarrkirche Verl das einzige religiöse Zentrum des Raumes.²⁾ Sie hatte infolgedessen einen weiten Einzugsbereich, worauf auch heute noch die Ausdehnung des Pfarramtsbezirks schließen läßt. Später wurden in Kaunitz und Friedrichsdorf zwei weitere Pfarrkirchen gegründet. Der Kaunitzer Pfarrbezirk setzte sich aus Teilen der damaligen Neuenkirchener und Verler Bezirke zusammen. Der westliche, nicht nach Kaunitz eingegliederte Teil der Gemeinde Oosterwiehe gehört kirchlich noch heute zu Neuenkirchen.³⁾ (s. K. 7).

Inzwischen ist der Raum in sechs katholische Pfarrbezirke gegliedert, und zwar mit den dazu gehörigen Pfarrkirchen in Spexard, Avenwedde, Verl Friedrichsdorf, Schloß Holte und Kaunitz (s. K. 8). Der Bezirk Verl ist in zwei weitere Filialbezirke untergliedert. Die Pfarrbezirksgrenzen stimmen nicht mit den politischen Grenzen überein. An zwei Stellen greifen sie über den Raum WNO hinaus. Andererseits gehören Teile des Raumes auch zu auswärtigen Pfarrbezirken, so in Oosterwiehe und Spexard.

1) Vgl. Meurin, E.: "Heimatgeschichte für die Schulen des Amtes Verl" Oelde 1922.

2) Vgl. Herbort, W.: "Die ländlichen Siedlungslandschaften des Kreises Wiedenbrück um 1820" in "Westfälische geogr. Studien" Münster, Heft 4, 1950, S. 14 ff.

3) Siehe Anmerkung 2.

Es entspricht im Raum WNO einer jahrhundertelangen Gepflogenheit der Bewohner, zu "ihren" Kirchen zu gehen, mit denen sie traditionell verbunden sind und sich nicht in erster Linie nach der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Pfarramtsbezirk zu richten. Hieraus resultieren die Unterschiede zwischen den kirchlichen Einzugsbereichen und den Pfarramtsbezirken.

Neben den sechs katholischen gibt es hier vier evangelische Pfarrbezirke in Schloß Holte, Verl, Friedrichsdorf und Eckardtsheim (s.K.8). In ähnlicher Weise wie bei den katholischen Kirchengemeinden sind auch bei der Einteilung der evangelischen Pfarrbezirke die politischen Grenzen nicht eingehalten worden.¹⁾

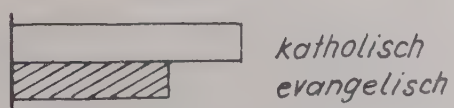
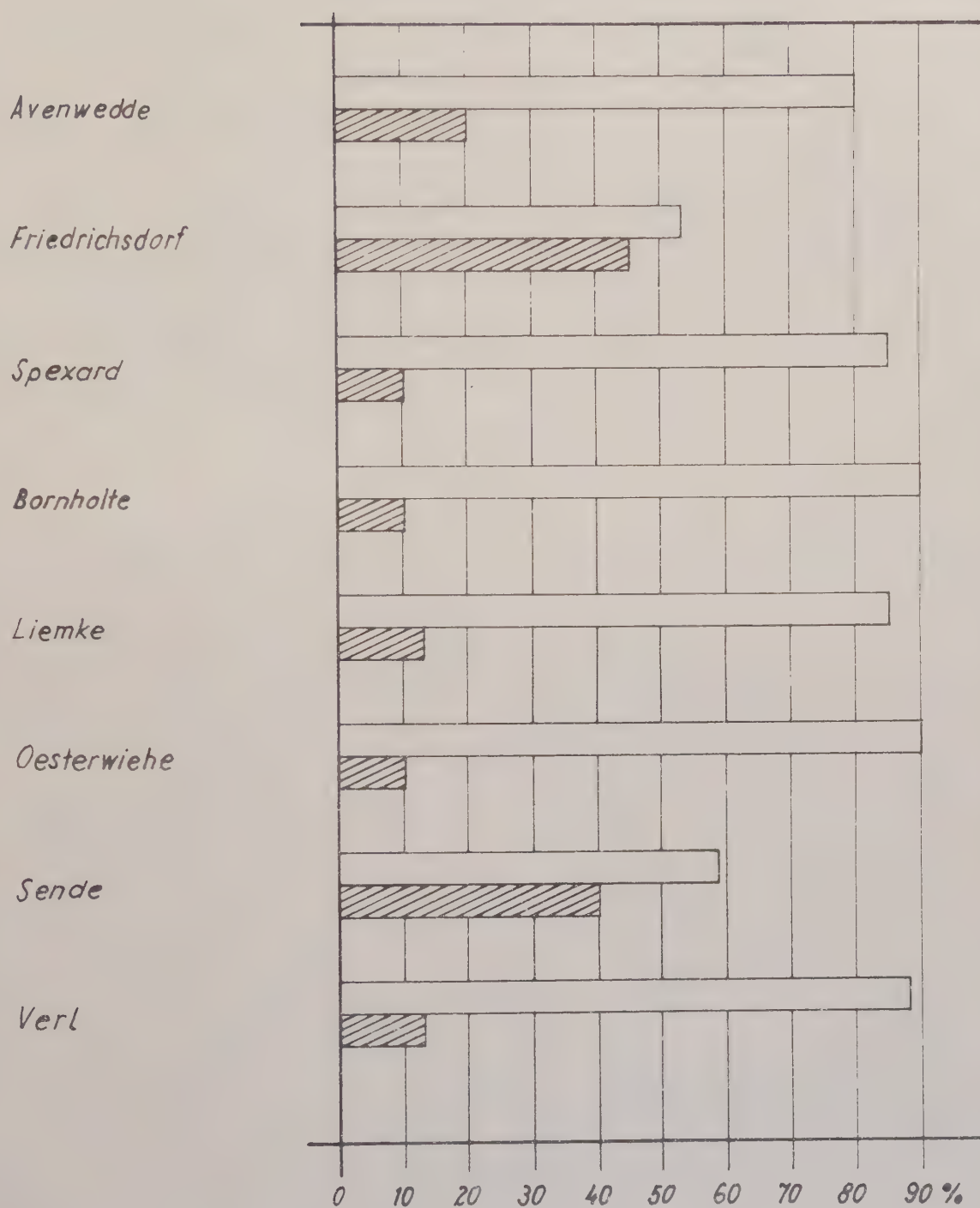
b) Gemeindefinanzen.

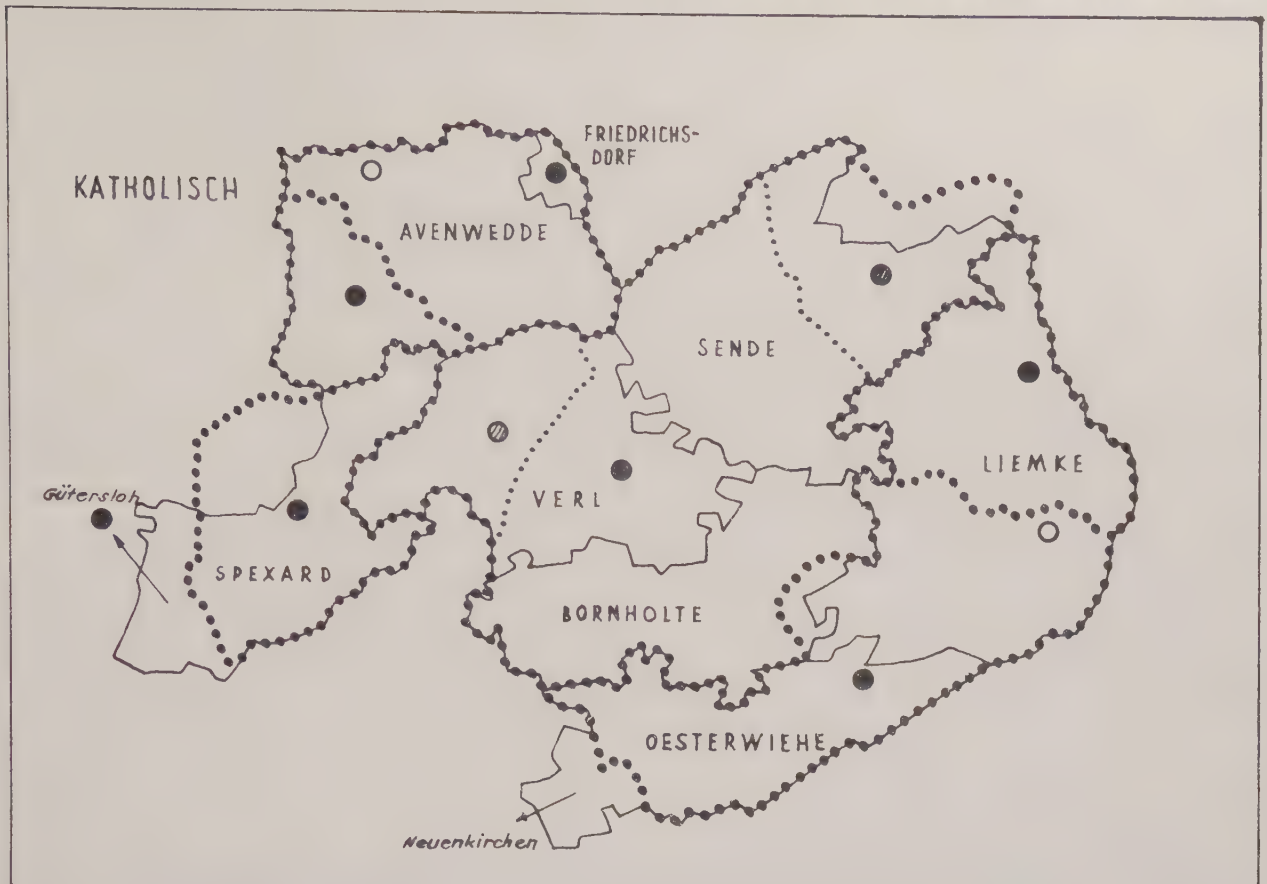
Die nachfolgende Untersuchung befaßt sich mit den kommunalen Finanzen, die in ihrer Bindung an den Raum bei bestimmten raumordnungspolitischen Maßnahmen problematisch werden könnten. Dies betrifft vor allem einige steuerliche Einnahmequellen, die im Rahmen der Kommunalpolitik als entscheidende Daten für die Beurteilung ökonomischer und räumlicher Probleme gelten.²⁾

Überragende Bedeutung haben auf der Einnahmeseite der Gemeinden die stark an örtliche Gegebenheiten anknüpfenden Gewerbe,- und Grundsteuern. Die Gewerbesteuern reagieren naturgemäß stark auf die wirtschaftlich-gewerbliche Entwicklung der Gemeinden und auf den allgemeinen konjunkturellen Ablauf der Wirtschaft. Die Grundsteuern sind dagegen ein krisenfester Bestandteil der Einnahmen. Sie können jedoch nicht elastisch an den jeweiligen Finanzbedarf angepaßt werden, da für die Besteuerung des Grund und Bodens immer noch die Einheitswerte von 1935 gelten und demnach die Steigerung des Preisniveaus in dieser Steuerart unberücksichtigt geblieben ist.

1) Vgl. Flaskamp, F. "Die Kirchenbücher des Kreises Wiedenbrück" Rietberg 1934.

2) Vgl. Frank, L. "Finanzpolitische Mittel in der Raumordnung" in "Informationen" 1956, Heft 1.





M. 1:150 000

- Gemeindegrenze
- Pfarrbezirksgrenze
- Filialbezirksgrenze
- Kirche ohne Pfarrbezirk
- zugehörige Kirche
- " " "

Quelle: Nach Unterlagen der kath. und evangel. Pfarrämter

Die Finanzgestaltung war in allen Gemeinden unterschiedlich und folgte fast genau den ökonomischen Strukturdivergenzierungen nach landwirtschaftlichen bzw. gewerblichen Besteuerungsobjekten und den Bedingungen langsamer oder intensiver wirtschaftlicher Entwicklung. So war z.B. die Zusammensetzung und Höhe der steuerlichen Einnahmen in Avenwedde aus den genannten Gründen anders als in Oesterwiehe oder Sende. (s. T.17).

Ein Rückblick auf die Entwicklung der Haupteinnahmequellen im Zeitraum von 1950 bis 1956 zeigt folgendes Ergebnis:

1. Die Einnahmen der Grundsteuer A sind relativ konstant geblieben.
2. Die Einnahmen der Grundsteuer B haben zugenommen. Dies ist in erster Linie auf die zunehmende Besiedlung und die Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen in fiskalisch höher bewertete Baugrundstücke zurückzuführen.
3. Die Gewerbesteuereinnahmen sind auf der Grundlage der gewerblichen Entwicklung in den einzelnen Gemeinden um DM 822.919,-- bzw. 230 v.H. gestiegen. Das gesamte Gewerbesteueraufkommen des Raumes war im Jahre 1950 mit DM 362.209,-- noch um ca. DM 1.000,-- niedriger als das der Gemeinde Liemke im Jahre 1956 mit DM 363.163,-- (Avenwedde folgte mit geringem Abstand).
4. Die größten Steuereinnahmen hatten die Gemeinden Liemke, Avenwedde und Verl. Die steuerlichen Einnahmen der landwirtschaftlichen Gemeinden Sende, Bornholte und Oesterwiehe lagen jeweils bei ca. 75.000,-- DM. Aus diesen Zahlen erfolgt erneut ein Hinweis auf die wirtschaftliche Struktur der Gemeinden und die strukturellen Gegensätze in Liemke, Avenwedde, Verl einerseits und Bornholte, Oesterwiehe, Sende andererseits.

Die Unterschiede in den gesamten Steuereinnahmen besagen noch nicht sehr viel im Hinblick auf die Realsteuerkraft der Gemeinden.¹⁾

Das Niveau der Realsteuerkraft war 1950 in allen Gemeinden sehr niedrig. (s. T 18). Noch weit unter dem Durchschnitt lagen die Gemeinden Bornholte, Oesterwiehe und Sende. In diesen Zahlen zeichnen sich deutlich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der

1) Realsteuerkraft = Summe der Grund- und Gewerbesteuern pro Einwohner.

Tabelle 17

Haupteinnahmequellen (Grund.-und Gewerbesteuern in DM).

Einnahmequelle	Avenw.	Frdf.	Spex.	Bornh.	Liemke	Oesterw.	Sende	Verl	insg.
1950									
Grundsteuer A	17750	325	10953	15800	18000	11201	14700	14600	103329
Grundsteuer B	43192	9413	11767	8851	32124	8302	15974	34259	163382
Gewerbesteuer	122189	9153	29870	9636	92802	18641	8424	61494	352209
1952									
Grundsteuer A	17768	349	10680	16062	17841	12784	15083	14527	105094
Grundsteuer B	44557	9480	14311	9578	36742	6740	15700	41278	178386
Gewerbesteuer	226681	10362	66212	32666	147956	32102	29744	130526	676249
1956									
Grundsteuer A	17300	283	10124	16029	18110	12378	15105	14009	103338
Grundsteuer B	55611	10271	18886	10491	45264	8100	18411	45800	216834
Gewerbesteuer	321676	26706	111528	46641	363163	47488	46554	221372	1185128
insgesamt 50. absolut	183131	18891	62590	34287	142926	38144	39098	110353	619420
in v.H.	100	100	100	100	100	100	100	100	100
insgesamt 52. absolut	289006	20191	91203	58306	202539	51626	60527	186331	959729
in v.H.	158	106	146	171	141	135	155	169	153
insgesamt 56. absolut	398587	37260	140538	73161	426537	67966	80070	281181	1505300
in v.H.	218	197	224	214	298	178	205	256	241

Quelle: Unterlagen der Gemeinden.

ersten Nachkriegszeit ab, in den oben genannten Gemeinden jedoch auch besonders wirtschaftliche Schwächen, die auf strukturelle Mängel, auf eine zu einseitig ausgerichtete Wirtschaftsstruktur zurückzuführen sind.¹⁾

Tabelle 18

Realsteuerkraft der Gemeinden in DM 1950 und 1956.

Gemeinde	Grundsteuer A u. B u. Gewerbesteuer 1950	Grundsteuer A u. B u. Gewerbesteuer 1956	Veränderungen v. H.
Avenwedde	29,50	54,00	+ 83 %
Friedrichsdorf	23,90	41,60	+ 74 %
Spexard	28,90	44,70	+ 54 %
Bornholte	11,45	23,30	+ 104 %
Liemke	26,60	70,50	+ 166 %
Oesterwiehe	18,50	35,10	+ 90 %
Sende	10,30	15,90	+ 54 %
Verl	26,00	57,20	+ 120 %
Durchschnitt	22,80	46,40	+ 103 %
Quelle : Nach Unterlagen der Gemeinden.			

Die industriell-gewerbliche Entwicklung trug seit 1950 zur finanzwirtschaftlichen Stärkung aller Gemeinden bei. Die Gemeinden Bornholte, Oesterwiehe und Sende blieben aber auch 1956 noch weit unter dem für den gesamten Raum geltenden Durchschnittswert (s. K. 9).

Zwischen den Industriezentren der Städte Bielefeld und Gütersloh einerseits und dem Raum WNO andererseits bestehen zahlreiche Pendlerverhältnisse, die sich positiv auf die Erzielung von Einnahmen ausgewirkt haben. Im Jahre 1950 war der auf dieser Situation beruhende Anteil der Gewerbesteuerausgleichseinnahmen an den gesamten Steuereinnahmen mit 2,4 v. H. bis 5,0 v. H. noch relativ gering. Im Jahre 1956 stieg dieser Anteil bis auf 24,9 v. H. an (s. T. 19). In einigen Gemeinden lag damit der Anteil der lokalen Gewerbesteuer bereits unter den Einnahmen aus dem Gewerbesteuerausgleich d. h. unter den Einnahmen aus den Steuerquellen anderer Gemeinden.

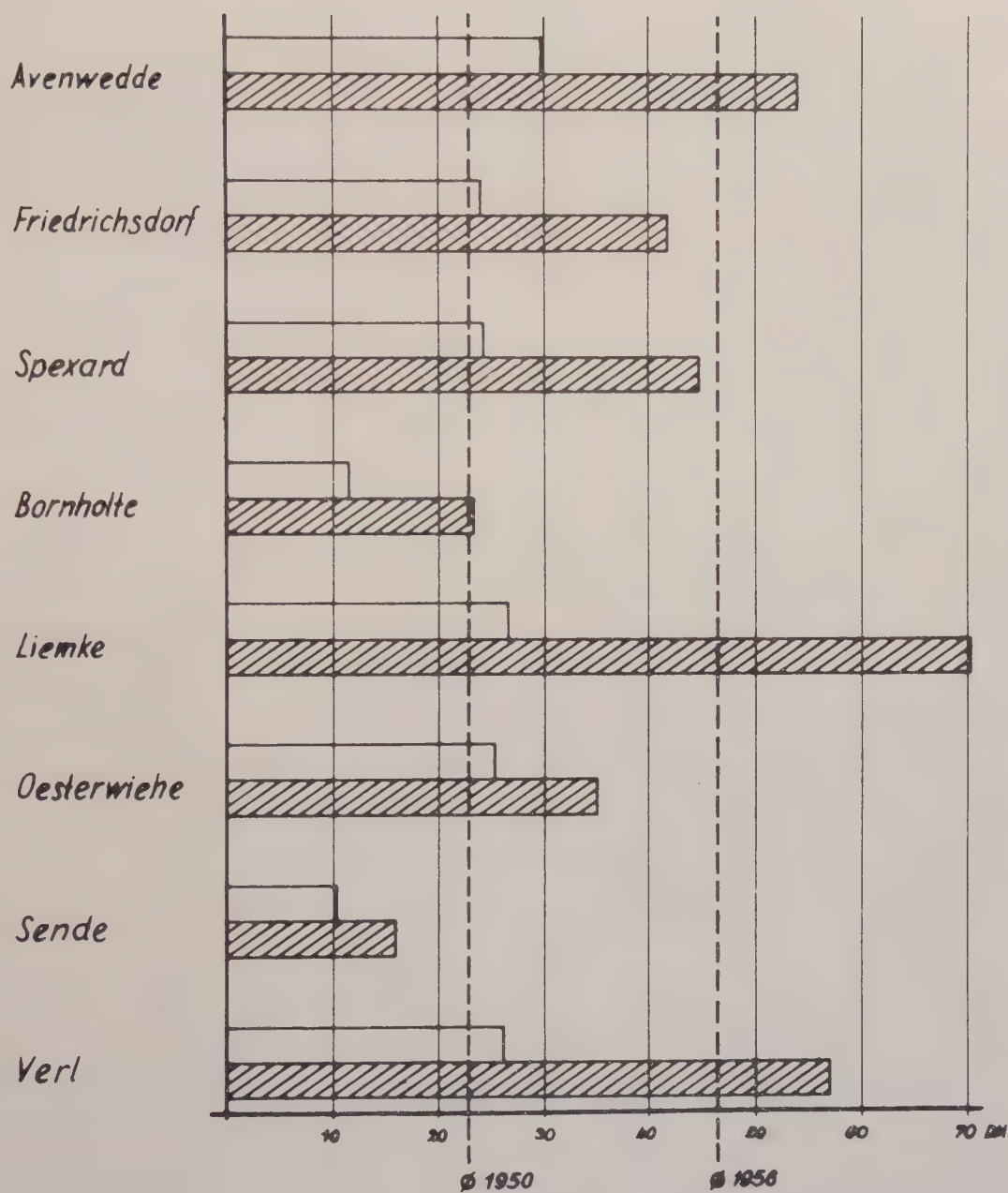
1) Vgl. Teil A, Abs. II.

Tabelle 19

Anteil einzelner steuerlicher Einnahmequellen
an den gesamten Einnahmen 1950 und 1956.

Einnahmequelle	Avenw.	Frdf.	Spex.	Bornh.	Liemke	Oesterw.	Sende	Verl
Schlüsselzuweisung 1950	23,7	17,1	34,0	35,0	27,8	30,6	45,0	15,5
1956	18,8	19,3	16,5	32,1	14,2	30,8	48,2	19,8
Grundsteuer A 1950	4,6	0,9	1,0	10,3	6,6	10,2	7,5	5,2
1956	2,5	0,3	2,8	5,3	2,3	7,4	4,0	2,4
Grundsteuer B 1950	11,6	24,9	1,1	5,8	11,7	7,6	8,1	12,5
1956	8,7	12,4	5,2	3,5	5,7	4,8	4,9	8,2
Gewerbsteuer 1950	36,2	24,2	39,7	6,3	33,8	17,0	4,3	21,9
1956	47,0	32,2	30,2	15,6	46,2	28,1	12,4	37,8
Gewerbsteuer- ausgleich 1950	3,1	4,6	5,0	5,0	3,9	2,4	3,8	2,7
1956	20,3	23,4	22,8	24,9	12,1	23,8	20,3	18,2
insgesamt 1950	79,2	71,7	80,8	62,4	83,8	67,8	68,7	57,8
1956	97,3	87,6	75,5	81,4	80,5	94,9	89,8	86,4

Quelle: Unterlagen der Gemeinden.



Der Strukturuntersuchung lagen neben den bereits genannten Quellen folgende allgemeine Literatur.-und Berichtsquellen zugrunde:

Amtsverwaltung Avenwedde "Amt Avenwedde einst und jetzt"
Bielefeld 1952.

Verwaltungsberichte der Amtsverwaltungen Avenwedde und Verl.

Raumordnungsplan Senne für das Gebiet zwischen Bielefeld und Paderborn, Bezirksplanungsstelle Detmold.

Eickhoff, H. "Der Kreis Wiedenbrück in Vergangenheit und Gegenwart" Wiedenbrück 1921.

Flaskamp, F. "Untersuchungen zur Geschichte des Kreises Wiedenbrück" Rietberg 1934.

Kreisheimatbund Wiedenbrück "Heimatkunde des Kreises Wiedenbrück" Gütersloh 1927.

Lütkemeyer, H.G. "Der Kreis Wiedenbrück gestern und heute"
Wiedenbrück 1953.

Müller-Wille, W. "Die Naturlandschaften Westfalens" in "Westfälische Forschungen" Münster 1942, Bd. 5.

Rothert, H. "Friedrichsdorf, eine Siedlung des späten 18. Jahrhunderts" Gütersloh 1938.

Spar.-und Darlehnskassenverein Verl "Heimatsbuch des Verler Landes" Verl 1936.

Wiemeyer, P. "Die Wirtschaftsstruktur des Kreises Wiedenbrück"
Köln 1951.

II. Daten des funktionalen Raumzusammenhangs.

1. Der übergeordnete Raum.

Der großräumige Beziehungszusammenhang zwischen dem Raum Wiedenbrück-Nordost und den Städten Gütersloh und Bielefeld-Brackwede zeichnet sich ab durch eine Polarität in der räumlichen Anordnung wirtschaftlicher Faktoren, durch eine regional gegliederte, funktionale Zuordnung von Industriezentren und Arbeiterwohnstätten, von Stadt und Umland. Die Entwicklung der hiesigen Wirtschaftsstruktur läuft auf die Bildung einer eigenen, dem gesamten Raum in bestimmter Weise zugeordneten Region hinaus.

Zwischen dem städtischen und dem ländlichen Bereich des Großraumes herrschen vielfache Beziehungen, von denen die Pendelwanderung zwischen Arbeits- und Wohnstätte eines der bedeutendsten Merkmale räumlicher Verflechtung ist. Sie resultiert aus vielfachen Standortverschiedenheiten wirtschaftlich ergänzungsbedürftiger Faktoren in fest abgegrenzten Räumen. Aus der räumlichen Trennung von Produktions- und Konsumtionsstätten u.a. erklären sich auch die jeden Raum beherrschenden Zusammenhänge und Verflechtungen regional verschiedener Märkte. Soweit diese allgemeine Situation noch durch die im übergeordneten Raum vorhandenen wirtschaftlichen Diskrepanzen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten stärker ausgeprägt wird, birgt sie gewisse Gefahren einer Fehlentwicklung in sich, bei vernünftiger raumordnerischer Lenkung jedoch auch die Möglichkeit zur ökonomischen Integration verschiedener Räume bzw. zur Beseitigung eines sozialen Gefälles zwischen Stadt und Land, zur Gestaltung eines einheitlichen Lebensraumes, dem Stadt und Land als gleichberechtigte Partner angehören.¹⁾

a) Der Wirtschaftsraum Bielefeld-Brackwede.

Die wirtschaftlichen Funktionen des Raumes WNO werden in zwei Richtungen gelenkt, nach Bielefeld und Gütersloh.

Die Stadt Bielefeld ist ein Raum industrieller Prägung. Die industrielle Betätigung ist der Produktion von Fertigerzeugnissen

1) Vgl. Teil A, Abs. II, 3 a).

des Konsum- bzw. Investitionsgütermarkts gewidmet unter Beteiligung fast aller Industriezweige, mit Ausnahme schwerindustrieller Betriebe.

Die räumliche Situation Bielefelds kann durch zwei Daten gekennzeichnet werden. Mit ca. 173.000 Einwohnern ist die Stadt nahezu übervölkert. Die Vielzahl der gewerblichen Betriebe und ihre Entwicklung, die ungeheure Ballung von Arbeitsplätzen, der nicht zu deckende Bedarf an Bauplätzen charakterisieren die akute Raumnot. Die Konzentration der wirtschaftlichen Faktoren auf engstem Raum behindert bzw. verhindert vielfach die natürliche Entwicklung der Stadt hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und bevölkerungsmäßigen Grundlagen.¹⁾

Dieser letztere Tatbestand wird verdeutlicht durch das Verhältnis von Arbeitsplätzen und arbeitsfähiger Bevölkerung. Die Arbeitskraftreserve der einheimischen Bevölkerung weist ein tägliches Defizit von fast 30.000 Personen auf. Diese Lücke wird durch Einpendler aus dem näheren und weiteren Umland Bielefelds, aus Gemeinden mit Arbeitskraftüberschüssen geschlossen.

So zog die industrielle Agglomeration in der Stadt Bielefeld sehr rasch die umliegenden Gemeinden an den Arbeitsmarkt und damit direkt an den Entwicklungsprozeß der Stadt heran. Der Sog der Stadt macht sich in dem untersuchten Raum so deutlich bemerkbar, daß er hier zu einem zentralen, die Wirtschaftsstruktur bestimmenden Faktor geworden ist. Im gleichen Sinne ist die Stadt Brackwede in ihrem Verhältnis zum Raum WNO zu nennen.

Zwischen Bielefeld und dem Raum WNO liegen die Gemeinden Senne I und II. Es ist klar, daß der Einfluß der Stadt auf diese Gemeinden räumlich unmittelbarer und wesentlich intensiver wirkt. Das geht aus ihrer explosiven, überstürzten wirtschaftlichen Entwicklung hervor. In neuerer Zeit bahnen sich auch von diesen Gemeinden aus zum Raum WNO wechselseitige Beziehungen wirtschaftlicher Art an, sozusagen im sekundären Ausstrahlungsbereich der Stadt Bielefeld.

1) Vgl. Weinheimer, J.: "Ballungen, Versuch zur Bestimmung ihrer Grenzen und Intensität" in "Raumforschung und Raumordnung" Jg. 1957.

Die räumlichen Verhältnisse der Stadt Bielefeld, der unter kommunalpolitischen Gesichtspunkten unabgegrenzte städtische Bereich, die überquellende Entwicklung mit den zufallsbehafteten unerwünschten Nebenerscheinungen in den Nachbargemeinden führten dazu, Bielefeld durch den Bau einer neuen Stadt zu entlasten. Die zukünftige Bedeutung dieses Projektes für den Raum WNO wird in einem weiteren Abschnitt erörtert.¹⁾

b) Der Wirtschaftsraum Gütersloh.

Das industrielle Fundament der Stadt Gütersloh setzt sich aus zahlreichen Betrieben zusammen, in denen vorwiegend Konsumgüter hergestellt werden. Wie im Falle Bielefeld reicht die Kapazität des städtischen Arbeitsmarktes für die Ansprüche der heimischen Industrie bei weitem nicht aus. Der Wirtschaftsraum der Stadt hat sich daher über die eigenen Grenzen hinaus weit in das umgebende ländliche Gebiet ausgedehnt und Arbeitskräfte aus dem gesamten Raum WNO in den städtischen Arbeitsprozeß hineingezogen.

Die erweiterten Wirtschaftsräume der Stadtbereiche Bielefeld-Brackwede und Gütersloh treffen im Raum WNO aufeinander. Diese verschiedenen Wirkungsbereiche führten zu wirtschaftsstrukturellen Differenzierungen zwischen den Gemeinden Liemke und Sende einerseits²⁾ und den übrigen Gemeinden andererseits und - wie noch zu zeigen sein wird - zu räumlichen Differenzierungen der den obigen Zentren zugeordneten wirtschaftlichen Funktionen, die den Raum WNO ebenfalls in die bereits genannten Teilräume aufspalten.

Infolge der Grenzlage zum Raum WNO sind die Beziehungen von Gütersloh unmittelbarer und nachbarschaftlicher als die von Bielefeld über die zwischengelagerten Gemeinden Senne I und II hinweg. Das engere räumliche Verhältnis bewirkte dabei einen wesentlich intensiveren Verflechtungszusammenhang von Gütersloh und dem Raum WNO³⁾ in dem sich alle möglichen wirtschaftlichen, kulturellen, soziologischen und räumlichen Bindungen ergeben.

1) Vgl. Voigt, H. und Landesplanungsgemeinschaft Westf. "Der Wirtschaftsraum Bielefeld und das Planungsvorhaben Sennestadt" Münster.

2) Siehe Teil B, I, 3. d).

3) Mit zunehmender Entfernung der Gemeinden von Gütersloh läßt die Intensität nach. Die Verflechtung geht über in einen räumlich lockeren Beziehungszusammenhang, ähnlich wie zwischen Bielefeld und dem Raum WNO.

Gegenüber Bielefeld bestehen bei Gütersloh auch noch Unterschiede darin, daß hier keine Raumnot herrscht und damit die Veranlassung zur räumlichen Ausdehnung über die kommunalen Grenzen hinweg nicht gegeben ist, obgleich die Ausbreitung verschiedener städtischer Siedlungsflächen bis an die Grenzen der Landgemeinden Avenwedde und Spexard Grund genug für die gegenteilige Vermutung sein könnte.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die räumliche und wirtschaftliche Situation des Raumes WNO innerhalb der übergeordneten Wirtschaftszonen Bielefeld - Brackwede und Gütersloh durch typische Kriterien als städtisches Umland gekennzeichnet ist, und daß hinsichtlich der Beziehungsintensität zu den Gütersloher und Bielefelder Kräftefeldern wegen der ungleichen Entfernungen graduelle Unterschiede bestehen.

Es scheint so, als sei der Raum WNO harmonisch in das Gesamtsystem von übergeordneten Zentren einerseits und zugeordnetem Umland andererseits eingegliedert. Dennoch bleibt die wichtige Frage zu untersuchen, wie weit es sozialökonomisch vertretbar ist und es einer kommunalwirtschaftlich optimalen Entwicklung der Gemeinden entspricht, daß das eigenständige, auf Unabhängigkeit und Selbständigkeit gerichtete Wirtschaftsleben fast ganz dem mächtigen städtischen Einfluß unterliegt.^{1,2)}

2. Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land.

a) Das Pendlerwesen.

Im landwirtschaftlichen Bereich des Raumes WNO sind - wie fast überall - Betrieb und Haushalt bzw. Wohnstätte eine festgefügte Einheit geblieben, die eine nahezu vollständige Identität von Arbeits.- und Wohnbevölkerung und den in der betreffenden Gemeinde beschäftigten und wohnhaften Erwerbspersonen gewährleistet. Der Begriff Pendelwanderung ist im landwirtschaftlichen Sektor der Gemeinden fast unbekannt.

1) Vgl. Eickholz, W. "Die wirtschaftliche Entwicklung Güterslohs bis zum Beginn des zweiten Weltkriegs" Köln 1952.

2) Vgl. Eickhoff, H. "Geschichte der Stadt Gütersloh" Gütersloh 1904.

Im nichtlandwirtschaftlichen industriell-gewerblichen Bereich ist die in der Landwirtschaft gültige Verbindung von Arbeits- und Wohnstätten unaufhaltsam abgebaut worden. Es war nicht mehr möglich, die zahlreichen nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen in den Gemeinden des Raumes WNO zu beschäftigen. Dieser Tatbestand hat, begünstigt durch die verkehrsoffene Lage des Großraumes, eine große Zahl von über die Gemeindegrenzen hinausgreifenden Arbeitsverhältnissen nach sich gezogen.

Die Ursachen der Pendelwanderung sind also allgemeinwirtschaftlich mit der ökonomischen Desintegration der Wirtschaftsgebilde Haushalt und Betrieb und in regionaler Hinsicht mit der Tatsache verschieden strukturierter und unterschiedlich entwickelter Wirtschaftsräume verbunden.

Bei der Analyse der vielfachen arbeitswirtschaftlichen Beziehungen und Verflechtungen sind die Unterschiede zwischen Auspendlern und Einpendlern, zwischen Wohnort und Zielort, zwischen Untersuchungsgebiet und "Außengebiet" zu beachten. Erst nach Kenntnis dieser Verhältnisse ist es möglich, sich ein Bild über die Gesamtsituation und dann im Zusammenhang mit der bisherigen Strukturanalyse über den Charakter der einzelnen Gemeinden und ihre wirtschaftliche Position im Großraum zu verschaffen.

In den Jahren 1950 und 1955 übertraf die Zahl der Auspendler in allen Gemeinden die der Einpendler (s. T. 20). Die Entwicklung zeigte sogar, daß mit Ausnahme von Liemke der Überschuß erheblich zunahm z.B. besonders in der Gemeinde Verl! Die entsprechenden Veränderungen sind im einzelnen

- a) auf die größere Zunahme der Auspendler gegenüber den Einpendlern in den Gemeinden Avenwedde, Spexard, Bornholte, Oesterwiehe und Sende,
 - b) auf eine Zunahme der Auspendler und eine gleichzeitige Abnahme der Einpendler in den Gemeinden Friedrichsdorf und Verl und
 - c) auf eine größere Zunahme der Einpendler gegenüber den Auspendlern in der Gemeinde Liemke
- zurückzuführen.

Tabelle 20

Pendelwanderer 1950 und 1955.

	Ivenw.	Frdf.	Spex.	Bornh.	Liemke	Oesterw.	Sende	Verl	insg.
Auspendler 1950	1359	204	565	689	955	298	600	733	5403
1955	1882	246	924	905	1248	438	931	1317	7891
Entw. 50 - 55									
Zunahme absolut	523	42	359	216	293	140	331	584	2488
Abnahme absolut	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Zunahme in v.H.	38,6	20,5	63,7	31,4	30,8	46,9	55,2	79,6	
Abnahme in v.H.	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Einpendler 1950	232	66	80	28	39	21	42	536	1044
1955	515	44	164	61	565	26	53	384	1812
Entw. 50 - 55									
Zunahme absolut	283	--	84	33	526	5	11	--	942
Abnahme absolut	--	22	--	--	--	--	--	152	174
Zunahme in v.H.	122,0	--	105,0	118,0	1350,0	23,0	26,3	--	
Abnahme in v.H.	--	33,3	--	--	--	--	--	28,4	
Auspendlerüber- schuß									
1950	1127	138	485	661	916	277	558	197	4359
1955	1367	202	760	844	683	412	878	933	6079

Quelle: 1950 Gemeindestatistik des Landes NW, Volkszählung 1950, Heft 15.
1955 Unterlagen der Gemeinden.

Die genauen absoluten und relativen Werte gehen aus der Tabelle hervor. Dennoch sollen die extremen Veränderungen besonders erörtert werden. So hebt sich die Gemeinde Liemke durch die Entwicklung der Einpendlerzahl von 1950 bis 1955 um + 1350 v.H. als wachsende Betriebsgemeinde von den übrigen Gemeinden ab. In der Gemeinde Verl ist die Entwicklung durch die Zunahme der Auspendler und gleichzeitige Abnahme der Einpendler dagegen genau umgekehrt verlaufen.

Der Anteil der Frauen an den Auspendlern betrug 1955 im Durchschnitt 24 v.H., an den Einpendlern dagegen nur 16 v.H. (s. T. 21).

Tabelle 21				
<u>Anteil der Frauen an den Aus- bzw. Einpendlern 1955</u>				
Gemeinde	Auspender		Einpendler	
	absolut	v.H.	absolut	v.H.
Avenwedde	555	30,0	42	8,2
Friedrichsdorf	70	28,5	4	9,1
Spexard	202	22,0	6	3,6
Bornholte	192	21,1	7	11,5
Liemke	257	20,6	125	22,0
Oesterwiehe	84	19,2	3	11,5
Sende	219	23,5	9	17,0
Verl	275	20,9	89	23,1
Quelle: Nach Angaben der Gemeinden				

Seit 1950 haben sich auch erhebliche Veränderungen in der Richtung der Pendelwanderströme ergeben. Wie aus der Tabelle bekannt ist, hat die Zahl der Auspendler aus dem Raum WNO insgesamt von 5.403 auf 7.891 = 2.488 oder um 46 v.H. zugenommen. Als Haupteinzugsbereiche kamen 1950 die Städte Gütersloh und Brackwede-Bielefeld in Frage, seit 1955 zusätzlich die Gemeinden Senne I und II.¹⁾ die sich unter dem Einfluß von Bielefeld zu industriellen Betriebsgemeinden entwickelt haben (s. T. 22).

1) Bezüglich der Gemeinde Senne II zeichnet sich bereits der Einfluß der im Bau befindlichen Sennestadt ab.

Tabelle 22

Auspendler in die Hauptbetriebsgemeinden.

Gemeinde		Gütersloh		Bielefeld Brackwede		Senne I Senne II		Hauptbe- triebsgem. insgesamt	
		1950	1955	1950	1955	1950	1955	1950	1955
Avenwedde	Auspendler abs.	1018	1341	190	257	24	140	1232	1738
	Auspendler v.H.	74,9	71,3	14,0	13,7	1,8	7,4	90,7	92,4
	Anteil a.d.Ausp. des Raumes WNO	18,8	17,0	3,5	3,3	0,4	1,8	22,7	22,1
Friedr. dorf	Auspendler abs.	59	56	84	70	32	77	175	203
	Auspendler v.H.	28,8	22,8	41,2	28,5	15,7	31,3	85,7	82,6
	Anteil a.d.Ausp. des Raumes WNO	1,1	0,7	1,6	0,9	0,6	1,0	3,3	2,6
Spexard	Auspendler abs.	515	847	---	6	---	---	515	853
	Auspendler v.H.	91,2	91,7	---	0,7	---	---	91,2	92,4
	Anteil a.d.Ausp. des Raumes WNO	9,5	10,7	---	0,1	---	---	9,5	10,8
Bornholte	Auspendler abs.	456	552	20	19	5	46	481	617
	Auspendler v.H.	66,2	61,0	2,9	2,1	0,7	5,1	69,8	68,2
	Anteil a.d.Ausp. des Raumes WNO	8,4	7,0	0,4	0,2	0,1	0,6	8,9	7,8
Liemke	Auspendler abs.	147	109	528	449	80	493	755	1051
	Auspendler v.H.	15,4	8,8	55,3	36,2	8,4	39,5	79,1	81,5
	Anteil a.d.Ausp. des Raumes WNO	2,7	1,4	9,8	5,7	1,5	6,3	14,0	13,4
Oester- wiehe	Auspendler abs.	164	202	12	---	---	---	176	202
	Auspendler v.H.	55,0	46,2	4,0	---	---	---	59,0	46,2
	Anteil a.d.Ausp. des Raumes WNO	3,0	2,5	0,2	---	---	---	3,2	2,5
Sende	Auspendler abs.	82	119	343	260	63	386	488	705
	Auspendler v.H.	13,7	12,8	57,2	27,9	10,5	41,4	81,4	82,1
	Anteil a.d.Ausp. des Raumes WNO	1,5	1,5	6,4	3,3	1,2	4,9	9,1	9,7
Vörl	Auspendler abs.	583	963	56	61	7	59	646	1083
	Auspendler v.H.	75,6	73,2	7,6	4,6	1,0	4,5	88,2	82,3
	Anteil a.d.Ausp. des Raumes WNO	10,8	12,2	1,0	0,8	0,1	0,8	11,0	13,0
insgesamt	Auspendler abs.	3024	4189	1233	1122	211	1201	4468	6512
	Anteil a.d.Ausp. des Raumes WNO	55,8	53,0	22,9	14,3	3,9	15,4	82,6	82,7

Quelle: Gemeindestatistik NW, Sonderreihe Volkszählung 1950, Heft 8 a
und Unterlagen der Gemeinden (1955).

Die Situation in der Periode 1950 bis 1955 war durch folgende Faktoren gekennzeichnet:

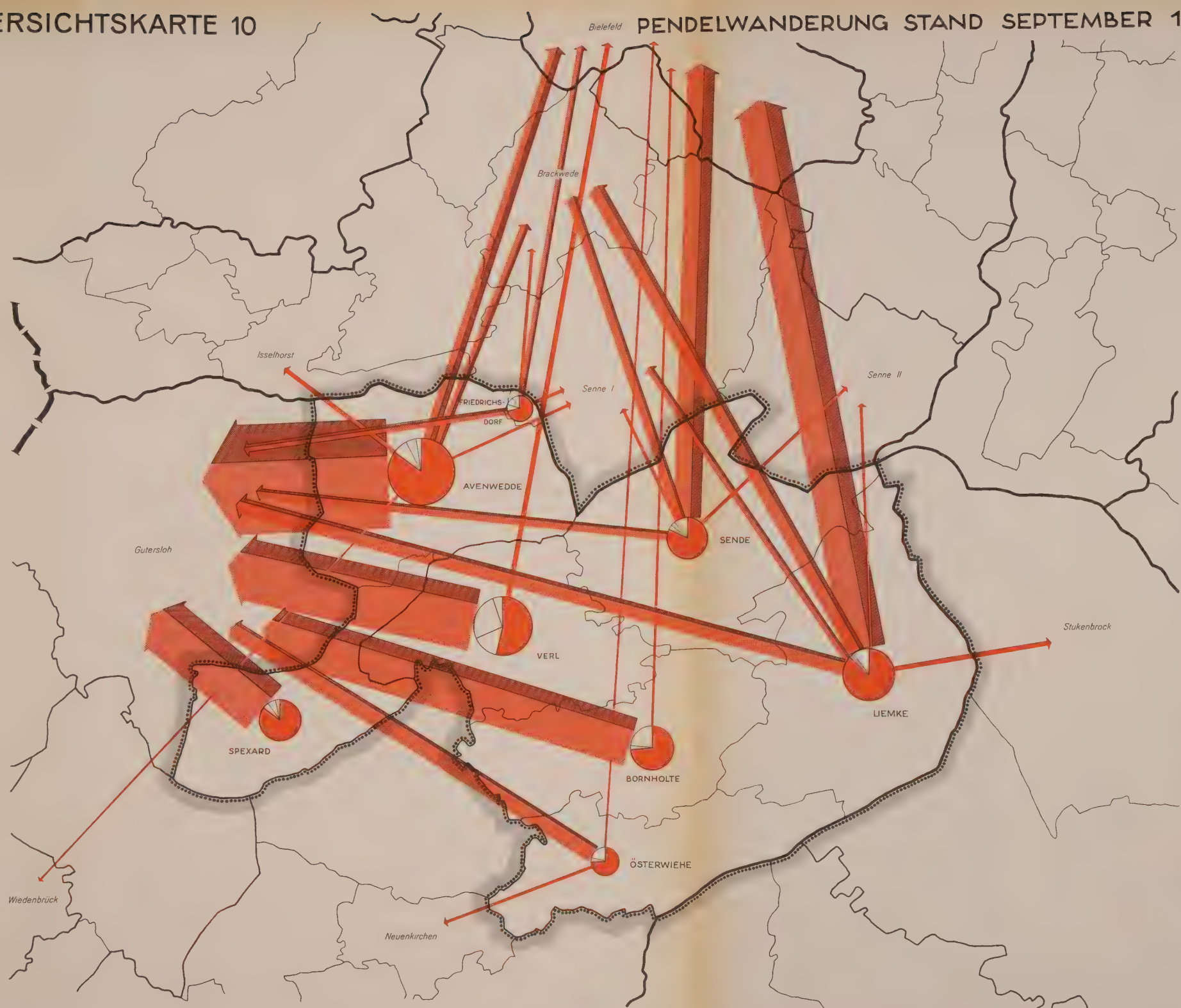
1. Die industrielle Entwicklung der Wirtschaftsräume Gütersloh und Bielefeld-Brackwede war die Ursache für eine starke Zunahme der Auspendler aus dem Raum WNO.
2. So vergrößerte sich die Zahl der Auspendler aus den Wohnsitzgemeinden Avenwedde, Spexard, Verl und Bornholte nach Gütersloh um 1.165 bzw. um 39 % gegenüber dem Stand von 1950. Die Zunahme der in den Wirtschaftsraum Bielefeld-Brackwede auspendelnden Bewohner des Raumes WNO betrug 879 Personen; das bedeutete gegenüber der Situation im Jahre 1950 einen Zuwachs von 61 v.H.
3. Im letzten Fall hat die Untersuchung ergeben, daß bereits im Jahre 1955 eine größere Zahl von Personen aus dem Untersuchungsraum in die Sennegemeinden als in den Raum Bielefeld-Brackwede auspendelte. (s. K. 10 und 11).

Die zahlenmäßige Darstellung beantwortet also eindeutig die Frage nach der Zugehörigkeit einzelner Gemeinden zu den übergeordneten Wirtschaftszentren:

Mit einem Anteil von jeweils weit über 50 v.H. an den Auspendlern der einzelnen Gemeinden (Oesterwiehe 46,2 v.H.) sind Avenwedde, Spexard, Bornholte, Oesterwiehe und Verl eindeutig dem Wirtschaftsraum Gütersloh zugeordnet. Für den Wirtschaftsraum Bielefeld-Brackwede gilt hinsichtlich Friedrichsdorf, Sende und Liemke der gleiche Tatbestand. Weitere Einzelheiten gehen aus der Tabelle hervor.

Zwischen diesen fünf bzw. drei Gemeinden läßt sich auf Grund der Pendelsituation ein scharfer Trennungsstrich ziehen, der zugleich auch die von Gütersloh und Bielefeld geprägten wirtschaftlichen Kraftfelder voneinander abgrenzt. Hiermit bestätigt sich die bereits vorher geäußerte Ansicht über die industriestrukturelle Zweiteilung des Raumes.

Die Zahl der Einpendler hat sich von insgesamt 1.044 (1950) auf 1.812 (1955) um 73,4 v.H. zwar relativ beträchtlich erhöht,



PFEILDARSTELLUNG:

1 mm Breite - 40 Pendler

Dargestellt ab 10 Pendler

Bei Pfeilen mit mehr als 50 Pendlern ist der Anteil der Frauen dargestellt.

männl.
weibl.

GRENZEN:

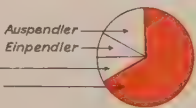
Reg. Bez. Grenze
Kreisgrenze
Amtsgrenze
Gemeindegrenze
Grenze d. Untersuchungsgeb.

KREISDARSTELLUNG:

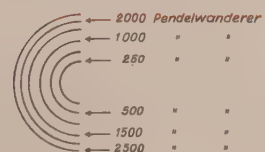
Pendelwanderung im Untersuchungsgebiet:

Einpender in das Untersuchungsgebiet

Auspender aus dem Untersuchungsgebiet



Umfang der Pendelwanderung in den einzelnen Gemeinden



1:100000



aber nicht den Wohnsitzcharakter der Gemeinden wesentlich verändert (s.T.20).

Im Jahre 1950 waren die Gemeinden Avenwedde, Verl und mit Abstand Spexard die Haupteinpendlerzentren des Raumes WNO. Im Verlauf der industriell-gewerblichen Fortentwicklung wandelte sich das Bild bis zum Jahre 1955 in zwei Punkten :

1. Aus geringen Anfängen hat sich die Gemeinde Liemke als Betriebsgemeinde relativ am stärksten entwickelt.
2. Im Gegensatz hierzu ist die Zahl der nach Verl einpendelnden Erwerbspersonen um 152 gesunken.

Zwischen den Veränderungen in Liemke und Verl besteht ein enger räumlicher Zusammenhang. Die Einpendler aus der östlichen Nachbargemeinde Stukenbrock waren 1955 nicht mehr in Verl, sondern vorwiegend in der nahegelegenen Gemeinde Liemke beschäftigt.

Im Untersuchungsgebiet selbst herrschte 1950 ein Durcheinander der verschiedensten Pendlerverhältnisse. Im Mittelpunkt stand die Gemeinde Verl mit einem eigenen schwach ausgeprägten Wirtschaftsraum, unter dessen Einfluß sich die Gemeinde Bornholte und die an Verl grenzenden Teile der Gemeinden Sende und Liemke befanden. Bis zum Jahre 1955 hatte die Gemeinde Liemke ähnliche Funktionen als Anziehungspunkt auf benachbarte Teile der Gemeinden Sende, Stukenbrock und Oesterwiehe entwickelt. Die wirtschaftliche Situation in Verl und Liemke war inzwischen so gefestigt, daß diese Gemeinden im Rahmen der örtlichen Pendlerverhältnisse bereits eine bestimmte zentrale Stellung erlangt hatten. (s.K. 12 und 13).

Als Gesamtergebnis kann folgendes festgehalten werden :

1. Der Anteil der Ein.-und Auspendler am gesamten Pendlerumfang deutet unter entsprechender Berücksichtigung der Verhältnisse im Untersuchungsgebiet auf den typischen Wohngemeindecharakter der einzelnen Gemeinden hin.

Jahr	Gesamtzahl ¹⁾ der Pendler	Anteil der Auspendler	Anteil der Einpender
1950	5.315	4.837 91 v.H.	478 9 v.H.
1955	7.963	7.021 88 v.H.	942 12 v.H.

Die Gemeinden im Raum WNO sind also arbeitswirtschaftlich an Betriebsgemeinden angelehnt, wobei zwischen Sende, Friedrichsdorf und Liemke einerseits und den übrigen Gemeinden andererseits die Abgrenzung des wirtschaftlichen Einflßbereichs von Bielefeld und Gütersloh verläuft.

2. Verschwindend gering sind die Anteile der von außen in die Gemeinden des Raumes einpendelnden Personen.

Aus den Anteilen der Erwerbspersonen, die in ihrer Wohngemeinde oder in einem auswärtigen Betrieb beschäftigt sind, geht die Tragfähigkeit der Gemeinden bzw. der Grad ihrer Abhängigkeit von anderen Betriebsgemeinden hervor.²⁾

Die Zahlen über die Pendelwanderungsintensität der nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen sagen aus, daß sich die wirtschaftliche Abhängigkeit gegenüber 1950 noch verschärft hat. Die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden hält immer weniger mit den Erfordernissen der wachsenden Bevölkerungszahl Schritt (s. T. 23).

Die Zahlenreihe von 1955 veranlaßt außerdem, nochmals auf die strukturellen Unterschiede zwischen den landwirtschaftlichen Gemeinden Bornholte, Oesterwiehe und Sende und den industriell-gewerblichen Gemeinden Avenwedde, Friedrichsdorf, Spexard, Liemke und Verl hinzuweisen. In den letzteren Gemeinden könnten teilweise zusätzliche Arbeitsplätze bereitgestellt werden. In

1) Pendelwanderer innerhalb des Untersuchungsgebietes blieben hierbei unberücksichtigt.

2) Die landwirtschaftlichen Erwerbspersonen bleiben hierbei unberücksichtigt, da sie nicht an der Pendelwanderung beteiligt sind. Bei einem Vergleich mit anderen Statistiken muß dieser Umstand daher beachtet werden.



PFEILDARSTELLUNG:
 1mm Breite = 40 Pendler
 Dargestellt ab 10 Pendler
 Bei Pfeilen mit mehr als 50 Pendlern
 ist der Anteil der Frauen dargestellt.

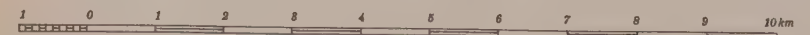
GRENZEN:
 Reg. Bez. Grenze
 Kreisgrenze
 Amtsgrenze
 Gemeindegrenze
 Grenze d. Untersuchungsgeb.

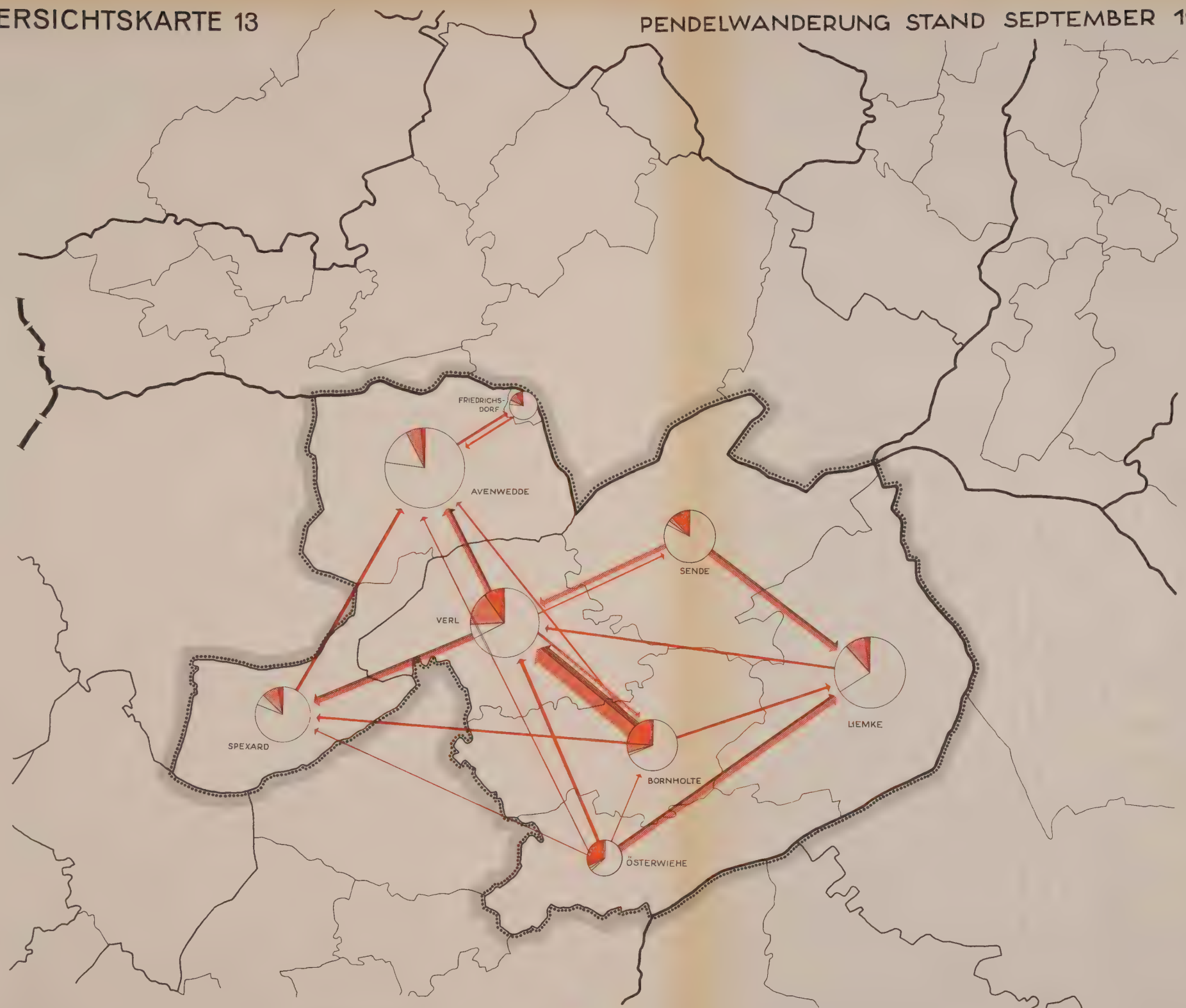
KREISDARSTELLUNG:

Pendelwanderung im Untersuchungsgebiet:
 Auspendler
 Einpendler
 Einpendler in das Untersuchungsgebiet
 Auspendler aus dem Untersuchungsgebiet

2000 Pendelwanderer
 1000 " "
 250 " "
 500 " "
 1500 " "
 2500 " "

1:100 000





PFEILDARSTELLUNG:

1mm Breite = 40 Pendler

Dargestellt ab 10 Pendler

Bei Pfeilen mit mehr als 50 Pendlern ist der Anteil der Frauen dargestellt.

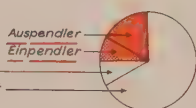


GRENZEN:

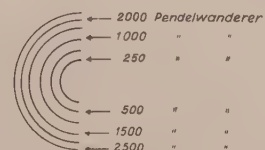
Reg. Bez. Grenze
Kreisgrenze
Amtsgrenze
Gemeindegrenze
Grenze d. Untersuchungsgeb.

KREISDARSTELLUNG:

Pendelwanderung im Untersuchungsgebiet:
Einpender in das Untersuchungsgebiet
Auspender aus dem Untersuchungsgebiet



Umfang der Pendelwanderung in den einzelnen Gemeinden



1:100 000



den übrigen Gemeinden war es jedoch kaum möglich, bis heute mehr als 5 bis 10 v.H. der nichtlandwirtschaftlichen Erwerbspersonen zu beschäftigen.

Tabelle 23

Pendelwanderungsintensität der nichtlandwirtschaftlichen
Erwerbspersonen

Gemeinde	1950	1955
Avenwedde	59 v.H.	62 v.H.
Friedrichsdorf	59 v.H.	63 v.H.
Spexard	76 v.H.	76 v.H.
Bornholte	77 v.H.	97 v.H.
Liemke	51 v.H.	58 v.H.
Oesterwiehe	58 v.H.	93 v.H.
Sende	60 v.H.	89 v.H.
Verl	51 v.H.	70 v.H.

Quelle: Eigene Berechnungen.

b) Städtische Einflüsse.¹⁾

Der Einflußbereich der städtischen Wirtschaftsräume Bielefeld-Brackwede und Gütersloh - zukünftig ist auch hier die Sonnestadt zu nennen - wurde durch sozial und ökonomisch bedeutsame Beziehungen zwischen den verschiedenen Kommunalkörpern geprägt. Nicht nur der industriell-gewerbliche Sektor dehnte den städtischen Wirtschaftsraum bis weit in das Umland aus. Die Stadt ist auch in einem weiten Einzugsgebiet Einkaufszentrum und Markttort für die Befriedigung vieler Bedürfnisse.

Die Nähe der Städte Gütersloh und Brackwede-Bielefeld wirft Fragen der Verflechtung und im unmittelbaren nachbarschaftlichen Kontakt Probleme der Verwachsung von Stadt und Umlandbereich auf. Anzeichen hierfür zeigen sich in den Wandlungsprozessen der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Gemeinden. Die städtischen Ausstrahlungskräfte haben sich auf die Sozialstruktur des

1) Vgl. Boustedt, O. "Die Stadt und ihr Umland" in "Raumforschung und Raumordnung" Jg. 1953.

Landes und ihre Entwicklung von einer agrarischen zu einer mehr städtisch-industriellen eingewirkt.

Diese Gesamtentwicklung beruht nicht allein auf der Ausstrahlung städtischer Industriekerne. Hierin könnten die Gemeinden in kleinerem Maße durchaus auch eigenständigen gewerblichen und industriellen Gegebenheiten folgen, unabhängig von städtischen Einflüssen.

Es müssen also noch andere spezifische Beziehungen vorhanden sein, um die Gemeinden so sehr wie in diesem Raum in die Einzugsbereiche der Städte einzuordnen. Unter diesem Gesichtspunkt kommt dem Pendelverkehr über den arbeitswirtschaftlichen Rahmen hinaus noch weitere Bedeutung zu. Der durch die Pendelwanderung aufrecht erhaltene Beziehungszusammenhang von Stadt und Land ermöglichte das Eindringen städtischen Gedankengutes in die Landgemeinden, und zwar seit einiger Zeit mit wachsender Intensität.

Im städtischen Nachbarschaftsbereich entsteht so ein Verflechtungszusammenhang auf wirtschaftlicher, sozialer, versorgungstechnischer und kultureller Basis, der sich nicht nur im Augenblick der Berührung von Stadt und Land auswirkt, sondern auch noch den Lebensablauf der Gemeinden tiefgreifend beeinflusst. Die Bindungen des Umlandes an die städtischen Zentren haben sogar zur Folge, daß sich ein gemeinsamer Lebensraum von Stadt und Land herausbildet, in dem die Gemeinden dann zwangsläufig ganz dem Verstädterungsprozeß unterliegen, da sie auf Grund der ungeordneten und unkontrollierten Entwicklung den gegebenen Unterordnungstendenzen keinen Widerstand entgegensetzen können. Besonders der enge Kontakt von Gütersloh, Avenwedde und Spexard berechtigt zu der Fragestellung, ob nicht bereits psychologische Kräfte Veränderungen in Vorstellung und Verhaltensweise eines großen Teiles der hiesigen Bewohner hervorgerufen und in ihnen die Empfindung dafür, Mitglieder politisch selbständiger, ländlicher Gemeinden zu sein, abgeschwächt haben.¹⁾

Die Gemeinden im Raum WNO sind unter der gegebenen ökonomischen Situation nicht in der Lage, bestimmten Desintegrationerscheinungen entgegenzuwirken, die noch durch den Einkaufsverkehr und

1) Vgl. Dietze, Rolfes, Weippert: "Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern" in "Berichte über Landwirtschaft" Hamburg und Berlin 1953, Sonderheft 157.

die städtischen Konsumgewohnheiten der Bevölkerung begünstigt werden. Diese Beziehungen sind teilweise auf die vorteilhaften Bedingungen städtischer Einkaufsbereiche zurückzuführen. Auch kulturelle Veranstaltungen in den Städten ziehen die Landbevölkerung, besonders die jüngere, an.

Die städtischen Einflußfaktoren sind geeignet, den Charakter des ländlichen Lebens in vielen Einzelheiten zu bestimmen. Durch den hohen Intensitätsgrad der Pendelwanderung wird die wirtschaftliche Abhängigkeit der hiesigen Gemeinden von den städtischen Zentren begründet und damit besonders gut der Weg für das Vordringen städtischer Kräfte geebnet.

Im Hinblick auf die dargestellten Kräfteverhältnisse, die ökonomische Labilität des Raumes WNO, ist es erstaunlich, daß das Bewußtsein der kommunalpolitischen Selbständigkeit in den Bewohnern der einzelnen Gemeinden meist sehr ausgeprägt vorhanden ist. Vielleicht haben gerade ihre Eigenständigkeit¹⁾ und ihre Abneigung gegen die unselbständige, auf Fabrikarbeit begründete Existenz auf der anderen Seite Kräfte mobilisiert, die besonders stark ein lebendiges Gemeindebewußtsein fördern. Die rege Teilnahme der Bevölkerung am kommunalpolitischen Leben zeigt, daß sie durchaus gewillt ist, die Gemeinden auf ein bestimmtes vom Lande her mitgeprägtes Ziel weiterzuentwickeln.²⁾

Die Teilnahme der gesamten Bevölkerung an dieser Aufgabe, die Gemeinden bewußt zu gestalten und sie den veränderten Verhältnissen entsprechend neu zu ordnen, ist das wertvollste Fundament dafür, auch unter übergeordneten ortsplanerischen, kommunalpolitischen, ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten eine Lösung der dringlichsten Probleme zu finden.

c) Sonderproblem Sennestadt.

Durch die in Planung und Bau befindliche Sennestadt würde sich langfristig gesehen etwa die gleiche nachbarschaftliche Situation für Liemke und Sende bilden, wie sie augenblicklich für Avenwedde

1) S. Abschnitt: Besiedlung.

2) Vgl. Teil A, Abs. III, 3 a).

und Spexard besteht. Ohne schon jetzt auf eine Beurteilung einzugehen, sollen die voraussichtlichen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Struktur des Raumes WNO durch die Sennestadt erläutert werden.

Auf eine Darstellung der soziologischen und kulturellen Zusammenhänge wird verzichtet bzw. auf die vorherige Untersuchung verwiesen. Dafür sind aber die wirtschaftlichen, besonders die arbeitswirtschaftlichen und die siedlungsmäßigen Faktoren zu untersuchen.

Die Sennestadt ist - es kann nicht bezweifelt werden - eine notwendige Baumaßnahme, die in erster Linie die entwicklungsbedingten Notzustände des Wohnungs- und Industriesektors in der Stadt Bielefeld beseitigen soll. Das Ziel ihrer Planung lag bei zunächst 3.400 Wohnungseinheiten mit ca. 13 - 15.000 Einwohnern.¹⁾ Wie z.B. bei Espelkamp oder anderen Neugründungen wird es sich aber zeigen, daß besonders in einem relativ dicht besiedelten Raum mit einer breiten Streuung von größeren und kleineren Industriebetrieben das Planungsziel kurzfristig weitergesteckt werden muß.

Für die Planung der Sennestadt sind folgende Gesichtspunkte maßgebend gewesen:

1. Die nach dem Krieg rasch wachsenden industriellen Zentren beanspruchen den größten Teil des in den Städten verfügbaren Raumes, so daß für den erst später einsetzenden Wohnungsbau kaum noch Platz zu finden war. Dieser Tatbestand hatte in Bielefeld eine akute Raumnot für die weitere Entwicklung zur Folge. Vor allen Dingen ergaben sich große Schwierigkeiten auf dem städtischen Arbeitsmarkt. Durch den Bau der Sennestadt wird nun der Versuch gemacht, die genannten Probleme in folgender Weise zu lösen:
 - a) Auflockerung der industriellen Konzentration durch Industrieverlagerung aus Bielefeld in die Sennestadt,
 - b) Heranführung neuer Arbeitskräfte durch zahlreiche Wohnungsbaumaßnahmen und z.B. auch Bereitstellung einer ausreichenden Baulandreserve für die Stadt Bielefeld.

¹⁾ Vgl. Voigt, H. und Landesplanungsgemeinschaft Westfalen "Der Wirtschaftsraum Bielefeld und das Planungsvorhaben Sennestadt" Münster 1957, S. 16 ff.

2. Langfristig ist das Bielefelder Raumproblem jedoch nur so zu lösen, daß das in der Sennestadt verfügbare Industriegebiet auch tatsächlich Bielefelder Industriebetrieben vorbehalten bleibt. Andernfalls - so sehr auch Industrieverlagerungen z.B. aus dem Ruhrgebiet in den ostwestfälischen Raum erstrebenswert sind - würden sich die Spannungen nur vergrößern und die räumlich-wirtschaftlichen Bedingungen verschärfen.

Aus dieser Situation ergeben sich für die kommunal-wirtschaftliche Existenz der Gemeinde Sennestadt folgende Konsequenzen, die zwar den Raum WNO zunächst nicht berühren, aber zum besseren Verständnis des Ganzen kurz dargelegt werden müssen.

Bei dem augenblicklichen kommunalen Finanzsystem mit den Haupteinnahmequellen Gewerbe- und Grundsteuer B besteht ein gewisser gefährlicher Zwang zur Industrialisierung um jeden Preis, da die Schaffung einer tragfähigen wirtschaftlichen Basis die unabdingbare Voraussetzung für ein lebensfähiges, leistungsstarkes Gemeinwesen ist.

Die Realisierung der mit der Planung verbundenen Absichten hängt allerdings sehr davon ab, wie weit sich Bielefelder Industriebetriebe für eine Verlagerung ihres Standortes in die Sennestadt entscheiden werden. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge sind die Aussichten teilweise sehr günstig, daß sich z.B. Großbetriebe hier niederlassen.

Ob allerdings damit die Wirtschaftskraft und die wirtschaftliche Struktur der neuen Stadt ausreichend fundiert sein werden, kann erst die Zukunft erweisen.

Soweit sich die Entfaltung der Sennestadt im Rahmen der bisherigen Entwicklung der Stadt Bielefeld vollzieht, soweit es sich also nur um die Verlagerung ökonomischer Faktoren handelt, wird das räumliche Gleichgewicht des gesamten Bielefelder und auch Gütersloher Wirtschaftssystems nicht angetastet. Es ist sogar sehr zu begrüßen, daß die Betriebsstandorte näher an den Raum WNO herangerückt werden.

Auch der zweite, der wahrscheinlichere Fall, daß die Entwicklung der Sennestadt den gesetzten Rahmen sprengt und bestimmten Eigen-

gesetzlichkeiten im Aufbau einer gesunden Wirtschaftsbasis folgt, würde den Raum WNO nicht ungünstig beeinflussen. Diese Situation würde auch weiterhin über das gegebene Maß hinaus für die Bewohner des Raumes WNO ausreichende Arbeitsmöglichkeiten sichern; denn auch in der Sennestadt wird sich zeigen, daß die Zahl der Arbeitsplätze in einer Gemeinde mit hervorragenden industriewirtschaftlichen Startbedingungen (zu denen auch die Förderung des Wohnungsbaues zu zählen ist) schneller wächst, als die Zahl der benötigten Arbeitskräfte.

Die räumliche Nachbarschaft der Sennestadt wirft auch manche städtebauliche Frage auf. Aus der Sicht der Stadt finden diese Probleme bereits ihre planmäßige gewünschte Lösung, aus der Sicht der Gemeinden Sende und Liemke sind diese Fragen jedoch noch ganz offen.

In der näheren Umgebung z.B. im Siedlungsband Else-Werretal von Bünde über Bad Oeynhausen bis nach Minden gibt es genügend Beispiele dafür, wie die natürlichen Geländeverhältnisse oder die Verkehrsverbindungen vorbestimmend für die Gestaltung der Siedlung waren. In der bandartigen Siedlung der Gemeinde Liemke an der Bahnlinie Brackwede-Paderborn werden bereits derartige zwangsläufige Tendenzen sichtbar, die Siedlung in Richtung Sennestadt weiter zu entwickeln. Je enger künftig die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und arbeitswirtschaftlichen Verflechtungen den Raum WNO an die Sennestadt zu binden vermögen, um so eher wirkt sich die Tendenz einer siedlungsmäßigen Verschmelzung in der angedeuteten Weise aus, um so schwieriger wird es sein, diese natürliche Entwicklung durch geeignete städtebauliche Planungsmaßnahmen zu unterbinden und sie in vernünftige Bahnen zu lenken.

Abschließend ist zu sagen, daß die Sennestadt im Nordosten des Raumes WNO allgemeinwirtschaftlich günstige Auswirkungen auf das Untersuchungsgebiet haben wird. Zwischen der Gemeinde Senne II und dem Raum WNO bestehen bereits heute enge arbeitswirtschaftliche Bindungen, deren Intensität künftig wahrscheinlich noch gesteigert wird. Der Raum WNO wird dadurch in seinen ökonomischen Teilfunktionen innerhalb des Großraumes eine wesentlich stabilere Position einnehmen. Unter kommunalwirtschaftlichen und den hiervon

abhängigen kommunalpolitischen Gesichtspunkten erscheint der gesamte ökonomische Entwicklungsablauf des Raumes WNO dagegen in einem ungünstigen Licht. Es kann an dieser Stelle schon betont werden, daß die Lage der einzelnen Gemeinden hinsichtlich der unvollständigen Grundlagen nur unbefriedigend verbessert werden kann.¹⁾

1) Diesen Abschnitt lagen folgende Literaturquellen zugrunde:

Lenort, N. J., Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung: "Wirtschaftliche Überlegungen zur kommunalen Entwicklungsplanung" Köln 1958.

Dittrich, E. "Über Neugliederungsversuche von Stadt-Umland" in "Raumforschung und Raumordnung" Jg. 1954 S. 72 ff.

Klüber, H. "Wege zur Lösung gemeinsamer Aufgaben der Stadt und ihres Umlandes" in "Raumforschung und Raumordnung" Jg. 1954 S. 74 ff.

Miller, T. "Das Land als Planungspartner".

Meyer-König, A. "Der Strukturwandel der Gemeinden" in "Informationen" Institut für Raumforschung, Jg. 56 S. 221 ff.

Isbary, G. "Ballung und Hinterland" in "Informationen" Institut für Raumforschung, Jg. 7 S. 119 ff.

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumforschung: "Industrie aufs Land" Köln 1953.

Dittrich, E. "Das Stadt-Umlandverhältnis in seiner planerischen Problematik" in "Raumforschung und Raumordnung" Jg. 1956, S. 65 ff.

Werner, H. "Das Stadt-Umland Problem und die Sennestadt" in "Westfälische Forschungen" Münster 9. Bd. 1956.

Die Verkehrsverhältnisse.

Einer der wichtigsten Faktoren des funktionalen räumlichen Zusammenhanges ist der Verkehr (s. K. 14). Die Einrichtung der verschiedenen Verkehrslinien dient den unterschiedlichsten örtlichen und überörtlichen Aufgaben, der Verbindung von wirtschaftlichen Gebilden und dem zugehörigen Wirtschaftsraum, von Wohnstätte und Arbeitsstätte, Schulort und Einkaufszentrum usw.

Die industrielle Entwicklung der Städte Gütersloh und Bielefeld erforderte, den Raum WNO als zugehöriges Umland zu diesen Zentren verkehrsmäßig zu erschließen. Ohne gute Verbindungen zwischen Stadt und Land durch Straße und Schiene wäre die Intensivierung des Wirtschaftslebens, die Entwicklung regional verschiedener Funktionen und auch der Austausch gegenseitiger Leistungen nicht möglich gewesen.

Die relativ geringen Fahrzeiten zu den städtischen Zentren heben das Gefühl interkommunaler Zusammengehörigkeit, der Zusammenwirkung von Stadt und Land in einem einheitlichen Lebensraum. Sie fördern die zahlreichen schulischen, die konsum- und arbeitswirtschaftlichen Beziehungen und steigern ihren Wirkungsgrad, besonders im nachbarschaftlichen Bereich von Gütersloh und Avenwedde-Spexard. In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig, ein leistungsfähiges örtliches Nahverkehrsnetz auszubauen, das sich an Umfang, Art und Häufigkeit der Pendelwanderung anpaßt, das sowohl die Beförderungsspitzen morgens und abends als auch den übrigen Verkehr zügig bewältigen kann. Es spielen selbstverständlich nicht nur die Hauptverkehrsrichtungen Bielefeld und Gütersloh eine Rolle. Dem innerörtlichen Verkehr des Raumes ist auf Grund der völlig dezentralisierten Siedlungsweise ebenfalls Bedeutung beizumessen. Ein weitverzweigtes Netz von Landstraßen zweiter Ordnung und von gut ausgebauten Gemeindewegen sorgt für einen reibungslosen Verkehrsablauf.

Darüber hinaus erlangt der großräumige Verkehr für die zahlreichen Industriebetriebe, der Schnellverkehr für die Landwirtschaft, speziell für die Hühnerzucht und die übrige Viehwirtschaft große Bedeutung.

Die Linienführung der Teutoburger Waldeisenbahn ... Gütersloh-Kaunitz ... erschließt die Gemeinden Spexard, Verl, Bornholte, Kaunitz mit Südlieke und Oesterwiehe. Die Bundesbahnstrecken ... Brackwede-Paderborn ... berühren Sende und Liemke und ... Gütersloh-Bielefeld ... das nordwestliche Gebiet der Gemeinde Avenwedde. Die Eisenbahnlinien sind in Gütersloh bzw. in Brackwede miteinander verbunden, so daß es von allen Gemeinden möglich ist (Ausnahme Friedrichsdorf), jedes gewünschte Eisenbahnziel zu erreichen (s. K. 14).

Aus dieser kurzen Übersicht erhellt, welchen hervorragenden Anteil die Eisenbahn zu jeder Zeit an der wirtschaftlichen Entwicklung des Raumes hatte. Nur kleine Gebiete nördlich des Ortskernes Verl und Teile der Gemeinde Sende und Oesterwiehe sind weiter als 3 km von der nächsten Eisenbahnhaltestelle entfernt. Das überörtliche Verkehrssystem wird unmittelbar durch die Autobahn ... Ruargebiet-Hannover ... mit zwei Auffahrten (in Spexard und an der Nordostgrenze des Raumes in Senne II) und die Querverbindungsstraßen I. Ordnung zu den Bundesstraßen:

1. 68 ... Bielefeld-Paderborn ... an der Ostgrenze des Raumes,
2. 64 ... Wiedenbrück-Paderborn ... an der Südgrenze des Raumes,
3. 51 ... Gütersloh-Bielefeld ... an der Westgrenze des Raumes ergänzt.

Das Untersuchungsgebiet ist also hervorragend in das großräumige Verkehrsnetz eingegliedert. Selbst die verkehrsmäßigen Beziehungen zu weit entfernten Gebieten können schnell und leicht realisiert werden.

Der Autobusverkehr - hier nur betrieben im zwischenörtlichen Verkehr - hatte für diesen Raum geradezu eine Schlüsselstellung inne. Dieser Verkehrsträger vermochte das weiträumige Gebiet flächennhaft zu erschließen und damit auch Teile des Raumes zu erfassen, die weiter von der Eisenbahn entfernt waren. Von zunehmender Bedeutung für den Pendelverkehr zwischen den Arbeitsstätten und dem Wohnsitz ist das Kleinkraftfahrzeug. Seine wachsende Zahl stellt aber immer neue Ansprüche an den Ausbau des örtlichen Straßennetzes.

Die Gemeinde Verl ist der Verkehrsknotenpunkt für alle den Raum WNO durchkreuzenden Querverbindungen in Westost.- und in Nordsüdrichtung. Die zentrale Verkehrsposition des Ortskerns Verl verlangt daher nach einer klaren und übersichtlichen baulichen Konzeption der Straßenführung; denn hier konzentriert sich der örtliche und der überörtliche Verkehr, hier macht sich die Zunahme der Verkehrs in unmittelbarer Berührung von Siedlungskörper und Straße am deutlichsten und gefahrdrohendsten bemerkbar.

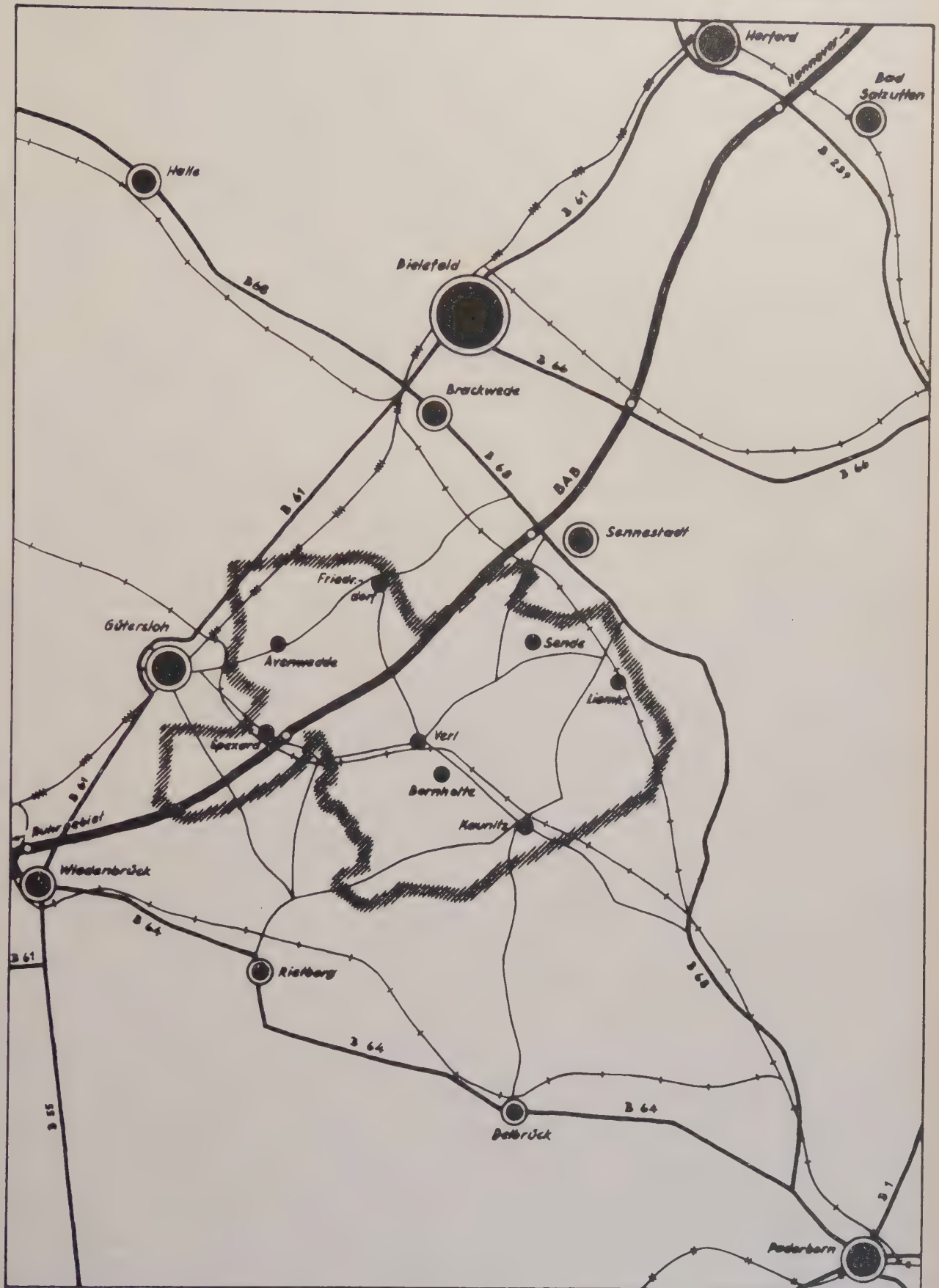
In dem wirtschaftlich-funktional und topographisch verkehrsoffenen Raum WNO stellen Schiene und Straße in gegenseitiger Ergänzung den inneren räumlichen Verkehrszusammenhang her. Das Verkehrssystem ist zugleich das Fundament für die Existenz zahlreicher Industriebetriebe. Es fördert den Kontakt von landwirtschaftlichen Produktionsstätten und Absatzzentren und trägt in allen Phasen zum wirtschaftlichen Aufschwung des Raumes bei. Wie weit jedoch diese hervorragende Grundlage voll ausgenutzt ist, wie weit sie (neben den Arbeitskraftreserven als fast einzig möglicher Faktor des Raumes) in den Dienst einer aktiven wirtschaftlichen Entwicklungspolitik der Gemeinden oder nur einiger Zentren des Raumes zu stellen ist, gehört zu den noch unbeantworteten Fragen.

Teil C D I E E R G E B N I S S E D E R S T R U K T U R - A N A L Y S E I M H I N B L I C K A U F D I E R A U M O R D N E R I S C H E Z I E L S E T Z U N G .

I. Der Leitgedanke.

Im Mittelpunkt der nachfolgenden Untersuchung steht die Frage nach der Beurteilung der durch die Analyse der bedeutendsten ökonomischen und sozialen Strukturbestandteile gekennzeichneten Situation und deren Entwicklungstendenzen. Der Leitgedanke für die planmäßige Gestaltung des Raumes ist den theoretischen Vorbemerkungen entnommen. Hieraus werden die konkreten Entwicklungsziele abgeleitet.

Das Zentralproblem aller raumordnerischen Bemühungen und Maßnahmen liegt in der Gestaltung des gesamten Lebensraums gemäß den diesem Raum innewohnenden sozialen und ökonomischen Kräften. In diesem übergeordneten Lebensraum hat das Untersuchungsgebiet einige



- Grenze des Untersuchungsgebiets
- Autobahn
- Bundesstrasse
- Landstrasse I.O. (Dargestellt nur soweit das Untersuchungsgebiet berührt wird)
- Eisenbahn

0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 km
M = 1 : 200 000

Teilfunktionen inne. Zurückgreifend auf die hier untersuchten Zusammenhänge können die Fragen einer Neuordnung theoretisch aber nur in allgemeinsten und weitester Sicht beantwortet werden. Die Vielfalt und Variabilität der konkreten Raumfaktoren, die verschiedenartigsten Gegebenheiten ihrer Kombination, ihre weitreichenden Wirkungen auf die gesamte Raumnutzung verhindern es, für alle Fälle praktischer Raumordnung ein exakt vorbereitetes, fest gefügtes theoretisches Konzept bereitzuhalten. In der Theorie liegen nur die Grundlinien der Raumordnung fest. Sie sind der Maßstab, der zu erkennen gibt, ob die Tendenzen der willkürlichen oder geplanten Entwicklung den gesteckten Zielen entsprechen oder nicht und damit wünschenswert sind oder nicht.

Diese Grundlinien bilden den Ausgangspunkt bzw. den Rahmen für die Beurteilung der im Raum WNO geltenden lebensraumgestaltenden Kräfte. Aus der Untersuchung ging klar hervor, daß Lebensraum und Untersuchungsgebiet regional nicht identisch sind. Der Lebensraum ist wesentlich weiter ausgedehnt und umfaßt mindestens noch Teile der Wirtschaftsräume Gütersloh und Bielefeld-Brackwede. Da sich aber die Untersuchung aus thematischen Gründen nicht auf eine derart umfangreiche lebensraumgestaltende Neuordnung des Raumes WNO erstreckt, ist insbesondere die Zuordnung des Untersuchungsgebietes in den übergeordneten Raum näher zu durchleuchten, also die Frage der Standortbeziehungen zwischen den Wohnstätten und den außerhalb des umgrenzten Untersuchungsraumes liegenden Arbeitsstätten mit allen Konsequenzen für die Existenz der Bevölkerung und der Gemeinden dieses Raumes. Dies bedeutet zugleich, die Probleme der Siedlungsordnung und der wirtschaftlichen Position des Raumes im Lichte einer raumordnerischen Beurteilung aufzugreifen.

Höchster Bezugspunkt für die Beurteilung bleibt trotz aller raumordnerischen Teillösungen die Gestaltung des gesamten Lebensraumes. Auch die Neuordnung regionaler Faktoren ist darauf gerichtet, eine sinnvolle Neugestaltung des Ganzen durch eine solche seiner Teilbereiche zu schaffen und von unten her eine Gesamtordnung im Rahmen einer volkswirtschaftlich gerechtfertigten Raumordnung aufzubauen.

Aber gerade hier im Raum WNO mangelt es an einigen dieser grundlegenden Vorbedingungen für eine sozialökonomisch sinnvolle räumliche

Entwicklung und zwar in einigen elementaren Bereichen menschlicher und kommunaler Existenz im Raum. Die Symptome der hiermit angedeuteten Unordnung bzw. Fehlentwicklung zeigen sich deutlich in zwei Punkten:

1. in der ungeordneten, beziehungslosen, den gesamten Raum überwuchenden Siedlungsentwicklung,
2. in der wirtschaftlichen Unselbständigkeit der Gemeinden mit ihren Folgen für den sozialen und ökonomischen Lebensbereich der Einwohner des Raumes WNO.

II. Kennzeichen der räumlichen Struktur.

1. Ungeordnete Entwicklung.

Aus dem vorstehenden Teil der Untersuchung geht klar hervor, daß sich der Raum WNO wirtschaftlich auf die Zentren Gütersloh und Bielefeld ausgerichtet hat. Als Ursache konnte hierfür das Fehlen einer ausreichenden Zahl von industriellen Arbeitsplätzen und sonstiger wirtschaftlicher Grundlagen herausgestellt werden. Aus dieser Situation resultieren daher zahlreiche Pendelwandererverhältnisse, die die Lebenseinheit der Gemeinden zu stören und sie tendenziell durch eine räumlich übergeordnete Einheit zu ersetzen vermögen.

Unter dem Gesichtspunkt der fehlenden zentralen Funktion ist es erklärlich, daß auch die Besiedlung des Raumes keinem gemeindlichen Mittelpunkt zustrebt. Schon in der Wahl der Siedlungsstandorte wird ausgedrückt, wie eng die Einwohner des Raumes wirtschaftlich und geistig-kulturell an die städtischen Räume gebunden sind.

Die Gesamtentwicklung in den Gemeinden folgte konsequent diesen Verhältnissen, der exzentrischen, desintegrierten Anordnung der Siedlungsstandorte. Damit wird die Siedlungsstruktur des ganzen Raumes als planlos und zufallsbehaftet geprägt.

Die teilweise unkontrollierte Entwicklung hat z.T. fast chaotische Zustände heraufbeschworen, da das Gefüge der sozial-ökonomischen, kulturellen und baulichen Faktoren keiner zweckmäßigen innerörtlichen Gestaltung entspricht und in seiner Ordnung vernünftiger Überlegungen in städtebaulicher und ökonomischer Hinsicht entbehrt.

Die räumliche Situation läßt darauf schließen, daß es an Planung gefehlt hat, daß einzig dieses Versäumnis für das gegenwärtige äußere Bild der Gemeinde verantwortlich ist. Denn, wenn unter Planung im raumordnerischen Sinne eine nach bestimmten Gesetzen geordnete Zusammenfassung aller Elemente und Kräfte, die ein regionales Raumgefüge im Zeitablauf bestimmen, verstanden wird, eine Auseinandersetzung des Menschen mit der bekannten Umwelt nach einem für die gesamte Gemeinde geltenden Ziel zwecks Erweiterung und Verstärkung der menschlichen Mitwirkung an der Gesamtentwicklung,^{1,2)} so drückt sich im Raum WNO an vielen Stellen eine Diskrepanz zwischen tatsächlicher und planvoller Handlungsweise aus. Ohne Planungsgrundlagen reihen sich die verschiedensten räumlichen Faktoren sinnwidrig aneinander. Die Ursachen der Unordnung liegen allerdings im tiefergreifenden sozialökonomischen Bereich.

In siedlungstechnischer Hinsicht bedeutet dies zunächst, daß grundsätzlich der Splitterbebauung kein Einhalt geboten werden konnte. Wenn auch die Anordnung der Wohnplätze nach dem Kriege einen planvollen Aufbau erkennen läßt, so vermißt man doch Überlegungen, die den gesamten gemeindlichen Zusammenhang der neuen Siedlungen betreffen. Letztere sind teilweise ohne Berücksichtigung der im Ansatz vorhandenen Ortskerne entstanden.

Es fehlt in fast allen Gemeinden, auch in denen mit dorfähnlichen Siedlungskernen, ein Formprinzip, das individuellen Siedlungssystemen - sei es in Einzel.- oder Gruppenbildungen - übergeordnet und auf die Gestaltung des Dorfes, des Ortskerns als Zentrum des Gemeinschaftslebens ausgerichtet ist.

Die Siedlungen sind formlos dezentralisiert an den Verkehrslinien angeordnet. Nicht einmal die den alten Ortskernen innewohnenden gemeinschaftsbildenden Kräfte haben eine zentrale Ordnung herbeiführen können. Dies zeigt um so deutlicher wie geringwertig die Funktion der gemeindlichen Kerne als sozialer und ökonomischer Ordnungsfaktor war.³⁾

1) Vgl.: Arbeitsgemeinschaft der Landesplaner in der Bundesrepublik "Landesplanung" Begriffe und Richtlinien, Düsseldorf 1953 und

2) Landesplanungsgemeinschaft Rheinland, - Westfalen, - Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk: "Leitsätze zur Aufgabe und Organisation der Landesplanung in Nordrhein Westfalen."

3) Vgl. Teil A, Abs. I und II.

Durch die fast willkürlichen oder irgendeiner der Raumordnung nicht zugänglichen, auf die Zufälligkeiten des günstigsten Land-erwerbs, die bevölkerungsmäßige Eigenart gerichteten Siedlungsvorstellungen haben sich viele noch zu lösende Probleme ergeben.

Die regellose Zersiedlung des Raumes wirkt ganz im Gegensatz zu den mit allen Mitteln der Dezentralisation zu bekämpfenden Konzentration von Menschen und Industriebetrieben auf engstem Raum - wie es z.B. teilweise für die Stadt Bielefeld zutrifft ¹⁾ - die Frage nach den Grenzen der Siedlungszersplitterung auf. Ein Übermaß an Streusiedlung ist genau so schädlich wie ein Übermaß an Ballung. Die verstreute Lage der Wohnhäuser ist aus kommunalwirtschaftlichen und sozialen Gründen unzweckmäßig und daher unbedingt abzulehnen.

Unantastbar ist die historisch und betriebswirtschaftlich bedingte landschaftsverbundene Lage bäuerlicher Gehöfte. Die übermäßig dezentralisierte Lage der Wohnhäuser vorwiegend gewerblich tätiger Bewohner dagegen, für welche die Beziehung zur Arbeitsstätte, zu den Verkehrs- und zentralen Einrichtungen in erster Linie eine Rolle spielt, wirkt sich nachteilig auf die Gemeinden aus.

Splitterbebauung belastet den Gemeindehaushalt und damit die Allgemeinheit mit unwirtschaftlichen Aufwendungen für:

1. Bau und Unterhaltung von Straßen, Wegen und Versorgungsleitungen (Elektrizität, Wasser, Abwasser). Die Länge des ausgebauten Straßennetzes beträgt in Streugemeinden ein Mehrfaches desjenigen geschlossener Ortschaften.
2. Bedienung durch öffentliche und private Verkehrsmittel.
3. Güterverteilung.
4. Postversorgung.
5. Polizeischutz.
6. Feuerschutz.

1) Die herrschende Auffassung geht heute davon aus, daß eine weitgehende Auflockerung von Ballungsgebieten in überschaubare Größenordnungen praktisch nur in Ausnahmefällen möglich und es schon als Erfolg zu werten ist, wenn zunächst ballungsfördernde Maßnahmen verhindert werden können.

7. Gesundheitsdienst in der Gemeinde
8. Ärztedienst
9. Gemeindeverwaltung
10. Schulen

Aus sozialpolitischen und sozialhygienischen Gründen besteht auch noch ein übergeordnetes öffentliches Interesse daran, eine zu weitgehende Streuung von Wohn- und Arbeitsstätten in der freien Landschaft zu vermeiden, um nämlich ihre Erholungswerte zu erhalten und sie in ihrer Funktion als Ernährungsgrundlage und damit als natürliches räumliches Kräftepotential zu schützen..

Im innerörtlichen Siedlungsaufbau, in der baulichen Anordnung der verschiedensten räumlichen Faktoren macht sich das Versäumnis der Planung dahingehend bemerkbar, daß es nicht gelungen ist, eine saubere Trennung der verschiedenen Bereiche herbeizuführen. Die Nichtbeachtung ortsplanerischer Prinzipien in einem Zeitraum von mehr als 50 Jahren hat nicht nur die gesamte Siedlungsordnung des Raumes empfindlich gestört, sondern auch das ökonomische und soziale Gefüge der einzelnen Gemeinden durchbrochen und weitgehend aufgelöst.¹⁾

Die Entwicklung der dynamischen räumlichen Faktoren hat ebenfalls zu Unstimmigkeiten in der kommunalpolitischen Abgrenzung des Raumes geführt. Die kommunale Gliederung des Untersuchungsgebietes stammt aus einer Zeit, in der die Grenzziehung unmittelbar an äußere räumliche, geographische Gegebenheiten, an Besitzgrenzen bäuerlicher Gehöfte anknüpfte oder dem einfachen Wunsch entsprach, ein bestimmtes Gebiet durch eine möglichst markante, dabei oft verwirrende Linie gegen die umliegenden Gebiete "abzugrenzen". Inzwischen haben sich in dem gleichen Raum auf Grund der ungeplanten Entwicklung der verschiedensten strukturellen Faktoren Teilräume herausgebildet, die funktionell abgerundete Gebiete mit einem anderen räumlichen Wirkungsbereich als die übernommenen Grenzen anzeigen.²⁾ Angesichts dieser Diskrepanz zwischen der Verwaltung

1) Vgl. Teil A, Abs. II.

2) Die Funktionen sind auf ihre engere regionale, kommunal begrenzte ökonomische und soziale Bedeutung bezogen.

und der tieferen funktionellen Zusammengehörigkeit von Räumen oder Raumteilen scheinen viele Vorgänge - abgesehen von einer oben festgestellten grundsätzlichen strukturellen Fehlentwicklung des baulichen Sektors - das Anwachsen der Bevölkerung, die Industrialisierung und Besiedlung in bestimmten Gebieten unregelt und raumwidrig zu sein und zu Schwierigkeiten und Spannungen der Gemeinden untereinander zu führen, sei es z.B. dadurch, daß verschiedene Gemeinden ohne besondere Gegenleistungen für andere bestimmte finanzielle Lasten übernehmen und in der Erfüllung von zusätzlichen Aufgaben überfordert werden.

Der Raum WNO ist ein typisches Beispiel für die Diskrepanz zwischen alten, unbrauchbaren räumlichen Abgrenzungen und auf der Basis wirtschaftlicher und soziologischer Funktionen entstandenen anderen räumlichen Einheiten. Es mangelt an einer den gegebenen und zukünftigen Bedingungen angepaßten Gliederung des Raumes. Das Festhalten an Verwaltungsgrenzen, die z.T. unter ganz anderen, heute nicht mehr gültigen, wirtschaftlichen Voraussetzungen entstanden sind, muß in diesem Fall als unrealistisch und schädlich angesehen werden.

Die sich aus der dargestellten Entwicklung ergebenden Aufgaben beziehen sich also auf die Verbindung einer geänderten Flächennutzungsordnung mit einem neuen kommunalen Gliederungssystem. Aus der Kenntnis der strukturellen Zusammenhänge ist es möglich, entsprechende Änderungsvorschläge auszuarbeiten.

2. Wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen Gemeinden.

Der Raum WNO wird von den wirtschaftlichen Faktoren in den Städten Gütersloh und Bielefeld und den Sennegemeinden beherrscht. Die ökonomische Kraft des Raumes selbst hat nicht ausgereicht, die wirtschaftliche Selbständigkeit im Sinne einer befriedigenden Tragfähigkeit seiner Gemeinden zu begründen.

Unter diesen Gesichtspunkten ergeben sich zwei Problemkreise:

1. die Frage der sozialökonomischen Position des Raumes WNO und seiner Bewohner im großräumigen Gefüge und 2. die Frage der kommunalwirtschaftlichen Existenzfähigkeit der einzelnen Gemeinden.

Der Raum WNO hat sich gegenüber den Industriezentren Gütersloh und Bielefeld zu einer Region mit Arbeitskraftüberschüssen entwickelt. Er ist damit infolge der Interdependenz aller ökonomischen Vorgänge Teilraum in einem übergeordneten System ergänzungsfähiger ökonomischer Faktoren, in dem sich alle örtlich verschiedenen Teile hinsichtlich ihrer lebensraumerfüllenden Wirksamkeit zusammenordnen. Die aus dieser Position resultierenden zahlreichen Pendlerverhältnisse können unter Berücksichtigung der hiesigen Sozialstruktur insgesamt positiv beurteilt werden. Zum allergrößten Teil handelt es sich um sogenannte Wunschpendler, um Berufstätige, die dem ruhigen Wohnen hier auf dem Lande den Vorzug geben und die Pendelwege gern in Kauf nehmen. Die wirtschaftliche Lage dieser Einwohner des Raumes ist durch die große Entfernung zur Arbeitsstätte in keiner Weise gefährdet, durch die ökonomischen Vorteile einer vielfachen landwirtschaftlichen Nebenbeschäftigung dagegen besonders gut fundiert.¹⁾

Am Rande sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß die scheinbar gesunde Wirtschaftsstruktur des Raumes, die straffe Zuordnung der verschiedensten Funktionen hinsichtlich eines reibungslosen Wirtschaftsablaufs im übergeordneten Raum auch teilweise räumliche Fehlentwicklungen einschließt. Im Laufe der letzten 60 Jahre, während der Zeit der industriellen Entwicklung haben sich verschiedene räumliche Gewichte herausgebildet, die allmählich als räumliche Belastungen empfunden werden. Die städtischen Gebiete sind gekennzeichnet durch ein Übermaß an Arbeitsplätzen, die ländlichen Gebiete durch ein Übermaß an Arbeitskräften oder in Betonung der strukturellen Mängel sozialökonomisch richtiger ausgedrückt, durch das Fehlen von Arbeitsplätzen. Es besteht daher kaum ein Zweifel, daß die gegenwärtige Situation des Großraumes nicht als ideal bezeichnet werden kann. In Angleichung an raumordnerisch normale Zustände müßte vielmehr eine weitgehende räumliche Geschlossenheit von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen erstrebt werden.²⁾ Unter diesem Gesichtspunkt ist die Industrialisierung der hiesigen Gebiete im Rahmen der eigenen arbeitswirtschaftlichen Tragfähigkeit zu befürworten. Es müßte sich jedoch unbedingt dabei um die Verlagerung von Betrieben aus den Ballungszentren des Bielefelder Raumes handeln. Die Ansiedlung zusätz-

1) Vgl. Ipsen, G. "Wohnwünsche der Pendler" in "Informationen" Institut für Raumforschung Bad Godesberg, 7. Jg. Heft 6.

2) Im Sinne einer sparsamen Verwendung der verfügbaren ökonomischen Kräfte. Vgl. Teil A Abs. III, 3 b).

licher Industriebetriebe aus weit entfernten Räumen hätte für das Untersuchungsgebiet zwar die gleichen erwünschten ökonomischen Auswirkungen, würde aber das wirtschaftliche Gleichgewicht des gesamten Systems Bielefeld-Gütersloh-WNO empfindlich stören.

Zu einem anderen Ergebnis führt die Untersuchung des obigen Tatbestandes der regionalen Trennung von Wohnraum und Arbeitsraum unter kommunalwirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Die größten Gewerbesteuerereinnahmen fließen den Gemeinden zu, in denen sich die industriellen Arbeitsstätten befinden und nur gering sind die Anteile, die die Arbeiterwohngemeinden aus diesen Einnahmen erhalten. Es ist deshalb nur zu verständlich, daß die Gemeinden versuchen, die Mängel des Finanzsystems durch eine oft den Gesichtspunkten der übergeordneten wirtschaftlichen Entwicklung zuwiderlaufenden Industrialisierung um jeden Preis auszugleichen. Diese Verhaltensweise entspricht einer bestimmten Zwangslage und verhindert eine sinnvolle Lösung des kommunalwirtschaftlichen Abhängigkeitsproblems.

Zunächst ist festzustellen, wie sich Betriebs.- und Wohngemeinde fiskalisch voneinander unterscheiden. Es ist bekannt, daß die Wohnsitzgemeinden pro Auspendler jährlich 100.-- DM von den Gewerbergemeinden im Gewerbesteuerausgleichsverfahren erhalten. Diese Einnahmen wachsen proportional mit der Zahl der Auspendler. Auf der anderen Seite verursachen die Auspendler in den Wohngemeinden kommunale Ausgaben für alle möglichen Versorgungsansprüche, die nach allgemeiner Feststellung mit zunehmender Zahl der Bewohner überproportional steigen. In den Betriebsgemeinden erhöhen sich die Gewerbesteuerereinnahmen mit zunehmender Entwicklung einzelner Betriebe bzw. mit Betriebsneugründungen überproportional gegenüber den zusätzlichen Ausgaben.^{1,2)}

In kommunalwirtschaftlicher Beziehung haben also die Gewerbergemeinden des Raumes WNO gegenüber den mehr landwirtschaftlich orientierten beträchtliche Vorteile aufzuweisen.

1) Vgl. Evers, H. "Gemeindegröße und Verwaltungsaufwand" in "Informationen" 7. Jg. Heft 7.

2) Vgl. Frank, Kirschnek "Finanzwirtschaftliche Betrachtung einiger Landgemeindetypen" in "Berichte über Landwirtschaft" 1956, Heft 4.

Folgendes Beispiel, das hier für die Gemeinde Liemke aufgegriffen wird, soll zeigen, wie sehr die Steuereinnahmen der Gemeinden durch Beschäftigung der Auspendler ansteigen können.¹⁾

Hiermit sollte nicht einer ökonomischen Autarkie der einzelnen Gemeinden das Wort geredet, sondern nur der objektive Tatbestand erläutert werden.

Eine Industrialisierung um jeden Preis in allen Gemeinden wäre aus gewichtigen übergeordneten Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung der strukturellen Verhältnisse nach wie vor verfehlt; nicht dagegen eine konzentrierte industrielle Entwicklung der vorhandenen Ansatzpunkte in den Gemeinden Liemke, Verl, Avenwedde und evtl. Kaunitz und Spexard. Durch die erforderliche Beschränkung auf wenige Schwerpunkte lassen sich aber die kommunalpolitischen Schwierigkeiten zwischen den "bevorzugten" und den relativ benachteiligten Gemeinden nicht beseitigen, da letztere wiederum nur durch ein Finanzausgleichsverfahren in unbefriedigender Weise an der industriellen Entwicklung beteiligt wären.

Angesichts dieser Tatsache wird eine im Hinblick auf die organische Gesamtentwicklung des Raumes unerwünschte Industrialisierung in den letzteren Gemeinden mit raumordnerischen Mitteln nicht zu verhindern sein und damit ebenfalls nicht eine unrationelle Verzettlung der ökonomischen Kräfte.

1) Die Gewerbesteuerereinnahme betrug 1956 363.163,-- DM = 229 DM pro Beschäftigten in gewerbesteuerpflichtigen Betrieben. Das Einnahmeverhältnis differiert zwischen jedem außerhalb und in der Gemeinde beschäftigten Arbeitnehmer demnach um 129 DM (theoretisch). Ceteris paribus könnten die Einnahmen durch die Beschäftigung der 1.248 Auspendler in der Gemeinde selbst gegenüber dem erzielten Gewerbesteuerausgleichsbetrag von 124.800,--DM um 160.992,--DM gesteigert werden. Durch eine weitere Industrialisierung läßt sich also eine Verbesserung der Steuereinnahmen der Gemeinden erzielen. Es soll hierbei aber nicht von den Industriefolgekosten abgesehen werden, die im erhöhten Maße auftreten. (M. Groll, "Die Industriefolgekosten" in "Informationen" Institut für Raumforschung, Bad Godesberg, 8. Jg. 1958, Heft 4/5, S. 85 ff.).

Es müßte daher nach einer besseren und exakteren Lösung gesucht werden, durch die sowohl die kommunalpolitische als auch die allgemeine soziale und ökonomische Entwicklung des Raumes in Einklang gebracht und ein Ausweg aus dieser Antinomie gefunden wird. Durch eine entsprechende Anpassung der veralteten Gemeindegrenzen an die künftigen Schwerpunkte kann eine Lösung - wie noch zu zeigen sein wird - auch für die letztere Problematik gefunden werden.

Das Grenzänderungsverfahren ist somit das zentrale, grundlegende Moment für eine siedlungs.- und kommunalpolitische Neugestaltung des Raumes sowie für seine wirtschaftliche Fortentwicklung.

Abschließend muß jedoch noch einmal betont werden, daß die Neuordnung der Besiedlung und der kommunalen Grenzen nur als die unabdingbare Voraussetzung für den weiteren wirtschaftlichen Aufbau des Untersuchungsgebiets nach bestimmten Grundlinien anzusehen ist.

III. Ansätze einer Neuordnung.

Die siedlungs.- und kommunalpolitische Neuordnung dieses Gebiets ist nur in enger Beziehung zu den strukturellen Verhältnissen in den Gemeinden und den Entwicklungstendenzen, im Grunde immer zu den unterschiedlichen Bevölkerungskategorien und deren Eingliederung in den räumlichen und ökonomischen Zusammenhang zu sehen.

In den Gemeinden dieses Raumes sind demnach die großen Gruppen:

- a) Bauerntum
- b) Bevölkerungsteile ohne Bindung an die Landwirtschaft einschließlich der hier ansässigen Gewerbetreibenden
- c) Bevölkerungsteile mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb zu unterscheiden.

Die Verteilung der Bevölkerung des Untersuchungsgebiets auf diese drei Gruppen geht aus der Untersuchung hervor.

In diesem Gebiet befinden sich Industrie und Landwirtschaft in enger räumlicher und wirtschaftlicher Verbundenheit. Beide Wirtschaftsbereiche üben auf die Lebensbedingungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung einen starken Einfluß aus.

So ist z.B. das Lebensziel der jüngeren ländlichen Generation entscheidend gewandelt worden. Die traditionellen Vorstellungen von der Zwangsbindung der Familie und deren Arbeitskraft an die Existenz des Hofes ist nicht mehr voll gültig. Angesichts der besseren und geregelteren Arbeits.- und Einkommensbedingungen in industriell-gewerblichen Beschäftigungsverhältnissen und des hieraus resultierenden höheren Lebensstandards konnte sich der industrielle Sog in einer zahlenmäßigen Verminderung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte auswirken. Von der Seite der Landwirtschaft sind als zusätzliche Ursachen die geringe Arbeitsproduktivität (nicht nur eine Folge der geringwertigen Böden) im Vergleich zur Industriearbeit und ihre schwache Marktposition zu nennen.

Eine der schwerwiegendsten Folgen dieser Entwicklung zeigt sich darin, daß die Arbeit in den unterschiedlich großen landwirtschaftlichen Betrieben fast ausschließlich mit familieneigenen Arbeitskräften bewältigt werden muß, obwohl die Größe der Betriebe nicht in allen Fällen den Kriterien echter Familienwirtschaften entspricht. So ist die Lösung des Betriebsgrößensystems im Raum WNO unter Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Struktur und ihrer Entwicklung eine der bedeutendsten Aufgaben zur Verbesserung der Agrarstruktur.

Unter den landwirtschaftlichen Betrieben des Raumes WNO bedürfen die echten Familienwirtschaften einer besonderen Förderung. Die Landwirtschaft kann sich in den Gemeinden des Untersuchungsgebietes neben der Industrie nur dann in einer wirtschaftlich gefestigten Position als zweiter großer Wirtschaftsfaktor behaupten, wenn die bäuerlichen Familienwirtschaften ihre Krisenfestigkeit durch Erhöhung der Produktivität, vor allem mittels einer besseren Ausstattung mit Maschinen, deren Anschaffung vielfach ihre Kräfte übersteigt, bewahren.

In den landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieben liegt die Last der Arbeit zwar auch auf den Schultern der ganzen Familie. Hier ist es jedoch in den meisten Fällen leichter möglich, die Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebes den jeweiligen Gegebenheiten anzupassen, da ja der Hauptteil des Familieneinkommens aus nichtlandwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit stammt. Unter gesamtwirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten kann die Situation in diesem Bereich problematisch werden, wenn der landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetrieb zu groß ist.^{1,2)}

Grundsätzlich ist aber die sozialökonomische Bedeutung der Nebenerwerbsbetriebe - vernünftige Betriebsgrößen vorausgesetzt - für die Existenz der Familie in Krisenzeiten und als ortsgebundenes Gegengewicht zu den überörtlichen Arbeitsverhältnissen nicht hoch genug einzuschätzen. Die landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe müßten so umgestaltet werden, daß sie die Voraussetzungen für die Anwendung moderner landwirtschaftlicher Arbeitsmethoden bieten. Andere Nachteile können durch die Spezialisierung auf die Erzeugung bestimmter Produkte behoben werden, z.B. durch die Umstellung auf Obst- und Gemüsebau oder - wie es sich hier im Raum verstärkt durchsetzt - durch Viehhaltung bzw. Hühnerzucht.

Das Vordringen der Industrie wird aus Gründen der arbeitswirtschaftlichen Konkurrenz (zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Beschäftigung) im Untersuchungsgebiet sicherlich dazu führen, daß künftig weitere, rein bäuerliche Existenzen aufgegeben bzw. zur Form der Nebenerwerbswirtschaft umgebildet werden. Der landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetrieb ist dazu ein geeignetes Mittel, die Menschen in krisenfester, sozial gesicherter Position auf dem Lande zurückzuhalten. Somit werden die Nebenerwerbslandwirte auch in Zukunft eine besonders wichtige Bevölkerungsgruppe des Raumes WNO bilden.³⁾

1) Vgl. Ohlsen, K.H. "Veränderungen in der westdeutschen Agrarstruktur" in "Raumforschung und Raumordnung" Jg. 1956.

2) Vgl. Priebe, H. "Die Entwicklung der westdeutschen Agrarstruktur im Aufgabenbereich der Landesplanung" Münster 1957.

3) Vgl. Rüstow, A. "Vitalsituation" Teil A, Abs. II.

Zahlenmäßig am stärksten ist der nichtlandwirtschaftliche Bevölkerungsteil. Die sozialökonomische Situation in diesem Bereich ist entscheidend durch die Pendelwanderung zu den städtischen Arbeitsplätzen gekennzeichnet. Je mehr durch diesen Tatbestand die natürliche soziologische Homogenität der Gemeinden gesprengt und grundverschiedene, sich voneinander abhebende Lebensräume geschaffen werden, um so mehr treten soziale Gegensätze zwischen den in der Landwirtschaft und den im industriell-gewerblichen Sektor tätigen Bevölkerungskreisen zutage. In den industriell-gewerblichen Gemeinden des Untersuchungsgebietes vollzieht sich die Auseinandersetzung der sozialen Kategorien Stadt und Land am unmittelbarsten, da hier die gegensätzlichen Pole direkt miteinander in Berührung kommen.

Die Städte auf der einen Seite dehnen ihren Einfluß in ökonomischer, sozialer und kultureller Beziehung immer stärker auf das Umland aus und liefern damit Impulse zur Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens auf dem Lande. Das wirkt sich im Untersuchungsgebiet - wie bereits betont - nicht etwa in erster Linie darin aus, daß im größeren Ausmaß der Wohnort auf dem Land aufgegeben wird. Es wird vielmehr die räumliche Abgeschlossenheit des Raumes WNO vielfach durchbrochen und die ökonomische und soziale Struktur ehemals reiner Bauerngemeinden in der geschilderten Weise aufgelockert. Aus den dadurch entstehenden Übergangsformen ergeben sich Ansatzpunkte für eine planvolle Entwicklung, und zwar in der Weise, daß das innere Gefüge der Gemeinden einem neuen Leitbild, neuen Ordnungsprinzipien unterzuordnen ist. In diesem Raum kann sich eine Synthese ländlicher und städtischer Lebensformen vollziehen. Beide Extreme verknüpfen und entwickeln sich hier aneinander, beide stehen unter dem gleichen Gesetz des gesamt-gesellschaftlichen Werdeganges, in dem die Verstädterungstendenzen überwiegen und die Richtung der räumlichen Entwicklung angeben. Die städtischen Kraftfelder und die Intensität ihrer Einwirkungen auf die Verhaltensweise der Menschen sind bedeutende Kriterien für spätere raumordnerische Maßnahmen.

In diesem Sinne erhält der Ausbau vorhandener Kerne zu räumlichen Zentren ein großes Gewicht.¹⁾

1) Vgl. Teil A, Abs. III, 3 a).

Ansatzpunkt für die raumordnerische Gestaltung des Untersuchungsgebietes ist der Mensch und seine Beziehung zu den landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten, die räumliche Anordnung von Wohnen und Arbeiten, wobei den sozialen Entwicklungstendenzen der einzelnen Bevölkerungsgruppen Rechnung getragen wird.

Es handelt sich um die Lösung zweier Aufgaben :

- 1) Schaffung einer baulichen Ordnung, bei der die Beziehungen zwischen Mensch, Raum, und Wirtschaft zu beachten sind.
- 2) Schaffung einer kommunalpolitischen Ordnung, in der wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Einheiten in ihrer Abgrenzung weitgehend übereinstimmen, damit die Entwicklung der unter 1) genannten Grundlagen aus der gesamten räumlichen Konzeption ihren Sinn erhält.¹⁾

Teil D MÖGLICHKEITEN DER SIEDLUNGS.-UND KOMMUNALPOLITISCHEN NEUORDNUNG IM UNTERSUCHUNGSGEBIET.

Bezüglich der Flächennutzungspläne können auf Grund der sehr schwierigen ortsplanerischen Materie und der hiermit verbundenen Kleinarbeit nur die großen, grundsätzlichen Fragen, der Rahmen, in dem sich die künftige bauliche Entwicklung der Gemeinden abwickeln soll, besprochen, die Startbedingungen, unter denen das Verfahren zur Ordnung der Flächennutzung abläuft, gesetzt werden. Die folgenden Maßnahmen dienen dem Zweck, eine Ordnung der raumbestimmenden Faktoren zu fördern und die einzelnen Wohnplätze zu festen, zentralen Bestandteilen von

1) Diesem Abschnitt lagen folgende allgemeine Literaturquellen zugrunde:

Croon, H. "Deutsche gemeindesoziologische Forschungen der Nachkriegszeit" in "Der Städtetag" 1959 Heft 9.

König, R. "Die Gemeinde im Blickfeld der Soziologie" in "Handwörterbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis" Berlin-Göttingen-Heidelberg 1956, Band 1.

Gemeinden zu machen. Die geplante Nutzungsordnung ist unbedingt ortsrechtlich zu verankern, damit nicht wieder Diskrepanzen zwischen tatsächlicher und ortsplanerisch bzw. wirtschaftlich erwünschter Entwicklung auftreten können.

I. Flächennutzungspläne.

Der gemeindliche Flächennutzungsplan ist das Bindeglied zwischen Raumordnungsplan und Fachplan, z.B. in der Form des Durchführungsplans. Seine Zwischenstellung, seine Funktion zwischen verschiedenen Planungsebenen ermöglicht es, die übergeordneten Absichten der Raumordnung bis zur Verwirklichung in den Gemeinden zu führen und umgekehrt spezielle Planungsmaßnahmen der Gemeinden mit der übergeordneten Planung abzustimmen. Er ist also ein Raumordnungsplan auf mittlerer Ebene und schließt sich jeweils für den Bereich einer Gemeinde unmittelbar an die für größere zusammenhängende Planungsgebiete aufgestellten Raumordnungspläne an.¹⁾

Der Flächennutzungsplan versucht, die räumlichen Faktoren und die in die verschiedensten Richtungen strebenden menschlichen Kräfte mit dem Ziele einer planmäßigen Entwicklung zu koordinieren. Der zur Verfügung stehende Raum soll einer optimalen Nutzung zugeführt werden. Hierzu ist es nötig, die vielfältigen, sich oft überschneidenden Interessen aufeinander abzustimmen. Dies gilt nicht nur für das Gemeindegebiet, sondern auch für das Verhältnis der Gemeinden zum umgebenden Raum. Mit diesem ist jede der Gemeinden des Untersuchungsgebiets so eng verbunden, daß eine isolierte Planung, unabhängig von einer auf das Ganze abgewogenen Raumkonzeption zu Fehlentwicklungen führen würde.

Im Rahmen der Richtlinien für eine übergeordnete Raumordnung und ihre Strukturziele ist jeder Gemeinde das Recht und die Freiheit zugesichert, ihr Gebiet unter Beachtung einer vernünftigen

1) In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß Landesplanung nur die Planvorbereitung beinhaltet, daß aber die Durchführung von Flächennutzungsplänen allein Aufgabe der kommunalen Gebietskörperschaften und der Fachressorts ist.

Planung individuell zu gestalten. Die Verteilung des Grund und Bodens ist gemeindliche Selbstverwaltungsaufgabe. Es ist selbstverständlich, daß dieses Verfahren einer rechtlichen Fundierung und gewisser wirtschaftlicher und städte- bzw. ortsplanerischer Ziele nicht entbehren kann.

1. Gesetzliche Vorschriften.

Die Vergangenheit bis zum Jahre 1950 hat gezeigt, daß das damals gültige Baurecht keineswegs ausreichend war, die planmäßig geordnete Entwicklung der Gemeinden, einen den Erfordernissen des modernen Städtebaues entsprechenden Wiederaufbau bzw. eine in die Zukunft weisende Neugestaltung der ländlichen Gemeinden zu gewährleisten.

Aus dem Jahre 1950 bzw. 1952 stammt die erste bzw. zweite Fassung des Aufbaugesetzes von Nordrhein-Westfalen, nach dem es möglich ist, rechtsverbindliche Flächennutzungspläne für die Gemeinden aufzustellen. Die Rechtswirkungen erstrecken sich dabei u. a. nach § 8 auf die alleinige Zulässigkeit vorbestimmter Flächennutzungen.¹⁾

Die Art der Nutzung des Gemeindegebietes wird in einem Plan - im Aufbaugesetz Leitplan genannt - festgelegt.

Im Leitplan ist darzustellen:

"Die beabsichtigte Entwicklung des städtebaulichen Aufbaus der Gemeinde als Ganzes, insbesondere mit Rücksicht auf die Verteilung und die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung sowie auf die Erfordernisse der Land- und Forstwirtschaft, des Bergbaues, der Energie und Wasserwirtschaft, des Gewerbes, des Verkehrs und der Landschaftsgestaltung. Dementsprechend sind im Leitplan insbesondere festzulegen: die künftige Gliederung des Gemeindegebiets, die Führung des Durchgangs- und Ortsverkehrs, grundsätzliche Angaben über die Aufschließung, die Wohndichte

1) Weitere Einzelheiten der sehr umfangreichen Materie sind dem Aufbaugesetz bzw. dem ausführlichen Kommentar zu entnehmen.

und die beabsichtigte Art der Bebauung sowie über die vorgesehene Verteilung der öffentlichen Gebäude usw."¹⁾

Hiermit dürfte das gesamte Gemeindegebiet raumordnerisch oder planerisch erfaßt sein und jeder Nutzungsanspruch in der Gemeinde seinen zugehörigen Raum bekommen.

Soweit die Theorie der Flächennutzungspläne. Die Anwendung des Aufbaugesetzes ist in der Praxis wesentlich schwieriger. Neben der gegenwärtigen Struktur der Gemeinden, der gegebenen Anordnung räumlicher Faktoren treten auch persönliche Interessen der Gemeindebewohner einer erfolgreichen Durchführung von Planungsabsichten vielfach hemmend entgegen.

Abgesehen von den zuletzt genannten Schwierigkeiten entscheidet sich die Gunst der Voraussetzungen im wesentlichen danach, ob es sich in den Gemeinden um geschlossene, abgerundete Baukörper handelt oder um regellos zersiedelte Gebietsteile.

In Streusiedlungsgemeinden ist daher mit großen Schwierigkeiten in der Ordnung der Flächennutzung zu rechnen, d.h. also in allen Gemeinden des Raumes WNO mit Ausnahme von Friedrichsdorf.

2. Besondere Schwierigkeiten im Streusiedlungsgebiet.

In den vorstehenden Teilen der Untersuchung wurde festgestellt, daß mit der Zunahme der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung die geordnete Gliederung der Gemeindegebiete aufgelöst und vielfach durch wahllos gestreute Ansiedlungen zerrissen wurde. Der Gang dieser Entwicklung wird bereits als ortsüblich und normal angesehen. Hieraus erklären sich auch die Widerstände der Bewohner in den Gemeinden gegen eine planmäßige Ordnung der Bebauung.

Es ist jedoch zu beachten, daß die Einzellage bäuerlicher Gehöfte aus betriebswirtschaftlichen Gründen erforderlich ist.

¹⁾ Gesetz über Maßnahmen zum Aufbau in den Gemeinden in der Fassung vom 29.4.1952 in: Sammlung des bereinigten Landesrechts vom 1945-1956, Düsseldorf 1957 und Ernst und Friede: "Kommentar zum Aufbaugesetz" Düsseldorf 1958 4. Auflage.

Die Struktur der bäuerlichen Ansiedlung ist daner unantastbar und soweit nicht landwirtschaftliche Betriebe durch die zunehmende nichtlandwirtschaftliche Bebauung eingeengt und in ihrer Existenz bedroht sind, wird ihre Lage im Raum ohne Einwendungen als geordnet hinzunehmen sein.

Dagegen ist zu prüfen, wie sich der landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetrieb in seiner räumlichen Anordnung zu dem ortsplanerischen Prinzip verhält, demzufolge z.B. die nichtlandwirtschaftlichen Wohn- und Arbeitsstätten bei den Schwerpunkten der gewerblichen Wirtschaft, des Verkehrs, der Versorgungs- und zentralen Einrichtungen zusammengefaßt werden sollen. Hier ist zu unterscheiden zwischen Nebenerwerbswirtschaften, die sich aus rein landwirtschaftlichen Anfängen entwickelt haben und Neugründungen dieser Betriebsarten. Im ersteren Falle sind sie den landwirtschaftlichen Betrieben in der Beurteilung ihres Standortes gleichzustellen. Im zweiten Fall ist unbedingt ein Standort in der Nähe größerer Siedlungskörper auszuwählen, damit eine möglichst geschlossene Lage zu den übrigen Baukörpern erreicht wird.

Es ist bekannt, daß sich im Raum WNO, der künftig von drei Seiten im städtischen Einflußbereich steht und auch einer eigenen industriellen Entwicklung entgegensieht, ein langfristiger Werdegang von bäuerlichen zu nichtlandwirtschaftlichen Lebensformen abspielt, daß die Nebenerwerbswirtschaft in diesem Rahmen vielleicht auch nur eine Übergangsform ländlicher Siedlung ist. Diesem Umstand ist bei einer Ordnung der Flächennutzung und des baulichen Sektors in der Weise Rechnung zu tragen, daß etwa künftig freiwerdende landwirtschaftliche Flächen (Verkleinerung der Nebenerwerbsbetriebe) für andere Zwecke genutzt werden können, ohne daß es wiederum einer umwälzenden Neuordnung bedarf.

Über die innere Ordnung der nichtlandwirtschaftlichen Splitter- und Streusiedlung entscheiden ortsplanerische Regeln und Gesetze, die die Wahl der künftigen Standorte für die Faktoren Arbeit, Wohnung, Erholung, Konsum, Verkehr, Kultur und Verwaltung unter ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten zum Inhalt haben. Die ortsplanerischen Entscheidungen werden von Fall zu Fall und von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich zu treffen sein. Immer

gilt jedoch, daß es für die Lösung des Streusiedlungsproblems kein Patentrezept gibt, daß der Raum alle Fehler tragen muß, die mit der Erstellung von Häusern, Fabriken, Kirchen, Schulen verbunden sind. Noch viele Generationen werden mit den zusätzlichen Kosten, die durch die bekannte Art der räumlichen Nutzung in WNO entstanden sind, belastet sein. Schwieriger ist es aber, die althergebrachten Siedlungsgewohnheiten, die persönlichen, egoistischen Interessen entsprachen, zu unterbinden und an ihre Stelle ein von der Verantwortung der Gemeinden getragenes, neues Ordnungsprinzip einzusetzen. Das Verständnis aller Einwohner und ihr guter Wille, die Unordnung vergangener Zeiten selbst unter großen persönlichen Opfern zu verhindern, ist der Anfang für den Aufbau einer besseren und gesunden Zukunft in den Gemeinden. Der Einzelne ist als Träger der Gestaltungsaufgabe daher so wichtig wie die Gesamtheit der Bürgerschaft.

Der Ordnungserfolg hängt weitgehend davon ab, daß Planung, örtliche Rechtsetzung und Baulandbeschaffung Hand in Hand gehen. Gerade die Baulandbeschaffung ist das wichtigste Moment und die wirksamste Maßnahme für die planmäßige Lenkung der Bebauung und die Vermeidung von Splittersiedlung. Die Lösung des Problems ist aber nur dann zu erreichen, wenn sich die Besitzverhältnisse einer neuen räumlichen Ordnung anpassen lassen. Auf diesem Sektor ist in den Gemeinden der härteste Widerstand gegen die neue Ordnung der Streusiedlungsbebauung zu erwarten, und zwar immer dann, wenn verhindert wird, daß Söhne und Töchter ihre Wohnung nach althergebrachter Sitte auf dem elterlichen Grundstück errichten können. Die Schwierigkeiten sind damit weniger rechtlicher oder allgemein volkswirtschaftlicher Art, als vielmehr psychologischer oder technisch-organisatorischer Natur. Sie liegen unter Umständen aber auch darin begründet, daß die Bewohner bzw. Grundbesitzer des Raumes gedanklich keinen Zugang zu dem Begriff Gemeinde als gemeinschaftliches Ganzes haben.

Die Veränderung der Besitzverhältnisse trifft in den Gemeinden des Raumes WNO, in dem die Bewohner sehr mit dem Boden verwurzelt und verbunden sind, auf schwer überwindbare Hindernisse, die teilweise darin begründet liegen, daß die kommunalen Stellen durch örtliche Rücksichten häufig zurückgehalten werden, besitzändernden Maßnahmen zuzustimmen.

Die Ortsplanung ist vorwiegend von der Grundlage einer sozial-ökonomischen und städtebaulichen gesunden Ordnung des Grund und Bodens aus als Bestandteil einer vernünftigen gemeindlichen Verfassung zu sehen. Hiermit wird das Problem der geplanten baulichen Entwicklung im Kern erfaßt, wobei es die Aufgabe des örtlichen Baurechts ist, entsprechende Hilfestellungen zu geben, die besonders in Splittergemeinden in Anspruch genommen werden.

Es sei auch auf folgende Verfahrensmöglichkeiten hingewiesen:

1. Maßnahmen im Rahmen des Aufbaugesetzes.
2. Investition öffentlicher Mittel an Stellen, an denen eine Fehlentwicklung ausgeschlossen ist.
3. Aufklärung der Bevölkerung über die Nachteile der unorganischen Streusiedlung.
4. Freiwillige Vereinbarung über Landabgabe.
5. Grundstücksvorratspolitik der Gemeinden.
6. Einsatz gemeinnütziger, ortsfremder Siedlungsträger.
7. Landerwerbsfonds.

Unter normalen Umständen werden die gesetzlichen Bestimmungen ausreichen, den Fortbestand einer bereits bestehenden vernünftigen Ordnung zu gewährleisten oder Abweichungen von ihr zu verhindern. Auf die Praxis der hiesigen Streusiedlungsgemeinden übertragen, ist es jedoch sehr fraglich, ob die Ordnungsziele: bauliche Schwerpunktbildung in den Gemeinden, Schutz von Landwirtschaft und Landschaft und Verhinderung einer übermäßigen Streusiedlung, Eingliederung jedes Einzelnen in den Gemeindeorganismus in absehbarer Zeit erreicht werden können. Wesentlich optimistischer wäre dann zu urteilen, wenn die Gemeinden aus Überzeugung an dieser Aufgabe mitarbeiten würden, wobei erfreulicherweise zu berichten ist, daß sich bereits vier der acht Gemeinden aktiv in diesen Aufgabenbereich eingeschaltet haben.

Der Hinweis auf die besonderen Schwierigkeiten der Ordnung der Grundbesitzproblematik im Streusiedlungsbereich soll in diesem Rahmen genügen. Einzelheiten der Planung können nicht erschöpfend behandelt werden, da es hierzu tiefgreifender Einzeluntersuchungen bedarf, die über die Aufgabe dieser Untersuchung hinausgehen würden und die auch insbesondere die Fragen der Neuordnung im übergeordneten Raum einzuschließen hätten.

II. Kommunale Neugliederung.

Bei der Ortsplanung und der Lösung von Siedlungsfragen ist vielfach die Situation gegeben, daß die nach baulichen, nach wirtschaftlichen und soziologischen Gesichtspunkten zusammengehörigen Siedlungsgebiete und Wohnplätze teilweise in zwei, teilweise in drei verschiedenen Gemeinden liegen. In einigen Fällen sind sogar die Ortskerne davon betroffen.

Aus diesem räumlichen Zustand ist zu folgern, daß im Hinblick auf die Schaffung echter, lebensfähiger Ortsgemeinden die genannten Ordnungsziele durch ein entsprechendes Neugliederungsverfahren zu einer sinnvollen, raumordnerischen Gesamtmaßnahme im regionalen Rahmen zu ergänzen sind. Die kommunale Neugliederung verfolgt das Ziel, die inzwischen gebildeten Raumeinheiten auch öffentlich-rechtlich zu festigen und die Verwaltungsorganisation auf ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Lebensnotwendigkeiten abzustimmen. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ist es selbstverständlich, daß die Bevölkerung nach den Gegebenheiten der echten ortsverbundenen Zusammengehörigkeit an den Verwaltungsaufgaben teilnimmt und nicht nach den Bedingungen einer raumwidrigen kommunalen Gliederung.¹⁾

1. Rechtliche Grundlagen.

Die rechtlichen Grundlagen zur Gebietsänderung sollen nur soweit betrachtet werden, wie sie den objektiven Rahmen, den Bereich der Grenzänderungsmöglichkeiten festlegen.

Von übergeordneter, grundlegender Bedeutung ist die verfassungsrechtliche Grundsatzbestimmung des § 5 der Gemeindeordnung von NRW.:

"Das Gebiet jeder Gemeinde soll so bemessen sein, daß die örtliche Verbundenheit der Einwohner gewahrt und die Leistungsfähigkeit

1) Dies entspricht der im ersten Teil der Untersuchung geforderten Schaffung gesunder, möglichst selbständiger Raumeinheiten. Vgl. Teil A, Abs. I, II, III, 3 a).

der Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist."¹⁾

Die Leistungsfähigkeit einer Gemeinde hängt nicht primär von der Größe ihrer Fläche, sondern von ihrer sozialökonomischen Struktur ab. Auf Grund des gegenwärtigen kommunalen Finanzsystems werden vor allem eigene Einnahmequellen als Basis der gemeindlichen Leistungsfähigkeit und damit gegebenenfalls auch als entscheidender Maßstab bei der Vornahme von kommunalen Grenzberichtigungen angesehen. Die Beurteilung der Situation im Raum WNO soll jedoch weitgehend von dieser einseitigen (fiskalischen) Interpretation der kommunalen Leistungsfähigkeit gelöst und auch unter Beachtung der Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Einheit und Selbständigkeit und der zukünftigen Existenzmöglichkeit neu gegliederter Gemeinden vorgenommen werden.

Rechtliche Einzelheiten sind in der Gemeindeordnung in § 14 (Voraussetzungen), § 16 (Durchführung) und § 17 (Wirkungen von Gebietsänderungen) festgelegt. Von Interesse dürften die gesetzlichen Voraussetzungen sein:

§ 14 der Gemeindeordnung sagt aus:

1. "Aus dringenden Gründen des übergemeindlichen öffentlichen Interesses können Gemeindegrenzen geändert, Gemeinden aufgelöst oder neu gebildet werden. Bei diesen Maßnahmen muß der Wille der betroffenen Bevölkerung berücksichtigt werden.
2. ...
3. ...
4. Vor einer Änderung des Gemeindegebiets sind die beteiligten Gemeindeverbände zu hören.
5. Werden durch die Änderung von Gemeindegrenzen die Grenzen von Gemeindeverbänden berührt, so bewirkt die Änderung von Gemeindegrenzen ohne weiteres die Änderung der Gemeindeverbandsgrenzen."²⁾

1) Gemeindeordnung für das Land NW vom 21.10.1952 in "Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land NW" Sonderband: Sammlung des bereinigten Landesrechts 1945 - 1956, Düsseldorf 1957.

2) Gemeindeordnung für das Land NW, a.a.O.

Der Souveränität bei Entscheidungen in Umgemeindungsfällen sind zwei Schranken gezogen:

Es ist der Nachweis über das übergemeindliche öffentliche Interesse und über den Willen der betroffenen Bevölkerung zu führen. Hinsichtlich der Einstellung der betroffenen Bevölkerung bietet die vorliegende Untersuchung keinen exakten Anhaltspunkt.

Der Rechtsgrundsatz: "Dringende Gründe des öffentlichen Wohles" ist nicht zu umgehen, da er inhaltlich einen Teil der Grenzänderungsvorschläge umfaßt. Sogar nach Einigung der betroffenen Gebietskörperschaften ist noch zu prüfen, ob die Grenzänderung auch im Interesse des öffentlichen Wohles liegt.

Die Auslegung des Begriffs "öffentliches Wohl" und die Abwägung der für und gegen die Umgemeindung sprechenden Gründe ist schwierig. Immer werden die Argumente für die Umgemeindung weit in der Überzahl sein müssen, wobei natürlich die übergemeindlichen Interessen jeweils getrennt gegenüberzustellen sind.

Diese kurzen Ausführungen dienten dazu, den notwendigsten Einblick in die gesetzlichen Rahmenvorschriften zu geben, gewissermaßen als Orientierungsmöglichkeit für die konkreten Vorschläge.

2. Allgemeine Begründungen.

Die Maßnahmen zur Neuordnung der kommunalen Grenzen sind besonders unter der Perspektive einer generellen Ordnung der Kräftefelder Stadtbereich auf der einen und Landbereich auf der anderen Seite in Übereinstimmung mit den theoretischen Richtlinien zu sehen.¹⁾

Es ist aus der Untersuchung bekannt, daß die lokalen Lebenszusammenhänge räumlicher Gegensätze von Stadt und Land weit in den benachbarten Raum hineinwirken und keineswegs im engen kommunalen Bereich eingegrenzt sind. Auch im Raum WNO sind umformende Kräfte am Werk. Die Entwicklungstendenzen der ökonomischen und sozialen Struktur sind deutliche Anzeichen dafür. Da alle Grenzänderungsmaßnahmen dem generellen Ziel der Schaffung gesunder und leistungsfähiger Gemeinwesen unterstellt sind, müssen

1) Vgl. Teil A, Abs. III, 3 a).

auch diese Kräfte genügend beachtet werden. Es reicht daher nicht aus, die Beurteilung der kommunalen Neuordnung aus örtlichen Kollisionen von Baugebieten und Gemeindegrenzen oder aus finanz.- und verwaltungspolitischen Konsequenzen abzuleiten. Der Beurteilung muß der gesamte organisch-funktionale, also der weit über das summenhafte, räumliche Nebeneinander hinausgehende Raumzusammenhang zugrunde liegen. Erst aus dieser Sicht werden Lösungen stammen, die nicht nur unerwünschte Eingemeindungsbestrebungen bzw. die kommunalpolitische Auflösung wirtschaftlich abhängiger Gemeinden zum Inhalt haben, sondern die im Gegensatz dazu gerade auf die ökonomische und soziale Ver selbständigung und Gesundung der Gemeinden gerichtet sind als Voraussetzung für eine den gesamten überregionalen Zusammenhängen entsprechenden Bildung von wirtschaftlichen Schwerpunkten im ländlichen Raum.¹⁾

Die kommunale Neuordnung ist in diesem Falle die Voraussetzung einer funktional richtigen Raumordnung des Untersuchungsgebiets, einer Raumordnung, die zugleich auf die Lebensraumgestaltung gerichtet ist.

Mit Rücksicht auf die dynamische Entwicklung der Städte und Industriezentren ist es für den ländlichen Bereich eine lebensnotwendige Aufgabe, dieser Kräftezusammenballung wirksame Gewichte entgegenzusetzen. Nur in leistungsfähigen Gemeinden, die alles andere als wirtschaftlich unselbständige, unzufriedene, strukturell vereinseitigte Vororte in dem sich mächtig ausbreitenden städtischen Wirtschaftsraum sein dürfen, können die notwendigen Kräfte aktiviert werden. Nur so wird letztlich ein gleichgewichtiger Aufbau des Raumes gelingen, die Herstellung einer regionalen balance im ökonomischen und sozialen Sinne, die Verhinderung räumlicher Disharmonien und Disproportionalitäten zwischen den einzelnen Gemeinden des Raumes WNO und des übergeordneten Raumes.

Die Neuordnung der kommunalen Grenzen ist also eine bedeutende raumordnerische Maßnahme, wenn sie bis in die Tiefe des Problems einzudringen vermag und nicht im äußeren, räumlich administra-

1) Grenzänderungsmaßnahmen sind aber im Hinblick auf die generelle Zielsetzung bedeutungslos, wenn sie nicht auch gleichzeitig durch eine raumordnerisch gerechtfertigte wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Gemeinden ergänzt werden.

tiven Bereich der Eingemeindung im üblichen Sinne stecken bleibt.¹⁾

Aus diesen Gründen wird die Entwicklung der öffentlichen Verwaltung seit längerer Zeit im Zusammenhang und in Abhängigkeit von der natürlichen, sozialen und ökonomischen Struktur des verwalteten Raumes gesehen, also von Faktoren, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Raumes und seine Eigenständigkeit begründen. Es ist in diesem Sinne nur zu verständlich, daß die heutigen Bestrebungen dahin gehen, die Gemeindegebiete in voller Identität von Verwaltungseinheit und leistungsfähiger räumlicher Einheit abzugrenzen. Die Entwicklung in den Gemeinden des Raumes WNO stimmt nicht mit diesem Grundsatz überein und ist vielfach unabhängig von den durch die gegenwärtigen Grenzen abgeteilten Gemeindegebieten nach eigenen Gesetzen verlaufen. Die so entstandenen "Gemeinden" entsprechen in vielen Kriterien nicht dem Bild, das man sich nach dem gegenwärtigen Stand der Raumordnung von einer kommunalpolitisch und kommunalwirtschaftlich gut entwickelten und künftig lebensfähigen Gemeinde machen kann.

Die örtliche Verbundenheit der Einwohner in einem natürlichen Mittelpunkt des täglichen Lebens und Geschehens und die Leistungsfähigkeit sind die gesetzlich verankerten Komponenten im Hinblick auf die Abmessung der optimalen Gemeindegröße. Ist eine dieser Forderungen nicht erfüllt, so ist aus § 5 GO²⁾ zu schließen, daß die Größe der Gemeinde diesen Forderungen anzupassen bzw. die unzweideutig in örtlicher und soziologisch abgeschlossener Lebensgemeinschaft verbundene Bevölkerung zu einer öffentlich-rechtlichen Ortsgemeinschaft zusammenzuschließen ist, sofern die Leistungsfähigkeit dieser Ortsgemeinschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit dadurch gesichert wird. Die örtliche Verbundenheit kann sowohl räumlich als auch im Sinne des Zugehörigkeitsgefühls zu einer bestimmten örtlichen Gemeinschaft gegeben sein. In den meisten Fällen besteht zwischen den einzugemeinden Teilen auch eine in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Momenten beruhende örtliche Verbundenheit der Einwohner, die dringend der öffentlich-rechtlichen Bestätigung bedarf.

1) Vgl. Einleitung.

2) Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.1952, § 5.

Der Maßstab von Umgemeindungen und Grenzänderungen ist die "Leistungsfähigkeit" der Gemeinde in einem nach wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und auch landschaftlichen Gesichtspunkten einheitlichen und auch künftig in diesem Sinne entwicklungs-fähigen Gemeindegebiet. Dieses Verfahren entspricht dem aus dem sozialen und ökonomischen Leitbild abgeleiteten Grundsatz der Lebensraumgestaltung durch raumordnerische Maßnahmen.

Die Praxis der Umgemeindung stößt auf große Schwierigkeiten, auch dann, wenn auf sachlicher Ebene die Klärung des Falles bereits herbeigeführt ist. Das kommunalpolitische Denken wird sehr von fiskalischen und territorialen Fakten bestimmt, davon, ob neue Steuerquellen für die Gemeinde erschlossen werden können oder ob vorhandene verlorengehen. Das gleiche gilt für den Grund und Boden. Von dieser Seite werden Grenzänderungen - wobei es nicht ohne die Neuverteilung bestimmter Gebiete geht - die allergrößten Schwierigkeiten entgegengebracht. Dieser Punkt sei aber nur am Rande erwähnt, da hierdurch das Grenzänderungsproblem nur oberflächlich berührt wird. Vermögensrechtliche Fragen, die während des Grenzänderungsverfahrens auftauchen, sind zwischen den Gemeinden vertraglich zu regeln. Sie bleiben in der weiteren Untersuchung unbeachtet, ebenfalls Probleme, die auf einfache Weise verwaltungsrechtlich gelöst werden können.

III. Grenzänderungsvorschläge.

1. Eckardtsheim-Sende-Senne II.

Die gegenwärtige Grenzziehung wird als bekannt vorausgesetzt.

Im nördlichen Zipfel der Gemeinde Sendeliegt - durchschnitten von der Gemeindegrenze zwischen Sendel und Senne II, zugleich auch Kreisgrenze zwischen den Landkreisen Bielefeld und Wiedenbrück - die um die Jahrhundertwende im Zuge der Beseitigung sozialer Notzustände gegründete Arbeiterkolonie Eckardtsheim, eine Zweiganstalt der Hauptanstalt Bethel in Bielefeld-Gadderbaum. Das Gebiet ist zum überwiegenden Teil im Besitz der Hauptanstalt Bethel. Die Verwaltung der Zweiganstalt wird von der Hauptverwaltung in Bethel wahrgenommen.

Die Baukörper des Gebietes Eckardtsheim erstrecken sich über die Gemeinden Sende und Senne II. So liegen u.a. die Kirche und einige andere bedeutende Gemeinschaftseinrichtungen in der Nachbargemeinde Senne II. Der gesamte Anstaltskörper ist baulich relativ geschlossen und gut gegen das übrige Gebiet abgeschrmt.

Eckardtsheim hat auf Grund seiner eigenen soziologischen Struktur keinen engeren Kontakt mit der übrigen Gemeinde und wird daher immer als kommunalpolitischer Fremdkörper empfunden.

Es erscheint zweckmäßig, die Zweiganstalt Eckardtsheim territorial als ein einheitliches Gebiet abzurunden und als Teil der Verwaltungseinheit Gadderbaum bzw. Bethel zu behandeln.

Diese Verfahrensweise entspricht dem § 5 GO., wonach eine klare, dem inneren soziologischen Gefüge entsprechende Abgrenzung des Gemeindegebiets anzustreben ist. Mit dieser Regelung verbinden sich verwaltungsorganisatorisch große Vorteile dadurch, daß die Verwaltung der Enklave Eckardtsheim nun direkt und nicht mehr mit allen erdenklichen Hindernissen über das Amt Verl bzw. die Kreisverwaltung in Wiedenbrück abgewickelt wird.

Die Ausgliederung dürfte auf keinen großen Widerstand stoßen, da es sich bei Eckardtsheim nicht um einen mit der Gemeinde Sende verwachsenen oder im engen Kontakt mit der kommunalen Entwicklung gewachsenen Teil des Gemeindegebiets handelt, der für die gesunde Fortentwicklung des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in der Gemeinde Sende unentbehrlich ist.

Der weitere Werdegang der Gemeinde Sende wird durch die beabsichtigte Neugliederung keineswegs negativ beeinflusst. Es ist nicht beabsichtigt und wegen der Besitzverhältnisse nicht möglich, die Besiedlung und die gewerblichen Faktoren der Gemeinde trotz günstigster Verkehrsverbindungen künftig in dieses Gebiet zu verlagern. Auch von dieser Seite bestehen also keinerlei Bindungen über die Situation hinaus, die durch den heutigen Grenzverlauf gekennzeichnet ist.

Es gehört zu den grundlegenden Aufgaben einer planvollen Raumordnung, die kommunalen Grenzen mit den wirtschaftlichen,

sozialen und vernünftigen verwaltungsorganisatorischen Gegebenheiten wieder in Einklang zu bringen und das Gemeindegebiet Sende auf das gegenwärtige und zukünftig seinem inneren soziologischen Aufbau entsprechende Restgebiet zu beschränken.

Die Grenzen von Eckardtsheim und Wilhelmsdorf stimmen mit den Besitzgrenzen überein. Die Ausgemeindung in den Kreis Bielefeld bzw. nach Senne II würde aber zweckmäßigerweise nicht dem augenblicklichen verwirrenden Grenzverlauf folgen. Durch bestimmte Flächenumlegungen könnte es ermöglicht werden, daß die Gemeindegrenze künftig an der markanten Linie des Strotbaches verläuft. Als Mindestforderung verbindet sich mit der Ausgliederung jedoch, daß die Besitzgrenzen eingehalten werden, damit es nicht entgegen den hier gegebenen Begründungen zu einer Erweiterung der Anstalt Bethel in der Gemeinde Sende kommt.

Nördlich von Eckardtsheim verbleibt noch ein schmaler Gebietsstreifen der Gemeinde Sende, der sich in Privatbesitz befindet. Diese Fläche wäre ebenfalls in das Neugliederungsverfahren einzubeziehen, und zwar nicht ohne beträchtliche finanzielle Nachteile für die Gemeinde Sende. Hier liegt ein holzverarbeitender Betrieb, der sich in den Jahren 1952 bis 1956 nach der Zahl der Beschäftigten von 25 auf 47 fast verdoppelt hat. Auf Grund seiner exzentrischen Lage in der Nähe des Bahnhofes Kracks in der Gemeinde Senne II - durch Eckardtsheim von der Gemeinde Sende abgeriegelt - haben sich dieser Betrieb und die von ihm hervorgerufene Besiedlung des Gebietes allein durch die nach Bielefeld weisende Verkehrsentwicklung wirtschaftlich nach Norden zum Bielefelder Wirtschaftsraum ausgerichtet. Arbeitswirtschaftlich ist der Kontakt dieses Industriebetriebes zu der Nachbargemeinde Senne II wesentlich größer als zur Gemeinde Sende, so daß er bereits als ein Bestandteil ihres Wirtschaftskörpers angesehen werden kann.

Es entspricht daher vernünftigen raumordnerischen Überlegungen, auch diesbezüglich die kommunale Verwaltung räumlich an einheitliche, zusammengehörige Wirtschaftsgebiete anzupassen und so zur ungestörten Entwicklung dieser Gebiete beizutragen.

2. Sende - Liemke - Stukenbrock.

Das Siedlungsschwergewicht der Gemeinde Liemke liegt - abgesehen von einer breiten, intensiven Streuung im gesamten Gemeindegebiet, in einem schmalen, beiderseits der Bahnlinie Paderborn-Brackwede gelegenen Geländestreifen von 3 - 4 km Länge, in dem sogenannten Ortsteil Schloß - Holte. Parallel zu der Bahnlinie zieht sich östlich davon in einem mittleren Abstand von 400 - 500 m die Grenze zum Kreis Paderborn entlang.

Im Norswesten schiebt sich keilförmig der Siedlungskern der Gemeinde Senden an den Ortskern Schloß - Holte heran. Die Gemeinde Senden ist siedlungsmäßig so sehr mit Liemke verwachsen, daß sich in Senden kein Ortskern mit eigenen zentralörtlichen Funktionen gebildet hat. Die Siedlungsverkopplung entfällt vorwiegend in den Zeitraum 1948-1956, in eine Periode überstürzter intensiver Entwicklung auf dem Bausektor. Die nachbarschaftliche Situation läßt darauf schließen, daß die hier wohnhafte Bevölkerung bewußt die Nähe des Ortskerns Schloß - Holte angestrebt hat, und zwar besonders aus folgenden Gründen:

1. Die Nähe der Eisenbahn wirkt im Hinblick auf die Arbeitsstätten, Geschäfte, Schulen in der Stadt Bielefeld anziehend.
2. Der Ortskern Schloß - Holte ist der nächstgelegene Siedlungsschwerpunkt mit den täglich benötigten zentralen Einrichtungen, Geschäften, Ärzten usw.
3. Der Anschluß an den Ortskern Schloß-Holte ist wegen der hier vorhandenen zahlreichen Arbeitsstätten besonders vorteilhaft. Der größte Teil der im Raum WNO verbleibenden Auspendler aus Senden wandert täglich in die Gemeinde Liemke.

Die beiden letzten Gründe deuten darauf hin, daß die Gemeinden Senden und Liemke in ihrer Entwicklung aufeinander zuwachsen, sich in ihren ökonomischen Grundlagen ergänzen und mehr und mehr eine einheitliche Lebensgemeinschaft mit engen räumlichen, wirtschaftlichen, soziologischen und kulturellen Bindungen bilden. Das wirtschaftliche Schwergewicht oder der für die Gemeinde Senden bedeutendste Bevölkerungsteil ist damit fest in das Wirtschaftsgebiet der Gemeinde Liemke eingefügt. Die wirtschaftliche

Entwicklung des gesamten Gebietes vollzieht sich in dem Ortskern Schloß - Holte, obgleich der genannte Raum kommunalpolitisch zweigeteilt ist.

Schon jetzt ist der Siedlungszusammenschluß von Sende und Schloß-Holte als eine einheitliche, echte Ortsgemeinde sichtbar, so daß es aus Gründen einer sinnvollen Raumordnung notwendig wäre, die durch die räumlichen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren angebahnte, zusammenführende Entwicklung auch öffentlich-rechtlich zu bestätigen. Diese Begründung ergibt sich nicht aus den unter 1. gemachten Ausführungen über eine Grenzänderung in der Gemeinde Sende (Eckardtsheim).

Erst hiernach wäre es möglich, die siedlungsmäßige Entwicklung - bisher durchschnitten von einer trennenden Grenze - kommunalwirtschaftlich und ortsplanerisch befriedigend weiterzuführen, gemeinsame Versorgungsanlagen zu errichten und diese auf einen Bedarf abzustellen, der effektiv vorhanden ist, auf der bisherigen kommunalen Ebene jedoch nur teilweise gedeckt worden wäre.

Die Auflösung der Gemeinde Sende als kommunal selbständiges Gebilde würde auf Grund ihrer geringen und auch künftig nicht gesteigerten Leistungsfähigkeit nur von Vorteil sein. Die Gemeinde bietet in der gegenwärtigen Situation kaum Ansatzpunkte für eine weitere wirtschaftliche Entwicklung. Durch einen kommunalpolitischen Anschluß würde sie noch weiteren Kontakt zu der Gemeinde Liemke erhalten, d.h. sie könnte sich langfristig gesehen, organisch in das stark entwickelte Geschehen der Gemeinde Liemke einschalten.

Für die Ordnung der gesamten Siedlungsstruktur ergeben sich vorteilhafte Gesichtspunkte. Der Schwerpunkt der jetzigen landwirtschaftlichen Siedlung kann weiter ausgebaut werden, da er im Rahmen einer entsprechenden kommunalpolitischen Neugliederung des Raumes sehr günstig liegt. Das gesamte übrige Gemeindegebiet kann damit gemäß seiner vorbestimmten Nutzung der Landwirtschaft vorbehalten bleiben und in diesem Sinne künftig von nichtlandwirtschaftlicher Splittersiedlung freigehalten werden.

Das Siedlungsband Schloß-Holte findet in südöstlicher Richtung im Gemeindegebiet von Stukenbrock eine ähnliche, aber nicht so umfangreiche Fortsetzung wie in der Gemeinde Sende. Gegenüber dem obigen Fall besteht jedoch darin ein wesentlicher Unterschied, daß es sich hierbei um einen von dem Ortskern Stukenbrock weit entfernt liegenden Wohnplatz handelt, dessen Bewohner weder räumlich ökonomisch, noch soziologisch mit der Gemeinde Stukenbrock verbunden sind. Die örtliche Verbundenheit der Bewohner weist in Richtung Schloß-Holte. Es würde unter den bereits angeführten Begründungen ähnlich zu verfahren sein, da auch hier bereits ein enger Verflechtungszusammenhang besteht. Die wirtschaftliche Grundlage dieses Bevölkerungsteils ist teilweise durch die zahlreichen Arbeitsstätten in Liemke (s. Pendelwanderung), teilweise aber auch durch einen größeren Industriebetrieb unmittelbar an der Gemeindegrenze im Gebiet Stukenbrock gegeben. Dieser Betrieb lehnt sich auf Grund seiner engsten arbeitswirtschaftlichen, verkehrsmäßigen und versorgungstechnischen Beziehungen stark an den Ortskern Schloß-Holte an. Für die Wahl seines Standortes sind einerseits der günstige Grundstückserwerb und andererseits die vorteilhaften kommunalwirtschaftlichen Voraussetzungen der nahe gelegenen Gemeinde Liemke maßgebend gewesen. Seine Einordnung in den Bereich der Gemeinde Stukenbrock ist lediglich durch einen, den heute gegebenen siedlungsmäßigen Zusammenhängen nicht mehr entsprechenden Verlauf der Gemeindegrenzen bedingt.

So bestehen auch in diesem Fall Diskrepanzen zwischen Gebieten, die sich zu fest abgrenzbaren Funktionsbereichen entwickelt haben, zu einheitlichen Lebensräumen, in denen die Bevölkerung und die wirtschaftlichen Faktoren aufeinander angewiesen sind und Gebieten, in denen die gegebene kommunale Grenzziehung diese wirtschaftlichen Teilräume beliebig durchschneidet.

3. Kaunitz.

Für jeden Fremden und jeden Einwohner von Kaunitz scheint es unfaßbar zu sein, daß der Ort in seiner relativen baulichen Geschlossenheit als Kirchdorf mit den Ortsmittelpunkten:

Kirche, Schule und Bahnhof durch eine raumwidrige Grenzziehung

zwischen den Gemeinden Liemke und Oesterwiehe, in der das bauliche Übergewicht liegt, zweigeteilt ist.

Die Bevölkerung des Ortes Kaunitz hat sich zu einer soziologisch festgefügtten Siedlungsgemeinschaft entwickelt. Um so untragbarer ist der hier geradezu klassisch gegebene Fall von kommunalpolitischer Trennung einer in absoluter örtlicher Verbundenheit lebenden Bevölkerung.

Die einheitliche Durchführung der Ortsplanung, die Bereitstellung zusammenhängender Flächen, für den Wohnungsbau, die Industrie, Erholung, Bildung und die Verkehrsführung, die sowohl für den wirtschaftlichen, den menschlichen und verwaltungsorganisatorischen Bereich als auch für alle anderen gemeindlichen und übergemeindlichen Interessen von hervorragender Bedeutung ist, ist gegenwärtig kaum möglich.

Die wirtschaftlichen Grundlagen der Ortsbevölkerung bilden vorwiegend die auf Liemker Gemeindegebiet liegenden Industriebetriebe mit zusammen ca. 150 Beschäftigten. Der Kontakt dieser Betriebe zum Ortskern Kaunitz ist so eng, daß das gesamte Gebiet als eine abgeschlossene wirtschaftliche Einheit von Wohn- und Arbeitsstätten und den notwendigsten Versorgungsfunktionen auch für den weiteren Bereich der Gemeinden Liemke und Oesterwiehe angesehen werden kann.

Der Vorschlag, Kaunitz mit seinem nach Liemke ausgedehnten Hinterland ganz in das Gemeindegebiet Oesterwiehe einzubeziehen, findet folgende Begründungen:

1. Durch die Ausgliederung aus der Gemeinde Liemke kann sich diese ganz auf die Gestaltung des Ortskerns Schloß-Holte konzentrieren.
2. Finanzwirtschaftliche und kommunale Fragen sowie Planungsprobleme können in Kaunitz künftig aus der Sicht des gesamten Ortes gelöst werden.
3. Die stark durch Streusiedlung ausgeprägte Gemeinde Oesterwiehe kann sich auf den Ausbau ihres einzigen Ortskerns konzentrieren. Diese Möglichkeit hat positive Auswirkungen.

auf Kaunitz und die wirtschaftliche und bauliche Struktur der gesamten Gemeinde. Das restliche Gemeindegebiet kann künftig in seiner bäuerlichen Struktur erhalten werden.

4. Eine vernünftige Grenzziehung ermöglicht es erst für Oesterwiehe, sich wirtschaftlich zu entwickeln und die vorhandenen industriellen Ansätze auszubauen. Diese Gelegenheit konnte unter den gegebenen Verhältnissen nicht entsprechend ausgenutzt werden. Dieser Vorschlag enthält also die besten Entwicklungschancen gegenüber dem bisherigen Zustand wirtschaftlicher Verkümmernng.

4.3. Verl-Bornholte.

Am Südrand der Gemeinde Verl besteht zu beiden Seiten der Bahnlinie Mövelhof - Gütersloh ein relativ großer und geschlossener Ortskern, dessen Einflußbereich weit über die nähere Umgebung und damit auch über die südlich, hart am Rande des Dorfes verlaufende Gemeindegrenze zwischen Verl und Bornholte hinausreicht. Die bauliche Entwicklung des Ortes Verl verweist seit 1948 verstärkt auf das südlich der Bahnlinie gelegene Gebiet und führt bis unmittelbar an die Grenze heran. Die südliche Nachbargemeinde Bornholte ist siedlungsmäßig völlig planlos gestaltet. Ansatzpunkte für den Ausbau von Zentren sind nicht vorhanden und auf Grund der wirtschaftlichen Struktur der Gemeinde nicht entwicklungsfähig. So kann es für die künftige Gestaltung des Gemeindegebietes nur als positiv angesehen werden, daß die bauliche Entwicklung seit den letzten 15 Jahren vorwiegend auf den Ort Verl ausgerichtet ist und damit deutliche Tendenzen anzeigt, daß Bornholte Anschluß an die wirtschaftlichen und industriellen Faktoren der Gemeinde Verl sucht.

Für eine kommunale Neugliederung sprechen die gleichen Gründe wie in dem Fall Liemke-Sende:

1. Bornholte ist eine der wirtschaftlich schwächsten Gemeinden des Raumes WNO, in der sich neben der betont landwirtschaftlichen Orientierung kein eigenständiges Wirtschaftsleben entwickelt hat. Für die Steigerung oder die Erreichung einer ausreichenden Leistungsfähigkeit und eine raumordnerisch

vernünftige Einordnung in den gesamten Raum kommt es sehr auf den Anschluß an einen wirtschaftlichen Schwerpunkt an.

2. Bei einem Zusammenschluß werden ergänzungsbedürftige, funktionell voneinander abhängige Faktoren räumlich so miteinander verbunden, daß sie sich auch in einem gemeinsamen Kommunalkörper entwickeln können.
3. Der künftige Ortskern Verl rückt damit in das Zentrum einer neu zu bildenden Gemeinde. Durch die öffentlich-rechtliche Regelung wird einem auf weite Nachbarbereiche integrierend einwirkenden Entwicklungsprozeß entsprochen.
4. Es besteht eher jetzt als vorher die Möglichkeit, die intensive Streusiedlung in Bornholte aufzufangen und die künftige Besiedlung nicht nur rechtlich-planmäßig, sondern auch organisches in ein Siedlungszentrum einzuordnen. Die restlichen Teile der Gemeinde können weitgehend nach landwirtschaftlichen Gesichtspunkten genutzt werden.

Ebenfalls entspricht es dem Grundsatz des § 5 GO, das Gemeindegebiet so zu bemessen, daß die Gemeinde leistungsfähig ist. Es müßte versucht werden, die Gemeinden Sende und Bornholte, die gemessen an dem durchschnittlichen Versorgungsstand vieler ländlicher Gemeinden niemals leistungsfähig werden können, in ihrer kommunalen Selbständigkeit aufzulösen und diese Gebiete durch den Anschluß an industriell entwickelte Zentren auf ein höheres Versorgungsniveau zu heben.

5. Friedrichsdorf-Avenwedde.

In der näheren Umgebung Friedrichsdorfs, im Gebiet der Gemeinde Avenwedde und der Gemeinde SenneI, Krs. Bielefeld, mischen sich die aus der räumlich beengten Gemeinde herausquellenden und andere auf Friedrichsdorf gerichtete Siedlungskräfte. Die Gemeinde ist wirtschaftlich und siedlungsmäßig schon längst über die eigenen Grenzen hinausgewachsen. Als zentraler Ort hat Friedrichsdorf in einem größeren Bereich einige Bedeutung erlangt. Der Funktionsbereich der Gemeinde reicht somit über den kommunalpolitischen Raum hinaus. Es liegt daher nahe, auch diesbezüglich eine

kommunale Neuordnung vorzuschlagen, die sich auf den engsten wirtschaftlichen Verflechtungszusammenhang zu beziehen hat.

Es wäre raumwidrig, zwischen Friedrichsdorf und den größeren Siedlungen Windflöte I und II und der Gemeinde Senne I einen kommunalen Zusammenhang herbeizuführen, für den weder ökonomische und soziologische noch andere Voraussetzungen gegeben sind.

Im Gegensatz hierzu wäre aber unbedingt der Industriebetrieb Flöttotto entsprechend zu berücksichtigen. Nach der heutigen kommunalen Abgrenzung gehört er zur Gemeinde Senne I. Mit Ausnahme weniger in der Nähe wohnender Arbeiter aus der Gemeinde Senne I arbeiten hauptsächlich Friedrichsdorfer in dieser Fabrik. Die engen, auf Friedrichsdorf gerichteten wirtschaftlichen Verflechtungen dieses Betriebes charakterisieren ihn einwandfrei als einen Bestandteil des Wirtschaftskörpers Friedrichsdorf. Zur Wiederherstellung eines einheitlichen, in wirtschaftlicher, soziologischer und örtlicher Verbundenheit bestehenden Lebensraumes ist es daher notwendig, seine kommunale Isolation aufzuheben.

Mit der Realisierung dieses Vorschlages wäre aber lediglich ein örtliches Problem gelöst. Hiervon allein wird die Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht entscheidend beeinflusst. Ihre territorialen Grundlagen stehen in einem klaren Mißverhältnis zu den finanzwirtschaftlichen und organisatorischen Grundbedingungen der selbständigen kommunalen Existenz.

Für eine grundsätzliche Neuordnung der kommunalen Verhältnisse bieten sich zwei Möglichkeiten an: Eine gebietsmäßige Erweiterung der Gemeinde Friedrichsdorf in südwestlicher Richtung zu beiden Seiten der Straße nach Gütersloh oder eine Eingliederung Friedrichsdorfs in die Gemeinde Avenwedde.

Für die erstgenannte Möglichkeit einer Neuordnung sprechen vor allem psychologische Erwägungen. Friedrichsdorf ist seit 200 Jahren selbständige Gemeinde. Die einheimische Bevölkerung ist sehr traditionsbewußt und schon immer auf die Bewahrung dieser kommunalen Selbständigkeit bedacht gewesen. Außerdem erfüllt das Ortsgebilde Friedrichsdorf als solches in seiner Geschlossenheit und Struktur durchaus die Voraussetzungen, die für den Standort einer Gemeindeverwaltung notwendig sind. Es ist andererseits die Frage aufzuwerfen, ob die Erweiterung des Gebietes in südwest-

licher Richtung tatsächlich geeignet ist, zur Schaffung eines gesunden, leistungsfähigen Gemeindegebildes zu führen. Folgende Tatsachen sind dabei zu berücksichtigen:

1. Bei der Erweiterungsfläche handelt es sich in erster Linie um ein wenig besiedeltes und zunächst nur für Wohn- und Siedlungszwecke geeignetes Gelände.
2. Die Anziehungskraft für Industriebetriebe ist hier wegen der mangelnden Standortgrundlagen sehr gering, so daß also mit einer Steigerung der Leistungsfähigkeit der Gemeinde Friedrichsdorf auf industriewirtschaftlicher Grundlage nicht zu rechnen ist. Das Steueraufkommen der Gemeinde Friedrichsdorf reicht nicht aus, aktive Industrialisierungspolitik zu treiben (z.B. Verbesserung und Bereitstellung geeigneter Industrieflächen), während Avenwedde im südwestlichen Gemeindegebiet allein schon aus verkehrstechnischen Gründen (ohne den Einsatz besonderer finanzieller Mittel) über die entsprechenden Standortgrundlagen verfügt.
3. Aus den genannten Gründen geht hervor, daß mit der Gebietserweiterung der Gemeinde Friedrichsdorf keine industrielle Entwicklung verbunden sein würde, dagegen aber eine zusätzliche Belastung, die durch die Notwendigkeit der siedlungsmäßigen Aufschließung der einzugliedernden Flächen entsteht.

Die zweite Möglichkeit einer Neugliederung, nämlich die Einordnung Friedrichsdorfs in die Gemeinde Avenwedde, dürfte zwar gewissen - aus den bereits genannten Gründen verständlichen - Widerständen seitens der Bevölkerung Friedrichsdorfs begegnen, würde aber andererseits mit den folgenden Vorteilen verbunden sein:

1. Friedrichsdorf erhält kommunalwirtschaftlich einen für die weitere Entwicklung nur wünschenswerten Anschluß an eine wirtschaftlich gut fundierte Gemeinde.
2. Die Versorgungsanlagen können somit für das ganze Gebiet gemeinsam erstellt und in der Größenordnung auf dessen Bedürfnisse abgestimmt werden.

3. Das Vorgelände im Westen Friedrichsdorfs kann nur im organischen Anschluß an den alten Dorfkern besiedelt und so zu einem natürlichen Erweiterungsgebiet Friedrichsdorfs entwickelt werden, ohne daß es dem hier völlig raumwidrigen, kommunalwirtschaftlichen Zwang nach Unterteilung in Industriegebiete usw. unterliegt.
 4. Die in Friedrichsdorf vorhandenen handwerklichen und kleingewerblichen Grundlagen reichen durchaus zur Versorgung des unter 3. genannten Raumes aus. Die auf dieser Basis gegebene wirtschaftliche und soziale Verflechtung würde künftig genau der zu treffenden öffentlich-rechtlichen Regelung entsprechen.
 5. Der alte Dorfkern Friedrichsdorf riegelt die Besiedlung der Gemeinde Avenwedde damit gegenüber der Gemeinde Senne I ab.
 6. Die kommunalen Einrichtungen der Gemeinde Friedrichsdorf können ohne große zwischengemeindliche Schwierigkeiten ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend von den Bewohnern der Umgebung benutzt werden.
 7. Die Aufhebung der kommunalen Selbständigkeit ist auch gesamtwirtschaftlich von großem Vorteil. Auf Grund der geringen kommunalen Leistungsfähigkeit wäre die Gemeinde immer auf Zuschüsse angewiesen. Als Bestandteil von Avenwedde kann sie jedoch dazu beitragen, das Versorgungsniveau des gesamten Gebiets anzuheben.
6. Sonstige Grenzänderungen.

Die grundlegende Lösung der kommunalpolitischen Probleme im Raum WNO ist noch durch zahlreiche Einzelmaßnahmen zu ergänzen.

Größere Bedeutung wird dabei die Bereinigung des verwirrenden Grenzverlaufs zwischen Sende und Verl haben. Auf Grund lockerer funktionaler Zusammenhänge und einer größeren örtlichen Verbundenheit der im westlichen Gebiet der Gemeinde Sende wohnhaften Personen zu der Gemeinde Verl als zu dem Ortskern Schloß-Holte werden sogar weiteste Teile von Sende künftig in die Gemeinde Verl einzugliedern sein.

Die Verzahnung der Gemeinden Avenwedde und Spexard (schwächer) mit der Stadt Gütersloh hat an einigen Stellen ein Maß erreicht, das eine Eingliederung entsprechender Gebietsflächen aus diesen Gemeinden in die Stadt Gütersloh vom Standpunkt der siedlungsmäßigen, wirtschaftlichen und soziologischen Verbundenheit und Verflechtung rechtfertigen würde.

Das Eingemeindungsverfahren zwischen Stadt und Land ist jedoch abzulehnen, da hierdurch das Problem nur kurzfristig, nur äußerlich, für beide Teile nur unbefriedigend gelöst werden kann. Es ist dagegen verstärkt auf die kommunalwirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Gemeinden zu achten, um den städtischen Einflüssen und dem wirtschaftlichen Gewicht der Städte ein den ländlichen Verhältnissen entsprechendes Gewicht entgegenzusetzen. D.h. also für die Gestaltung der Gemeinden Avenwedde und Spexard, die entwicklungsfördernden Kräfte auf die eigenen Schwerpunkte zu konzentrieren und sie von der räumlichen Verschmelzung mit Gütersloh abzulenken.

Aus siedlungstechnischen Gründen wird noch eine Grenzbegradigung zwischen den Gemeinden Spexard und Verl vorgeschlagen, und zwar in der Weise, daß die Besiedlung an der nordöstlichen Grenze der Gemeinde Spexard auch kommunalpolitisch eindeutig in das Gemeindegebiet Spexard eingliedert, und daß künftig eine klare Abgrenzung der durch die Besiedlungsrichtungen angedeuteten Wirtschaftsräume dieser Gemeinden erreicht wird.

Z U S A M M E N F A S S U N G .

Die Neuordnung der künftigen Besiedlung bzw. der gesamten Siedlungsstruktur des untersuchten Gebietes ist in bestimmten Ansatzpunkten behandelt worden. Trotz aller Systemlosigkeit in der Anordnung der Besiedlung haben sich gewisse Tendenzen herausgebildet, die unter Beachtung ortsplanerischer Prinzipien zu einer raumordnerisch sinnvollen Grundlage weiterentwickelt werden können. Damit würden im Raum WNO zum ersten Mal in seiner Entwicklung übergeordnete Gesichtspunkte der Raumordnung verwirklicht werden.

Es ist nur bedauerlich, daß eine bewußte Raumordnung nicht schon vor 10 Jahren, also vor der stürmischen Nachkriegsentwicklung einsetzte; sie wäre erheblich wirksamer gewesen und hätte manche Fehlentwicklung im Raum WNO verhindern können.

Die Erarbeitung einer planerisch-theoretischen Konzeption von Neuordnungsmaßnahmen auf dem Gebiet der räumlichen Nutzung ist selbstverständlich nicht so schwierig wie die konkrete Durchführung der Planung in allen Einzelheiten. Hierbei werden sich sicherlich sehr erhebliche Schwierigkeiten ergeben, auf die in der Darstellung der Untersuchungsergebnisse verschiedentlich hingewiesen wurde.

Die Lösung der kommunalpolitischen Fragen dürfte im Rahmen der Raumordnung im Untersuchungsgebiet eine entscheidende Rolle spielen. Daher wurde in der Untersuchung besonderer Wert darauf gelegt, die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer grundlegenden Neuordnung der kommunalen Situation aufzuzeigen.

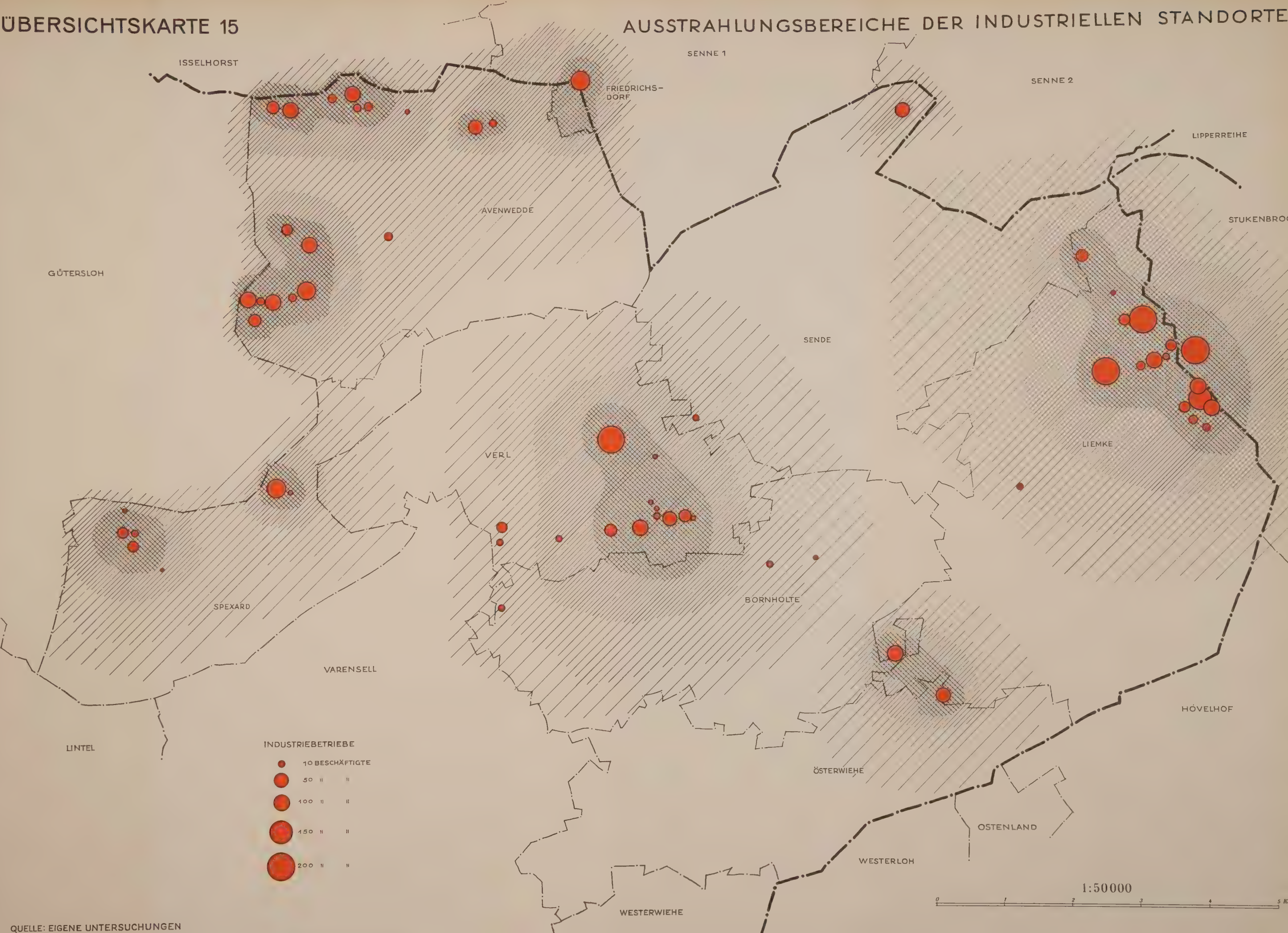
Die Grenzänderungsvorschläge entsprechen langfristig gesehen den an übergemeindlichen Interessen orientierten und in ihren Gestaltungsmomenten nach wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gesichtspunkten abgestimmten Erfordernissen der Raumordnung. Im Raum WNO war infolge seiner labilen ökonomischen Situation besonders darauf zu achten, daß sich nur die wirtschaftlich gesunden Schwerpunkte entwickeln können. In den Gemeinden Liemke, Verl, künftig auch Kannitz und Spexard, scheint sich diese Entwicklung anzubahnen. Der Wirkungsbereich dieser wirtschaftlichen Schwerpunkte sollte durch eine entsprechende kommunalpolitische Neugliederung auf den gesamten Raum ausgedehnt werden. In diesem Sinne entspricht die Neugliederung - bei der die Selbständigkeit der diesen Zentren unterzuordnenden Gebiete aufzugeben wäre - dem Wohl aller Gemeinden dadurch, daß die in wenigen Punkten konzentrierten, aber aus dem ganzen Raum stammenden Kräfte auch für das gesamte Gebiet greifbar werden. (s. K 15).

Durch die Maßnahme zur Neuordnung des Raumes WNO, zur Neuordnung seiner baulichen und kommunalpolitischen Struktur könnten also folgende Ergebnisse erzielt werden:

1. Ordnung und Bereitstellung der räumlichen und sozialökonomischen Grundlagen für die künftige Gestaltung der gemeindlichen Gebiete unter Berücksichtigung der für die Entwicklung des Raumes wesentlichen Gesichtspunkte.
2. Großräumige Abgrenzung der vorhandenen wirtschaftlichen Schwerpunkte als Kerngebiete der kommenden Entwicklung.
3. Anschluß aller Gemeinden an die jeweiligen Schwerpunkte.
Damit soll die wirtschaftliche Orientierung von den Städten und den anderen noch übergeordneten Zentren abgelenkt und auf die hier vorhandenen Kerne gerichtet werden. Die übermäßige Dezentralisation der ökonomischen Kräfte und die allzu intensive, die eigene Entwicklung hemmende wirtschaftliche Verflechtung mit den Städten sollen damit vermindert werden.
4. Aufbau eines eigenständigen, von den gemeinschaftsfördernden Kräften der hiesigen Bevölkerung getragenen Gemeindelebens.
5. Herstellung eines Zustandes, der den Gesichtspunkten
 - a) der gemeindlichen Leistungsfähigkeit,
 - b) der örtlichen Verbundenheit der Bevölkerung in räumlicher, sozialökonomischer und soziologischer Beziehung,
 - c) der Fahrung des übergemeindlichen öffentlichen Interesses und Wohles und damit den Forderungen der Raumordnung (z.B. gemeinsame Planung, gleiche öffentliche Versorgung einheitlicher Lebensgemeinschaften) und denen der Volkswirtschaft (z.B. Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung, Sparsamkeit in den öffentlichen Investitionen durch kommunale Gemeinsamkeit zusammenhängender Gebiets-
teile, wirtschaftlichere Ausnutzung zentraler Einrichtungen, Lösung von regionalen Lebensraumproblemen¹⁾) entspricht.

Die Verwirklichung der Vorschläge verringert die Zahl der Gemeinden im Raum WNO von acht auf fünf unter befriedigenden Bedingungen selbständig existenzfähige Gemeinden und ermöglicht nicht nur eine bessere Gesamtentwicklung des Raumes WNO, sondern auch eine organische Zuordnung der verschiedenen ökonomischen und kommunalen Faktoren.

¹⁾ Vgl. Teil A, Abs. II.



Es dürfte damit in den Grundzügen eine Lösung gefunden sein¹⁾, die den Bedingungen von Raum, Bevölkerung und Wirtschaft des untersuchten Gebietes, seiner strukturellen Verfassung und den deutlich sichtbaren, ökonomischen, sozialen und räumlichen Entwicklungstendenzen angemessen ist.

Die kommunale Neuordnung des Raumes WNO bedeutet in ihren einzelnen Vorschlägen einen wesentlichen Schritt gegen die aus volkswirtschaftlichen Gründen untragbaren Motive unkontrollierter industrieller Entwicklung auf dem Lande etwa nach der Regel: "Jedem Dörflein sein Fabriklein", sie unterstützt aber dagegen grundsätzlich die industriell-gewerbliche Entwicklung ländlicher Gebiete nach den Grundsätzen einer sozialökonomisch erwünschten Raumordnung, wenngleich auch für die künftige wirtschaftliche Gestaltung noch entsprechende Vorschläge auszuarbeiten sind.

Obwohl die verschiedensten Gründe für die Neuordnungsmaßnahmen im Raum WNO angeführt werden können, z.B., daß die einseitig zu Gunsten der städtischen Bereiche verschobenen Beziehungen zwischen dem städtischen und ländlichen Raum in vernünftige Bahnen gelenkt werden müssen mit dem Ziel, in den ländlichen Gemeinden des Raumes WNO wieder Kräfte zur Geltung bringen zu können, die sie ehemals als vitale Aufbaukörper des Raumes auszeichneten, die auch zu einer Wiederverstärkung ihrer sozialen und ökonomischen Position führen, ist nicht zu ermitteln, welches Gewicht den Beharrungskräften des Raumes zukommt. Auf die Verwirklichung der Neuordnung hat die Einstellung der durch die geschichtlich gewachsenen Gegebenheiten und die besonderen kommunalpolitischen Bedingungen des Raumes geprägten Bewohner zu dem dargestellten räumlichen Zweckgebilde einen entscheidenden Einfluß. Diese sollten aber nicht verkennen, daß dem Schwund der ökonomischen, sozialen und kulturellen Substanz des ländlichen Raumes, den Nachteilen und Problemen, die durch die im gesamten Raum unorganisch ausgebreitete Besiedlung auftauchen, der gegebenen räumlichen Entwicklung, die bisher Zufallskräften oder gar der Willkür überlassen war, nur durch eine schlagkräftige Raumordnung entgegengewirkt werden kann, die sich konstruktiv mit den Störungen und Mißverhältnissen auseinandersetzt.

1) (als Grundlage für eine detaillierte landesplanerische Raumentwicklung).

Raumordnung soll für das Untersuchungsgebiet somit als etwas Gestaltendes verstanden werden, als eine der Realität vorangestellte Form, in die die künftige Wirklichkeit hineinwächst. Bis dahin ist aber von ihrem jetzigen Standort in Theorie und Praxis, von dem aus sie immer der Zeit nachläuft, entstandene Schäden behebt, an einzelnen Stellen ausflickt, insgesamt aber die alle vorhandenen Formen sprengende sozial-ökonomische Entwicklung im Raum selbst nicht aufhalten und nicht auffangen kann, noch ein gewaltiger Weg zurückzulegen.

Im Raum WNO ist der Weg aber nur dann zu bewältigen, wenn der anachronistische Status zwischen unangemessener, unelastischer Verwaltungsgliederung und den drängenden sozialen und ökonomischen Kräften aufgehoben wird. Erst auf diese Weise wird es möglich sein, aus der Sicht des Raumes WNO an den großen, der Volkswirtschaft gestellten Ordnungsaufgaben mitzuwirken.

Als allgemeine Literaturquellen für Fragen der praktischen Raumordnung bzw. Landesplanung sind neben den bereits genannten benutzt worden:

- Dittrich, E. "Das Leitbild der Raumordnung und die Ordnung der Landschaft" in "Informationen" 1959, Heft 6-8.
Herzner, E. "Wandlungen im Bereich kommunaler Bauämter" in "Bauamt und Gemeindebau" 1957, Heft 3.
Jansen, H. "Rückständigkeit der gemeindlichen Planungsorganisation" in "Bauamt und Gemeindebau" Jg. 30, Heft 9.
Mittelbach, H.-A. "Vom Städtebau zur lokalen Raumordnung" Stuttgart 1947.
Mitschler, W. "Raumordnung auch auf dem Lande" in "Raumforschung und Raumordnung" 1955.
Schuhmacher, F. "Vom Städtebau zur Landesplanung und Fragen städtebaulicher Gestaltung" herausgegeben von der deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, 1951.

Verzeichnis der Übersichtskarten.

1.	Kommunale Grenzen.	(folgt auf Seite): 38
2.	Bevölkerungsentwicklung.	42
3.	Bevölkerung nach Wirtschaftszweigen in v.H.	48
4.	Bauliche Entwicklung in Zeitabschnitten.	52
5.	I. Industriestandorte und industrielle Entwicklung 1952 - 1956. II. Anteil der Industriezweige an den Beschäftigten 1956.	66
6.	Schulen und Schulbezirke 1956.	72
7.	Religionszugehörigkeit 1950.	74
8.	Kirchen und Pfarrbezirke 1956.	74
9.	Realsteuerkraft.	78
10.	Pendelwanderung, Stand September 1950.	88
11.	Pendelwanderung, Stand September 1955.	88
12.	Pendelwanderung, Stand September 1950.	90
13.	Pendelwanderung, Stand September 1955.	90
14.	Verkehrsnetz.	100
15.	Ausstrahlungsbereiche der industriellen Standorte.	140

Verzeichnis der Tabellen.

1.	Gemarkungsgrößen der Gemeinden.	Seite: 40
2.	Bevölkerungsentwicklung 1818 - 1957.	43
3.	Bevölkerungsdichte (Einwohner pro km ²).	46
4.	Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung in v.H.	47
5.	Berufszugehörigkeit der Bevölkerung in v.H.	48
6.	Berufszugehörigkeit der Erwerbspersonen 1950 und Erwerbsquote 1946 und 1950.	49
7.	Sozialstruktur der Erwerbspersonen 1950 in v.H.	50
8.	Siedlungsstruktur 1956.	58
9.	Bodennutzung 1956.	60
10.	Landwirtschaftliche Betriebsgrößen in v.H. 1956.	62
11.	Arbeitskräfte in der Landwirtschaft in v.H. 1956.	63
12.	Zahl der Beschäftigten nach Industriezweigen 1952 und 1956.	66
13.	Zahl der Handwerksbetriebe und Beschäftigten 1956.	66
14.	Zahl der Handels.-Bank.-und Verkehrsbetriebe und der Beschäftigten 1956.	69
15.	Anteil der Beschäftigten einzelner Wirtschafts- zweige in v.H. der insgesamt Beschäftigten (Ver- gleich 1952/1956).	69
16.	Schulverhältnisse 1957.	72
17.	Haupteinnahmequellen (Grund.-und Gewerbesteuern in DM).	76
18.	Realsteuerkraft der Gemeinden in DM 1950 und 1956.	77
19.	Anteil einzelner steuerlicher Einnahmequellen an den gesamten Einnahmen 1950 und 1956.	78
20.	Pendelwanderer 1950 und 1955.	85
21.	Anteil der Frauen an den Aus.-bzw. Einpendlern 1955.	86
22.	Auspendler in die Hauptbetriebsgemeinden.	87
23.	Pendelwanderungsintensität der nichtlandwirtschaft- lichen Erwerbspersonen.	91

Literaturverzeichnis.

- Amtsverwaltung Avenwedde "Amt Avenwedde, einst und jetzt" Bielefeld 1952.
"Verwaltungsberichte der Jahre 1953/54/55/56."
- Amtsverwaltung Verl "Verwaltungsberichte der Jahre 1950/51/52/53."
- Arbeitsgemeinschaft der Landesplaner in der Bundesrepublik "Landesplanung, Begriffe und Richtlinien" Düsseldorf 1953.
- Beckermann, T. "Die Anziehungskraft der Städte auf das Handwerk" in "Informationen" Institut für Raumforschung, Bad Godesberg 1959, Heft 9.
- Berié, H. "Raumordnung und Wirtschaftsordnung" in "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft" Tübingen 1955, Band 111.
- Bernatzky, A. "Aufgaben der Landschaftsforschung und -pflege innerhalb der Raumforschung und Raumordnung" in "Zeitschrift für Raumforschung" Bad Godesberg 1950.
- Boustedt, O. "Die Stadt und ihr Umland" in "Raumforschung und Raumordnung" Bad Godesberg 1953.
- Brehme "Raumordnungsplan Senne für das Gebiet zwischen Bielefeld und Paderborn" Bezirksplanungsstelle Detmold 1952.
- Bülow, F. "Zur Philosophie und Soziologie des Raumes und der Raumordnung" in "Raumforschung und Raumordnung" Bad Godesberg 1953.
"Raumforschung als wissenschaftliche Aufgabe" in "Zeitschrift für Raumforschung" Bad Godesberg 1950.
- Croon, H. "Deutsche gemeindesoziologische Forschungen der Nachkriegszeit" in "Der Städtetag" 1959, Heft 9.
- Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung
"Industrie aufs Land" Köln 1953.
"Wirtschaftliche Überlegungen zur kommunalen Entwicklungsplanung" Köln 1958.
- Dittrich, E. "Die Ordnung der Wirtschaft im Raum" in "Raumforschung und Raumordnung" Bad Godesberg 1953, Heft 3/4.
"Regionale Wirtschaftspolitik" in "Wirtschaftsdienst" Hamburg 1953.
"Marktwirtschaft und Raumordnung" in "Raumforschung und Raumordnung" Bad Godesberg 1953.
"Zum Begriff des Leitbildes in der Diskussion über die Raumordnung" in "Informationen" Institut für Raumforschung Bad Godesberg 1958, Heft 1.
"Das Leitbild in der Raumordnung" in "Informationen" Institut für Raumforschung Bad Godesberg 1958, Heft 3.
"Richtlinien in der Raumpolitik I" in "Informationen" Institut für Raumforschung Bad Godesberg 1958.
"Richtlinien in der Raumpolitik II" in "Informationen" Institut für Raumforschung Bad Godesberg 1958.
"Wirtschaftspolitik und Raumforschung" in "Zeitschrift für Raumforschung" Bad Godesberg 1950.

- "Versuch eines Systems der Raumordnung" Bad Godesberg 1953.
"Das Stadt-Umlandverhältnis in seiner planerischen Problematik" in "Raumforschung und Raumordnung" Bad Godesberg 1956.
"Über Neugliederungsversuche von Stadt-Umland" in "Raumforschung und Raumordnung" Bad Godesberg 1954.
"Das Leitbild der Raumordnung und die Ordnung der Landschaft" in "Informationen" Institut für Raumforschung Bad Godesberg 1959, Heft 6 - 8.
- Dietze, v.C. Rolfes, M. Weippert, G. "Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern" herausgegeben im Auftrage der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie in "Be-richte über Landwirtschaft" Hamburg und Berlin 1953, Sonder-heft 157.
- Egner, E. "Möglichkeiten und Grenzen industrieller Standortspolitik" in "Raumforschung und Raumordnung" Bremen-Horn 1948, Heft 1.
"Grundsätze für eine industrielle Standortspolitik in der deutschen Gegenwart" in "Raumforschung und Raumordnung" Bremen-Horn 1948, Heft 3.
- Eickholz, W. "Die wirtschaftliche Entwicklung Güterslohs bis zum Be-ginn des zweiten Weltkrieges" Köln 1952.
- Eickhoff, H. "Der Kreis Wiedenbrück in Vergangenheit und Gegenwart" Wiedenbrück 1921.
"Geschichte der Stadt Gütersloh" Gütersloh 1904.
- Esenwein-Rothe, I. "Raumordnung und marktwirtschaftliche Selbstkoo-ordination" in "Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik" Stuttgart 1958, Band 169.
- Eucken, W. "Das ordnungspolitische Problem" in "Ordo" Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Opladen 1948, Band 1.
- Evers, H. "Gemeindegröße und Verwaltungsaufwand" in "Informationen" Institut für Raumforschung Bad Godesberg, 7. Jg. Heft 7.
- Flaskamp, F. "Untersuchungen zur Geschichte des Kreises Wiedenbrück" Rietberg 1934.
"Die Kirchenbücher des Kreises Wiedenbrück" Rietberg 1937.
- Frank, L. "Finanzpolitische Mittel in der Raumordnung" in "Informa-tionen" Bad Godesberg 1956, Heft 1.
- Frank, L. Kirschnek, G. "Finanzwirtschaftliche Betrachtungen einiger Landgemeindetypen" in "Berichte über Landwirtschaft" Hamburg und Berlin 1956, Heft 4.
- Gemeinden "Haushaltspläne" der Gemeinden des Raumes WNO aus den Jahren 1948 bis 1956.
- Glatzel, F. "Raumforschung als angewandte Sozialwissenschaft in Be-reich der Politik" in "Zeitschrift für Raumforschung" Bad Godesberg 1950.
- Groll, M. "Gemeindegrößen und vorkommende Ausgabenpositionen" in

- "Informationen" Institut für Raumforschung Bad Godesberg 1956, Heft 22.
 "Die Industriefolgelasten" in "Informationen" Institut für Raumforschung Bad Godesberg 1958, Heft 4-5.
- Große-Lütern, G. "Die Landwirtschaft im Kreise Wiedenbrück" Münster 1913.
- Göderitz, J. "Die Stellung der Städte in der Landesplanung" in "Zeitschrift für Raumforschung" Bad Godesberg 1950.
- Hamm, E. "Was versteht man unter Raumordnung?" in "Der Wohnungsbau in der Bundesrepublik Deutschland" herausgegeben vom Bundesministerium für Wohnungsbau 1951.
- Hayek, F.A. "Der Weg zur Knechtschaft" Zürich 1952, 3. Auflage.
- Herbort, W. "Die ländlichen Siedlungslandschaften des Kreises Wiedenbrück um 1820" in "Westfälische geographische Studien" Münster 1950, Heft 4.
- Herzner, E. "Wandlungen im Bereich kommunaler Bauämter" in "Bauamt und Gemeindebau" 1957, Heft 3.
- Ipsen, G. "Wohnwünsche der Pendler" in "Informationen" Institut für Raumforschung Bad Godesberg 7. Jg. Heft 9.
- Institut für Raumforschung Bonn "Zur Frage regionaler Wirtschaftspolitik" Bad Godesberg 1954.
- Isbary, G. "Ballung und Hinterland" in "Informationen" Institut für Raumforschung Bad Godesberg 7. Jg. Heft 6.
- Jansen, H. "Rückständigkeit der gemeindlichen Planungsorganisation" in "Bauamt und Gemeindebau" 30. Jg. Heft 9.
- Kasnacich-Schmidt "Wirtschaftsform und Wirtschaftsraum" in "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft" Tübingen 1951, Band 107.
- Klüber, H. "Wege zur Lösung gemeinsamer Aufgaben der Stadt und ihres Umlandes" in "Raumforschung und Raumordnung" Bad Godesberg 1954.
- König, R. "Die Gemeinde im Blickfeld der Soziologie" in "Handwörterbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis" Berlin-Göttingen Heidelberg 1956, Band 1.
- Kreisheimatbund Wiedenbrück "Heimatkunde des Kreises Wiedenbrück" Gütersloh 1927.
- Landesplanungsgemeinschaft Westfalen und Voigt, H. "Der Wirtschaftsraum Bielefeld und das Planungsvorhaben Sennestadt" Münster 1956 und 1957.
- Landesplanungsgemeinschaft Rheinland, Landesplanungsgemeinschaft Westfalen und Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk "Leitsätze zur Aufgabe und Organisation der Landesplanung in Nordrhein Westfalen." Bad Godesberg 1954.

- Lenort, N.J. "Raumordnung und Wirtschaftspolitik" in "Gewerkschaftliche Monatshefte" Köln-Deutz 1957.
- Lösch, A. "Die räumliche Ordnung der Wirtschaft" Jena 1944, 2. Aufl.
- Lütkemeyer, H.G. "Der Kreis Wiedenbrück gestern und heute" Wiedenbrück 1953.
- Mangelsdorf "Die Entwicklung des Kreises Wiedenbrück" Gütersloh 1910.
- Meyer-König, A. "Der Strukturwandel der Gemeinden" in "Informationen" Institut für Raumforschung Bad Godesberg 1956, Heft 9.
- Meurin, E. "Heimatgeschichte für die Schulen des Amtes Verl" Oelde 1922.
- Miller, T. "Das Land als Planungspartner" Denkschrift zur Frage der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen, Düsseldorf 1952.
- Mittelbach, H. "Vom Städtebau zur lokalen Raumordnung" Stuttgart 1947.
- Mitschler, W. "Raumordnung auch auf dem Lande" in "Raumforschung und Raumordnung" Bad Godesberg 1955.
- Morgen, H. "Die Bodenklimazahlen und ihre Bedeutung für Raumforschung und Landesplanung" in "Informationen" Institut für Raumforschung Bad Godesberg 1956, Heft 15.
- Muermann "Raumordnung und Landesplanung" in "Wirtschaftsdienst" Hamburg 1951.
- Müller-Armack, A. "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" Hamburg 1947.
"Stil und Ordnung der sozialen Marktwirtschaft" in "Untersuchungen des Instituts für Wirtschaftspolitik" an der Universität zu Köln, Heft 4.
"Die Wirtschaftsordnungen sozial gesehen" in "Ordo" Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Opladen 1948, Band 1.
- Müller-Wille, W. "Die Naturlandschaften Westfalens" in "Westfälische Forschungen" Münster 1942, Band 5.
- Nöldechen, W. "Die raumordnende Landesplanung als Problem der Innenpolitik, ihre wirtschaftliche Bedeutung und ihr Ausbau" Fulda 1953.
- Ohlsen, K.H. "Veränderungen in der westdeutschen Agrarstruktur" in "Raumforschung und Raumordnung" Bad Godesberg 1954.
- Fredöhl, A. "Außenwirtschaft, Weltwirtschaft, Handelspolitik und Währungspolitik" Göttingen 1949.
- Priebe, H. "Die Entwicklung der westdeutschen Agrarstruktur im Aufgabenbereich der Landesplanung" Münster 1957.
- Ritschl, H. "Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik" in "Weltwirtschaftliches Archiv" Hamburg 1950.

- Rothert, H. "Friedrichsdorf, eine Siedlung des späten 18. Jahrhunderts" Gütersloh 1938.
- Röpke, W. "Civitas humana" Grundfragen der Gesellschafts.- und Wirtschaftsreform, Zürich 1949, 3. Auflage.
- Rüstow, A. "Soziale Marktwirtschaft als Gegenprogramm" in "Wirtschaft ohne Wunder" Zürich 1953.
"Sozialpolitik oder Vitalpolitik" in "Mitteilungen der Industrie.- und Handelskammer Dortmund" 1951.
- Schneider, H. J. "Um die geistigen Voraussetzungen der Raumordnung" in "Raumforschung und Raumordnung" Bad Godesberg 1950.
- Schuhmacher, F. "Vom Städtebau zur Landesplanung und Fragen städtebaulicher Gestaltung" herausgegeben von der deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung 1951.
- Schütte, W. "Die Sozialplanung als eine Grundlage der Landesplanung" in "Raumforschung und Raumordnung" Bad Godesberg 1950.
- Spar.- und Darlehnskassenverein Verl "Heimatbuch des Verler Landes" Verl 1936.
- Thalheim, K. C. "Marktkonforme Mittel der Raumordnung" in "Raumforschung und Raumordnung" Bad Godesberg 1954.
- Thünen, v. J. H. "Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie" neue Ausgabe 1936.
- Weber, A. "Über den Standort der Industrien" Tübingen 1922.
"Industrielle Standortslehre" Tübingen 1923.
- Weinheimer, J. "Ballungen, Versuch zur Bestimmung ihrer Grenzen und Intensität" in "Raumforschung und Raumordnung" Bad Godesberg 1957.
- Werner, H. "Das Stadt-Umland Problem und die Sennestadt" in "Westfälische Forschungen" Münster 1956, Band 9.
- Wiemeyer, P. "Die Wirtschaftsstruktur des Kreises Wiedenbrück" Köln 1951.
- Gesetze und Kommentare "Gemeindeordnung für das Land Nordrhein Westfalen" vom 21.10.1952 in "Gesetz.- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein Westfalen" Sonderband: Sammlung des bereinigten Landesrechts 1945 - 1956, Düsseldorf 1957.
- "Gesetz über Maßnahmen zum Aufbau in den Gemeinden" in der Fassung vom 29.4.1952.
- "Kommentar zum Aufbaugesetz" Düsseldorf 1958, 4. Auflage.
- Kartenunterlagen "Deutsche Grundkarten 1 : 5.000" für das gesamte Untersuchungsgebiet WNO.
- "Gewässerkarte des Landes Nordrhein Westfalen 1 : 200.000".

"Kreisraumordnungsplan Wiedenbrück" Bezirksplanungsstelle
Detmold.

Statistik "Gemeindestatistik des Landes Nordrhein Westfalen" Volks-
zählung 1950.

"Gemeindestatistik des Landes Nordrhein Westfalen" Volks-
zählung 1946.

Statistische Unterlagen der Amtsverwaltungen Avenwedde und
Verl.

Statistische Unterlagen der Kreisverwaltung Wiedenbrück.

Statistische Unterlagen der Bezirksplanungsstelle Detmold.

Statistische Unterlagen der Landwirtschaftskammer Westfalen
Lippe, Kreisstelle Wiedenbrück.

"Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein Westfalen" Die
Pendelwanderer in Nordrhein Westfalen, Heft 8 b.

" Die Bevölkerung in den Gemeinden Westfalens" 1818 - 1950
Reekers - Schulz.

"Wohnbevölkerung in den Gemeinden des Landes Nordrhein West-
falen" Fortschreibungsergebnisse, Statistisches Landesamt
Düsseldorf.

Statistische Unterlagen der katholischen und evangelischen
Pfarrämter.

"Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949" Statistisches
Landesamt Düsseldorf, Heft 25.

L e b e n s l a u f .

Am 19.5.1930 wurde ich als zweiter Sohn des Kartographen Adolf Michaelis und seiner Ehefrau Anna, geb. Plegge in Karlsruhe geboren. Meine Kindheit und die ersten Schuljahre verbrachte ich in Amsterdam. Nach einem weiteren Grundschuljahr in Berlin im Jahre 1939/40 besuchte ich nacheinander folgende Schulen:

1940 Luisenstädtisches Realgymnasium in Berlin

1941/43 Johann Konrad Schlaun - Schule in Münster

1943/44 Ratsoberschule in Osnabrück

1944/51 mit einjähriger kriegsbedingter Unterbrechung im Jahre

1945 die staatliche Graf Adolf - Schule in Tecklenburg. Im Jahre

1951 bestand ich hier die Reifeprüfung.

Im Herbst 1951 begann ich an der Westfälischen Wilhelms - Universität zu Münster mit dem Studium der Wirtschafts.- und Sozialwissenschaften. Am 14. Dezember 1955 bestand ich ebenfalls in Münster das Diplom - Examen mit der Note befriedigend.

Seit dem 1. April des Jahres 1956 bin ich als wissenschaftlicher Referent der Landesplanungsgemeinschaft Westfalen in Detmold tätig. Nach dreijähriger nebenberuflicher Vorbereitungszeit von 1957 bis 1960 bestand ich am 23. Februar 1960 an der Westfälischen Wilhelms - Universität zu Münster das Doktorexamen mit dem Prädikat cum laude.

Detmold - Hiddesen, den 27. Dezember 1960.

